

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Berichts-Anzeigen 30 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (Stell-  
gebuchte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stellengedichte und Schlaf-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk.  
wöchentlich, 28 Pfg. frei ins Haus.  
Einzelnnummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1.10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-  
Verzeichnisse. Unter Preisband für  
Deutschland und Oesterreich, Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinung täglich außer Montags.

## Die Fleischnot und die Not der Fleischer.

Die Gewaltigen der Fleischzunft sind in ihrem patriotischen Gefühl tief gekränkt: es wird ihnen zugemutet, sie sollen mit den Fleischpreisen heruntergehen! Selbst vom Regierungstische aus wird das verlangt. Aber haben denn die Innungsbrüder nicht wacker mitgeholfen, die Sozialdemokratie niederzukämpfen? Und nun gönnt man es ihnen nicht einmal, daß sie sich ein Extraprofitchen aus dem Hunger der Arbeiter pressen! Die Innungsmeister erheben feierlichen Protest gegen eine solche unpatriotische Handlungsweise der Regierung.

Wie war es denn, als die Viehpreise stiegen? „Waren es nicht Bucherprofite, die damals die Landwirte einheimsten, zu einer Zeit, wo das Fleischgewerbe an den Vetteltisch gebracht wurde und Tausende sich den Genuss von Fleisch versagen mußten? Warum hat hier die Regierung nicht nach dem Rechten gesehen?“ Also apostrophiert die bayerische Fleischernennung den bayerischen Staatsminister von Preitreich.

Der Vorwurf ist durchaus gerechtfertigt. Doch weiß ja alle Welt, wie die Dinge zusammenhängen. Es ist der Regierung nicht um den Hunger der Massen, sondern um denbeutel der Agrarier zu tun. Der Standpunkt des Volkes ist aber ein anderer. Aus dem Umstande, daß das Volk sich von den Agrariern hat betöckeln lassen müssen, ergibt sich noch keineswegs, daß es sich nunmehr von den Fleischern betöckeln lassen soll.

Alle Remonstrationen der Schlächter helfen ihnen nicht über die Tatsache hinweg, daß die Fleischpreise in keinem Verhältnis mehr stehen zu den Viehpreisen. Die Fleischer sagen, die Konkurrenz werde schon von selbst einen Ausgleich schaffen. Aber vorderhand schafft eben die Konkurrenz diesen Ausgleich nicht. Woher kommt das? Das ist der springende Punkt der ganzen Frage.

Es ist zu unterscheiden zwischen den Großschlächtern und den kleinen Fleischern. Die Zahl der Fleischer ist zwar groß, aber die Großschlächter sind es, die die Preise bilden. Und sie halten sie fest. Man zählte 1895 in Berlin 2486 Fleischereibetriebe, es sind aber nur etwa 300 Großschlächter, die den Berliner Schlachthofverkehr beherrschen. Die zahlreichen kleineren Fleischer sind nur zum Schein selbstständig, in Wirklichkeit sind sie von den Großschlächtern abhängig, die ihnen das Fleisch in geringeren Stücken, wie Vierteleinder, halbe Schweine usw. liefern.

Die kleineren Fleischer sind an den billigen Fleischpreisen interessiert, denn für ihren kleinen Betrieb kommt jedes Pfund Fleisch, das sie mehr absetzen, in Betracht. Doch ihnen werden die Preise von den Großschlächtern diktiert, danach haben sie sich zu richten. Die Großschlächter aber stehen meist in keinem direkten Zusammenhang mit dem Publikum; sie liefern an die Detailhändler, an die Restaurationen, Hotels, an die Armee usw. Eine mittlere Stellung nimmt der Qualitätsfleischer der wohlhabenden Stadtviertel ein, wenn wir nicht auch in diesem Fall einen Großschlächter vor uns haben, was häufig der Fall ist.

Der Großschlächter kauft nicht beim Viehhändler, sondern unmittelbar beim Produzenten. Er ist also selbst Viehhändler. Er setzt ein großes Kapital um und betreibt den Viehhandel in all seinen Nuancen. Er läßt das gekaufte Vieh zur Aufzucht beim Bauern, er besitzt auch selbst Viehställe.

Das Verhältnis des Großschlächters zu den Vieh- und Fleischpreisen ist wie das der Hüttenzechen zu den Kohlen- und Eisenpreisen. Zur Zeit der hohen Viehpreise profitiert der Großschlächter aus dem Viehhandel; wenn aber die Viehpreise sinken, zieht er seinen Gewinn aus der Differenz zwischen den Vieh- und Fleischpreisen. Das letztere ist der Fall, den wir jetzt vor uns haben.

Um ihre eigenen fetten Profite zu maschieren, schieben jetzt die Großschlächter die kleinen Fleischer vor, über deren Not sie lamentieren; — wie ja auch die Agrarier mit dem Vetteltisch der Bauern hausieren gehen, wenn sie ihre Grundrente steigern wollen. Außerordentlich groß ist die Zahl der Geschäftsstellungen in den letzten Jahren gewesen — so lamentiert die bayerische Fleischernennung in ihrer Protestkundgebung an die Regierung. Das ist durchaus richtig, die Lage der kleinen Fleischmeister ist seit Jahren miserabel, die bayerische Innung muß aber selbst zugeben, daß die „besser fundierten Geschäfte“ die Krise überstanden haben. Die Notlage der kleinen Fleischer wurde aber zum Teil gerade dadurch bedingt, daß ihnen die Großschlächter die Preise diktiert haben. Die Teuerung gab manchem von ihnen den Rest, als seine Stundlohn den Fleischkonsum eingeschränkt hatte. Der Großschlächter aber profitierte beim Vieheinkauf und zog schließlich den Gewinn aus den gestiegenen Fleisch- und Wurstwaren.

Nunmehr machen die Engrosfleischer in mancherlei Beziehung ein brillantes Geschäft:

1. Sie stecken die hohe Differenz zwischen den Fleisch- und Viehpreisen ein; 2. sie haben die billigen Schweinepreise benutzt, um Dauervurst zu fabrizieren, wobei ihnen noch die kühle Witterung dieses Frühjahrs sehr zu statten kam; 3. sie kaufen jetzt Vieh ein in der weiteren Erwartung, daß die Schweinepreise bald wieder steigen werden.

Schon für den Herbst wird eine neue Steigerung der Fleischpreise erwartet. Dann wird sicher wieder mit einer Anzahl kleiner Fleischer ausgeräumt werden. Die Großen aber werden erstarren. Wir sehen, daß auch hier, wie in der Landwirtschaft, die Teuerung zu einer Verdrängung der Kleinen durch die Großen, zur Konzentration des Kapitals führt. Die Großschlächter, die schon jetzt in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ klagen: „bei den jetzigen niederen Schweinepreisen hat sich in und an den Markthallen eine wilde Schleuderei ausgebildet“, obwohl doch das Publikum nichts davon merkt, sie werden ihre erstarbte Stellung dazu benötigen, um sich Monopolpreise auf dem Fleischmarkt zu sichern.

Von unten auf suchen die Agrarier durch Errichtung von Viehverwertungszentralen den Fleischmarkt zu monopolisieren. So lange noch die große Zahl kleiner Fleischmeister besteht, wird das ihnen ebensowenig gelingen wie die Monopolisierung des Milchverkaufs. Aber die Sache gewinnt ein anderes Gesicht in dem Maße, wie mit den kleinen Ladenbesitzern ausgeräumt wird. Dann stehen die großen Viehzüchter und die Engrosfleischer sich direkt gegenüber. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden kapitalistischen Gruppen, die ja schon jetzt bestehen, werden sich noch weiter entwickeln — dann kann es wohl zu einer der grausamsten kapitalistischen Ringbildungen kommen, zu einem Fleischwuchererkartell.

## Vom sozialdemokratischen Kongreß in London.

(Originalbericht.)

Der Kongreß wurde vom Genossen Plechanow eröffnet. Im Präsidium wurden gewählt: 1. Lette, 1. Pole, 1. Bundist, 1. Bolschewik („Rechts“-Fraktion) und 1. Menschewik („Links“-Fraktion). Nach langer Debatte wurde schließlich folgende Tagesordnung angenommen:

1. Bericht des Zentralkomitees.
2. Bericht der Dumafraktion und die Organisation derselben.
3. Beziehungen zu bürgerlichen Parteien.
4. Die Reichsduma.
5. Der Arbeiterkongreß und die Frage der neutralen Arbeiterorganisationen.
6. Partei und Gewerkschaften.
7. Partisanenkämpfe.
8. Arbeitslosigkeit, ökonomische Krise und Aussparungen.
9. Organisationsfragen.
10. Der internationale Kongreß (Militarismus und Militarismus).
11. Arbeit in der Armee.
12. Verschiedenes.

Zum Bericht des Zentralkomitees wurde von den Bolschewiki eine Resolution eingebracht, welche die Tätigkeit desselben tadelte. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. (Die Polen erklärten, daß sie zwar die Tätigkeit des Zentralkomitees nicht billigten, ein Mißtrauensvotum jedoch nicht unterstützen, um dadurch nicht eine Atmosphäre der Spaltung hervorzurufen.)

Zum Bericht der Dumafraktion beantragten die Menschewiki ein einfaches Vertrauensvotum. Die Bolschewiki dagegen beantragten eine Resolution, welche die Tätigkeit der Fraktion mißbilligte. Die Ausarbeitung einer endgültigen Resolution wurde einer Kommission von zehn Kongreßmitgliedern (je zwei von jeder Fraktion) überwiesen, die jedoch zu keiner vollen Einigung gelangen konnte. Die Mißbilligung wurde (in der Kommission) von den Menschewiki, Bundisten, Polen und Letten verworfen, während die Bolschewiki sich der Stimme enthielten. Die Frage, ob der Kongreß Direktiven für die künftige Tätigkeit der Fraktion ausarbeiten solle, wurde von der Majorität der Kommission (2 Bolschewiki, 2 Polen und 2 Letten gegen 2 Menschewiki und 2 Bundisten) bejaht, das Projekt en bloc konnte jedoch keine Majorität erlangen (dafür stimmten 2 Letten und 2 Polen, dagegen 2 Bolschewiki und 2 Menschewiki, während die Bundisten sich der Stimme enthielten). Bei der Beratung im Plenum wurde die Frage der Direktiven zum Mittelpunkt des Fraktionskampfes! Wie wir schon berichteten, ergab die namentliche Abstimmung am 23. Mai die Ablehnung der Direktiven und damit einen Sieg der Menschewiki.

London, den 24. Mai. In der heutigen Sitzung erklärte eine Gruppe Letten, daß sie durch ihr gestriges Votum gegen Annahme von Direktiven bloß beabsichtigt habe, die Debatte über dieselben an entsprechender Stelle der Tagesordnung wieder aufzunehmen. Daraufhin verlangten die Bolschewiki, daß die Resolution über die Dumafraktion überhaupt nach Erörterung der taktischen Fragen angenommen werden solle. Dieser Antrag siegte mit 149 gegen 144 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen, was eigentlich die Annullierung der tags zuvor angenommenen Resolution bedeutet.

## Die englische Gegenseite.

Vor einem Jahre stattete eine Anzahl deutscher Journalisten England auf Einladung britischer Journalisten und Politiker einen Besuch ab. Die englischen Gastgeber waren der Meinung, daß ein solcher Besuch manche Mißverständnisse zwischen den beiden Nationen zerstreuen, die kulturelle Interessensolidarität zwischen England und Deutschland fester begründen und chauvinistischen Eifersuchtsanfällen vorbeugen werde. Auch der „Vorwärts“ hatte seinerzeit eine Einladung zu dieser Englandfahrt erhalten, er hatte jedoch eine Weigerung abgelehnt, weil er — so sympathisch ihm jede Annäherung der Nationen sein mußte — der Auffassung war, daß solche Festbesuche den beabsichtigten Zweck vollständig verfehlen müßten.

Nach sozialdemokratischer Auffassung liegen die internationalen Beziehungen und Mißverständnisse auf ganz anderem als persö-

lichem Gebiete. Die Wissenschaft, die Kunst sind längst international. Es existiert eine gelehrtenrepublik der Internationalen, ebenso fällt es keinem Künstler ein, einen bedeutenden Kollegen deshalb weniger zu verehren und zu lieben, weil er Franzose oder Engländer ist. Diese ideale Kulturgemeinschaft existiert seit mindestens hundert Jahren! Gleichwohl aber blüht gerade heute der Weizen der chauvinistischen Völkerverehrung üppiger denn je. Nicht ideale Gemeinsamkeitsinteressen bilden eben die Grundlage der internationalen politischen Konstellation, sondern materielle, kapitalistische Interessen, also Interessen, die sogar innerhalb der eigenen Nation, ja innerhalb der Familien und Sippen unüberbrückbare Gegensätze schaffen!

Wie konnte da ein Sozialist von der Englandreise eines bunt zusammengewürfelten Häufleins von Journalisten eine auch nur schwächliche Würdigung der kapitalistischen, kolonialpolitischen und marinistischen Interessenkonflikte erwarten. Ganz abgesehen davon, daß sich unter diesen deutschen Journalisten Personen befanden wie der satöse Liman, die gleich dem Chamäleon ihre Farbe zu wechseln pflegen, je nachdem, in welchem Blatte sie schreiben!

Jetzt nun statten 60 englische Journalisten Deutschland ihren Gegenbesuch ab. Sie sind bereits auf deutschem Boden gelandet. Unsere reaktionäre Presse überschüttet diese englischen Gäste mit Liebenswürdigkeiten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ gibt der Erwartung Ausdruck, daß die britischen Gäste Gelegenheit finden würden, sich von den englandfreundlichen Absichten Deutschlands zu überzeugen, damit sie dann in ihrer Heimat den „verwerflichen Versuchen entgegenwirken“ könnten, „zwischen zwei großen Nationen Zwietracht zu säen, die hundert Gründe haben, einander zu achten“. Die „Post“ ruft den englischen Journalisten sogar mit geradezu verknickter Sachlichkeit zu: „Herein, herein, du lieber Gast!“

Also „liebe Gäste“ sind uns die Engländer, Leute, die wir aus „hundert Gründen“ zu achten haben und die uns aus hundert Gründen achten sollten. Wunderlich das: schade nur, daß deshalb in Deutschland nicht ein einziges Torpedoboot weniger gebaut werden wird! Schade nur, daß die deutsche Regierung trotz dieser „hundert Gründe“ sich nicht einmal an einer rein theoretischen Debatte der Abklärung zwischen England und Deutschland beteiligen wollte!

Und trotz des deutschen Journalistenbesuches und des unmittelbar bevorstehenden englischen Journalistengegenbesuchs rasten vor wenigen Wochen die deutsche Bourgeoispreffe in aberwitzigem Chauvinismus gegen England!

Unser Chauvinismus vom vorigen Jahre hat also über alles Erwarten und Befürchten hinaus seine Befähigung erfahren. Ein Grund mehr, auch dem Besuch der englischen Gäste gegenüber alle unangebrachten Gefühlsqualungen zu unterdrücken!

Der Effekt der Deutschlandreise der englischen Gäste wird kein anderer sein als die Englandfahrt der deutschen Journalisten im vorigen Jahre. Man wird sich gegenseitig fettern, antoasten, zutrinken, und alles wird beim alten bleiben!

Das Mißtrauen der herrschenden Klassen beider Länder wird fortbestehen; kein Kriegsschiff, kein Torpedoboot wird weniger gebaut werden, ja keine der periodischen chauvinistischen Preßhegen wird uns erspart werden!

Eine wahrhafte internationale Annäherung ist nur möglich bei gemeinsamem internationalen Kampfe gegen den Ursprung der Völkerverehrung und Völkerverdrängung: gegen den Kapitalismus! Alle kapitalistischen Liebesbetuerungen sind — im besten Falle — nur rofische Selbsttäuschungen! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Mai 1907.

### Ein Vizeadmiral gegen die freisinnigen Fehler der Kolonialkorruption.

Das schändliche Vertuschungssystem unserer Kolonialskandale, das seit der Ernennung Dernburgs in erster Linie von unseren freisinnigen Blochhandlangern praktiziert wird, hat selbst bei einem Vizeadmiral a. D., Herrn P. Hoffmann, Anstoß erregt. Im Scherlchen „Tag“ protestiert der Vizeadmiral gegen die Behandlung der Eingeborenen, wie sie von Peters (und, fügen wir hinzu, der so einflussreichen konservativ-nationalliberalen Peters-Clique!) empfohlen wird und bisher geübt wurde:

„Wenn aus den Erfahrungen der Herren Dettler und Peters heraus die unabänderliche „Slavennatur sans phrase“ des Afrikaners, die Meinung, „der Herr sei dem Regler so nötig wie der Fisch im Wasser“, als Axiom hingestellt wird, wenn dafür Stimmung gemacht wird, solche Grundsätze dem zukünftigen Verwaltungssystem in den Kolonien zu grunde zu legen, so ist das ein gemeingefährliches Unternehmen, dem nicht scharf genug entgegengetreten werden kann. Es ist nichts anderes als der Versuch, jenen Herrenstandpunkt zu rechtfertigen und zu verallgemeinern, der dem Deutschen Reich soeben eine halbe Milliarde für Kolonialkriege geloset hat.“

Recht interessant ist auch, was der Vizeadmiral a. D. über die Ursachen der deutschen Brutalisierung der Eingeborenen sagt:

„Ich habe mich oft gefragt, was wohl die Ursache dieser deutschen Ueberbebung gegen Eingeborene sein mag, und ich bin immer wieder zu der Erklärung gekommen, daß unser gering entwickeltes Freiheitsgefühl in der Primat die Ursache der vielen Ausschreitungen ist. Der unvermittelte Uebergang aus einer eigenen gedrückten Situation zu dem Bewußtsein, nun einem Lächerlichen herrisch gegenüberzutreten zu können, verwirrt den am meisten, der bisher am gehorsamsten und servilsten

sch zu beschreiben gewohnt war... Ich komme zu dem Schluss, daß freirechtliche Institutionen in der Heimat und energiegeladene Achtung vor der Freiheit eine Gewähr bieten für erfolgreiche Eingeborenenpolitik. Es ist immer dasselbe: Auf dem Boden beschränkter Freiheitsbegriffe und serviler Gewohnheiten erwächst Unzulänglichkeiten in politischen und Glaubenssachen, Dunkel und Unklarheit gegen Tiefere. Und nach den Kolonien verpflanzt, werden daraus die Herrenhäuser, die die Ursache so vieler Mißerfolge sind. Diese Zusammenhänge sind es, die dazu führen, daß der freirechtliche Teil der Nation seine Empörung über Kolonialhandlungen an den Tag legt, während Philistern und Krähwinckel solche Empörung nicht teilen. Dem Philister und Krähwinckel empören sich eben über nicht! Aber sie lassen alles zu, wenns ihnen nicht an den eigenen Krügen geht!

Die „Freisinnige Zeitung“ drückt dieses trefflichere Urteil ohne Kommentar ab, als ob es den Freisinn gar nichts angehe! Und doch ist jeder Satz ein Peitschenhieb gerade für unsere Dernburgianer und frisch bekehrten freisinnigen Kolonialschwärmer und Korruptionshehler! —

### „Wetterzeichen aus China“

betitelt die „Nat.-Ztg.“ eine Nachricht aus Hongkong, die folgendermaßen lautet:

Hongkong, 26. Mai. Banditen zerstörten die deutsche Mission in Limghou; die Missionare wurden gerettet. Das deutsche Kanonenboot „Bliss“ mit 30 Mann Verstärkung vom Kanonenboot „Fingtau“ ist heute von Hongkong nach Pakhoi abgegangen. Von Hongkong wurde ein britisches Kanonenboot entsandt.

Die „Nat.-Ztg.“ äußert den Verdacht, daß die chinesische Regierung, wie nach verschiedenen chinesischen Pressstimmen angenommen werden könnte, eine neue, schälimmere „Vogelbeiwegung“ begünstige. Wie dem auch sein möge: einen neuen China-Kreuzzug dürfte wohl die deutsche Regierung diesmal unterlassen! —

### Dernburgs Manuierung.

Unser Liberalismus erhoffte von Herrn Dernburg eine „neue Aera“ der Kolonialpolitik. Der Assessorismus sollte — so wähnt er — durch Erwähle des Kaufmanns standes ersetzt werden. Statt dessen hat man den typischen Junker und ehemaligen Assessor v. Schuckmann als Gouverneur nach Südwestafrika, also just nach „Neu-Deutschland“ geschickt! Bekanntlich hat selbst die regierung- und kolonialfrommste Freisinnspresse sich darüber entrüstet. Die Wiener „Neue Freie Presse“ hat nun Herrn Dernburg wegen dieser wunderbaren Tatsache interviewt. Sie hat aus Dernburg folgendes herausgeholt:

„Sie erinnern mich an die Enttäuschung, die der Umstand verursacht hat, daß unter sämtlichen Ernennungen im Kolonialamt sich kein Kaufmann befunden hat, was man nach der Vorbildung des neuen Leiters mehr oder weniger erwartete. Nun, hier ist zu bedenken, daß es sich um die Stellen von Referenten und Vortragenden Räten in der Zentralverwaltung handelt. Bei der verhältnismäßig geringen Höhe der für solche verantwortungsvollen Stellen ausgeworfenen Befoldungen und Pensionen und dem strikten Unterordnungsverhältnis, welches in einer Zentralbehörde, bei welcher die gesamte Verantwortung trägt, notwendig ist, ist es leicht einzusehen, daß im Privatleben erfolgreiche und unabhängige Persönlichkeiten schwer gefunden werden können... Aber abgesehen davon ist es im hohen Grade zweifelhaft, wo selbst opferlose Kaufleute, die es auf sich nehmen würden, im Interesse der Sache in der Zentralverwaltung in eine vierde und fünfte Stelle einzurücken, denjenigen Anforderungen entsprechen könnten, die von einer solchen Tätigkeit nicht getrennt werden können. Das Deutschland von seinen Kolonien erwarten muß, ist eine ordentliche Verwaltung, eine der Heimat gleiche Rechtssicherheit, eine voraussetzungs- und verständliche Eingeborenenpolitik, ein geordnetes Beamtenwesen und diejenigen hygienischen und sanitären Einrichtungen, welche in den meisten tropischen Kolonien allein ein längeres Verweilen des Europäers gestatten. In all diesen Dingen ist für eine rein kaufmännische Betätigung, d. h. für einen Erwerb für Rechnung des Fiskus, gar kein Platz. Dazu gehören staatsrechtlich und technisch, verwaltungsrechtlich und hygienisch ausgebildete und im Schutzgebietdienst erfahrene und vorgebildete Personen, die verstehen und zu lesen wissen, was ihnen aus dem Schutzgebiet berichtet wird. Darin unterscheidet sich gerade die Natur einer Zentral-

Behörde von einer Schutzgebietsverwaltung, die sehr viel mehr geeignet ist, kaufmännische Talente zu verwenden. Dort sollen sie auch in möglichstem Umfang verwendet werden. Aber auch solche Talente müssen erzogen werden und von der Pike auf dienen, und es ist unmöglich, sie von vornherein in leitende Stellungen zu bringen.“

Zu dieser originellen Herzergießung bemerkt die „Vossische Zeitung“:

„Das heißt, der regierende Kaufmann ist Lobredner des Assessorismus geworden. Er spottet seiner selbst und weiß nicht wie. Ungefähr dasselbe, was Herr Dernburg jetzt gegen die Berufung von Mitgliedern des Handelsstandes in das Kolonialamt oder in leitende Stellen in den Schutzgebieten sagt, hätte, wenn es berechtigt wäre, gegen seine eigene Berufung zum Nachfolger des Erbprinzen Hohenzollern und zum Staatssekretär gesagt werden können. Denn Herr Dernburg hat weder in den Schutzgebieten von der Pike auf gedient, noch gehört er zu den staatsrechtlich und technisch, verwaltungsrechtlich und hygienisch ausgebildeten Personen“. Mit demselben Recht wie Herr Dernburg von anderen Kaufleuten, hätte ein Ratgeber des Kaisers von dem Vandalen direktor Dernburg behaupten können, daß er nicht verstehen und zu lesen wissen werde, was aus dem Schutzgebiete berichtet wird. Wenn aber Herr Dernburg dazu fähig ist, wird einem anderen Kaufmann die Fähigkeit nicht abgeprochen werden können. Oder glaubt Herr Dernburg wirklich, daß er einzig in seiner Art sei und unter allen deutschen Kaufleuten nicht seinesgleichen habe?

Dem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch, so scheint es, Begeisterung für den Assessorismus und den Bureaucratismus. Herr Dernburg ist zu ihrem Verteidiger geworden, kaum daß sein goldgezierter Staatssekretärsrad die Schneiderwerkstatt verlassen hat. Er hält sich auch schon darüber auf, daß manche seiner früheren Verursachter nach Titeln und Würden streben. Die secundum ordinem aufgestellten Geheimräte und Excellenzen werden nach den jüngsten Herzergießungen des ehemaligen Vandalendirektors nicht mehr besorgen, es könnten ihnen abermals Kaufleute vorgezogen werden, sondern beruhigt lächeln: Herr Dernburg assimiliert sich.“

Dieser beißende Spott des Barvenus Dernburg ist durchaus am Platze. Aber hat sich nicht der Freisinn selbst noch viel rascher an die ganze Kolonialpolitik „assimiliert“, als der so unbesangenen streberhaft nach „Titeln und Würden“ haschende Herr Dernburg selbst?!

### Zur Wahlrechtsreform in Sachsen.

Zur Wahlrechtsreform in Sachsen.

Dresden, 27. Mai.

Herr v. Hohenthal, der jetzige sächsische Minister des Innern, hat sich am Sonnabend an einer Geburtstagsfeier in einem Trinkspruch auch wieder einmal über die Wahlrechtsreform ausgesprochen. Die Verurteilung verdient Beachtung, weil sie verrät, daß in der letzten Zeit die sächsische Wahlrechtsfrage im Reich des Arabies gestanden hat. Graf v. Hohenthal sagte in seinem Trinkspruch unter anderem:

„Meine Herren! Ich bin mir der großen Schwierigkeiten voll bewusst, die bei der nächsten Landtagsession zu überwinden sein werden. Ich brauche nur das Wort „Wahlreform“ auszusprechen, um Sie ohne weiteres von der Nützlichkeit dieser meiner Meinung zu überzeugen. So fest entschlossen ich aber bin, den ehrlichen Versuch zu machen, für die zweite Kammer ein neues, auf etwas breiteren Grundlagen ruhendes Wahlgeseß durchzuführen, so fest vertraue ich hierbei auf die Hilfe meines Königs und Herrn, der mich für den erwähnten Zweck herbei berufen hat.“

Der neue Herr im sächsischen Ministerium des Innern hat sich schon mehrmals über die Wahlrechtsfrage ausgesprochen, aber noch niemals so zaghaft, schwankend und unbestimmt als diesmal. Im Januar 1908, als er eben zum Minister ernannt worden war, erklärte er dem Vertreter einer Dresdener Zeitung, die Wahlrechtsreform werde sein erster Programmpunkt sein, „es wird meine erste Arbeit sein, dem Landtage ein neues Wahlgeseß vorzulegen“. Bei der Abchiedsfeier in Berlin, die im März 1908 stattfand, erklärte er: „... Als die Hauptaufgabe meiner neuen Stellung betrachte ich die Aufgabe, dem Lande ein neues Wahlrecht zu geben, das auch den arbeitenden Klassen eine Vertretung gewährt.“ Weiter sagte er in demselben Trinkspruch, bereits einen fertigen Plan für die Wahlrechtsreform zu besitzen, dem der König bereits zugestimmt habe.

Jetzt spricht Graf v. Hohenthal nicht mehr von der ersten Hauptaufgabe, nur einen Versuch stellt er in Aussicht, das

Wahlrecht auf breitere Grundlage zu stellen. Es scheint, als habe der sächsische Minister die Wahlrechtsfeindlichkeit der übermächtigen sächsischen Konservativen jetzt richtig kennen gelernt. Vor kurzem ging eine Mitteilung durch die liberale Presse, wonach der längst fertige Entwurf für ein neues Wahlgeseß wieder aus dem Kasten geholt und den konservativen Führern vorgelegt worden sei, worauf man eine völlige Umarbeitung des Entwurfs im Ministerium vorgenommen habe. Die jetzt viel zaghaftere Haltung Hohenthals scheint diese Meldung zu bestätigen. Ist es aber so, dann hat der Graf v. Hohenthal schon jetzt vor der Wahlrechtsfeindlichen konservativen Clique kapituliert, dann aber ist von einem neuen Wahlrechtsgeheimvertrage nicht viel zu erwarten.

### Oesterreich.

Der Asie!

Unter ungeheuerem Terrorismus der jüdischen Kultusgemeinde wurde am Freitag in Lemberg die Stichwahl im dritten Bezirk, wo Genosse Dr. Diamand dem Kultusvorstand v. Horowitz gegenüberstand, vorgenommen. Schon angelangt vorher wurden die Wahlhütten des Horowitz herumgeschickt, um durch Drohungen und Besiehungen die armen Juden von der Wahl Diamands abzuhalten. Den Höhepunkt erreichte die Wahlkorruption am Wahltag selbst. Um den Wählern offenkundig zu machen, daß die hohe Regierung sich für die Wahl interessiert, mußte Militär ausrücken. Zwei Bataillone Infanterie mit gefälschten Bajonnetten bildeten vor dem Wahllokal Spalier. Die Polizisten agitierten öffentlich für Horowitz, und wer sich das verbat, wurde verhaftet! Wähler, von denen man vermutete, daß sie für Diamand stimmen würden, wurden ohne jeden Anlaß arretiert. Vertirnte Polizei galoppierte unaufhörlich durch die Gassen, im Korridor vor dem Wahllokal durften die Agitatoren des Horowitz ungestört die Wähler terrorisieren. Gegenüber dem Wahllokal war das Agitationslokal des Horowitz, wo ganz offen unverhämter Stimmenlauf getrieben wurde. Obwohl Anzeige an die Polizei erstattet wurde, weigerte sie sich, gegen den Stimmenfänger aufzutreten. Ebenso weigerte sie sich, Agitatoren des Horowitz die mit fremden Legitimationen wählen gingen, zu verhaften. Und der Statthalter Potocki erschien mehrmals vor dem Wahllokal und befahl das Werk. Und er sah, daß alles wohlgeht.

Aber alles war vergebens. Die jüdische Kultusgemeinde unterlag mit samt ihrem Häuptling, und Genosse Diamand wurde gewählt, der 84. sozialdemokratische Abgeordnete! —

### Frankreich.

Eine neue Ausländerhege.

Paris, 25. Mai. (Fig. Ver.) Die Regierung Clemenceau-Welad geht anheimelnd daran, gegen die in Frankreich wohnenden ausländischen Sozialisten eine Ausweisungsgesetzgebung in größerem Maße zu veranlassen. Die neueste, von der Polizei ungläublich aufgeschauelte „Bombenaffäre“ soll wohl den Vorwand dazu abgeben. Auch ist die radikale Mehrheit nun einmal so tief in reaktionären Fahrwasser, daß man sich von ihr keines Widerstandes zu versehen glaubt.

Während die in der reaktionären Presse wiedergegebenen Meinungen hoher Polizeifunktionäre eine Auffensehe zu ausländigen Sozialisten, sucht die Regierungswillkür im französischen Süden ihre Opfer unter den italienischen Sozialisten, die dort ihre Landbesitze zu organisieren trachten und bemüht sind, sie nicht zu Lohnbrüdern werden zu lassen. So ist kürzlich Genosse Ranni, der Sekretär der italienischen Organisation in Frankreich, unter dem der Wahrheit dreist ins Gesicht schlagenden Vorwande des „Anarchismus“ ausgewiesen worden. Dasselbe Schicksal droht jetzt dem Redakteur des sozialistischen Wochenblattes „Risotto“, dem Genossen Alfredo Polledro.

Die „Humanität“ erinnert Clemenceau daran, daß er Jahrzehntelang der Anwalt der russischen Revolutionäre gegen die Willkür der französischen Polizei gewesen ist. Aber der Ministerpräsident steht heute freilich „auf der anderen Seite der Barrikade“. Außerdem muß er sich doch seiner europäischen Kollegen würdig erweisen, z. B. des preussischen Polizeiministers, unter dessen Regide jetzt gerade in Berlin so „kulturträgerisch“ gegen russische Gäste gemüht wird.

Paris, 25. Mai. Bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter behauptete der am 21. Mai verhaftete Russe Selenow, er habe nicht gewußt, daß Iwan Petrow, das Opfer seiner eigenen Döllenmaschine, ein Anhänger der russischen Terroristenpartei gewesen sei, und gab ferner an, daß der Gruppenvorstand der nach

preiffers, der beiden bekanntesten „Patrioten“ jener Tage, sowie des jugendlichen Württembergers Jean Philipp Becker aus Frankfurt, der späterhin einer der tapfersten Vorkämpfer der Arbeiterbewegung wurde. Alle Reden und von beschränkten Vereinen in der Ferne verlesenen Adressen atmeten den Geist der Bruderliebe, der über die Grenzpfähle hinweg das Glück und den Frieden der gesamten Menschheit verband; alle verlangten ein einiges deutsches Reich, Freiheit der Presse, Beseitigung der den Verkehr hemmenden Zollschranken, Freiheit der religiösen und politischen Anschauungen und erklärten den Krieg den diese Wünsche hintertreibenden „Fürken mit ihrem das Volk aufsaugenden Troh“.

Das Hambacher Fest ging aus wie das Hornberger Schießen. Heinrich Heine erzählt in seinem Buch über Ludwigs Börne unter Berufung auf Jakob Benedek, die Führer des deutschen Bürgerkriegs hätten auf dem Hambacher Tag in aller Form die Frage erörtert, ob die Versammlung aus wirklich — „kompetent“ sei, im Namen von ganz Deutschland die Revolution zu erklären, und sie waren nach reiflicher Erörterung zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Frage zu verneinen sei. Ob man das für historische Wahrheit nehmen darf, ist zweifelhaft, aber jedenfalls folgte der Demonstration keine Tat und als die Reaktion sie zum Anlaß verstärkter Unterdrückung nahm, blieb alles ruhig. Als am Jahrestag des Hambacher Festes die Reuspäber abermals nach dem Schloß pilgern wollten, trat die Regierung ihnen mit einem schroffen Verbot entgegen, und am 28. Mai 1833 rückte ein Regiment Infanterie in die Stadt ein, dessen Mannschaften auf offener Straße scharfe Patronen verabreicht wurden. Unter dem Auf: „Auf das Franzosengegendel!“ ging die Soldateska wie toll gegen jedermann vor, der sich am 27. Mai auf der Straße zeigte, und selbst der Bürgermeister von Neustadt wurde von den betrunkenen Kerlen halbtot geschlagen.

Seither hat das Bürgerthum den Tag von Hambach vergessen, an dem sie sich einst für ein freies deutsches Reich auf demokratischer Grundlage begeisterte. Heute klafft es Weisfall, wenn die Arbeiterchaft schlummer gebüttelt wird denn die Unfürsorge der 30er Jahre. Als die pfälzische Sozialdemokratie im Mai 1882 den Tag der 50. Wiederkehr des Hambacher Festes feierte, stand in Landau, Speier und Hermersheim das Militär zum Einschreiten bereit, ohne jedoch die gewünschte „Arbeit“ zu bekommen. Das Bürgerthum aber hielt sich abseits und freute sich der Masse von Bajonetten, die gegen die „Sozgen“ geküßt waren.

Nur ungenügend wird sich die Bourgeoisie anlässlich seiner 75. Wiederkehr des Hambacher Festes erinnern. Um so mehr hat die sozialistische Arbeiterchaft Anlaß, den Ordnungssanctisken von heute auch bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis zurückzurufen, daß ihre Väter auch einmal in höherem Kampf mit der autoritären Gewalt lagen, auch einmal des „Unkürzes“ bezichtigt wurden, auch bei passender Gelegenheit im „Sauberdenton“ schrieben und sprachen, ja sogar einmal ein revolutionäres Manifest feierten. Fast so, wie das heute die Sozialdemokratie tut. Es war einmal....

### Ein Malfest der Bourgeoisie.

Zum 75. Gedenktage des „Hambacher Festes“ 27. Mai 1832.

Das Bürgerthum erinnert sich heute, wo der Kampf gegen den „Umsturz“ seine wichtigste politische Beschäftigung geworden ist, nicht gerne an jene Zeiten, zu denen es selbst sich in der Rolle des „Umstürzlers“ befand. So wird die bürgerliche Presse in der Reihe der dynastischen und mordspatriotischen Festtage, die sie mitzufeiern hat, wohl auch des Tages vergessen, an dem vor 75 Jahren die Väter des heutigen Liberalismus einen gewaltigen moralischen Sieg erröchten über autoritäre Bevormundung und rückwärtschreitende Polizeihäuttelei.

In der weinstädtischen Rheinpfalz, wo die große französische Revolution und weiterhin die Verjagung des Bourbonen Karl X. den nachhalligen Eindruck hinterlassen und die breiten Schichten des Bürgerthums am intensivsten für die Idee einer „freien deutschen Republik“ begeistert hatten, ist die Stätte des Hambacher Festes. Im Februar 1832 hatte die bayerische Regierung alle politischen Vereinigungen als „sebitös“ und „verfassungswidrig“ aufgehoben. Die Beamten, die im Verdacht der Sympathie für liberal-großdeutsche Ideen standen, suspendiert und die „Umstürzler“, in erster Linie die „Deutsche Tribüne“ und den „Westboten“, die unter der Leitung Wirths und Siebenpfeiffers in Zweibrücken bezog. Oggerbeim in der Pfalz erschienen, unterdrückt. Nach diesen Taten kam sie ausgerichtet auf den Gedanken, durch einige „schätzbare Bürger“ Einladungen zu einem „Feste der Konstitution“ ergehen zu lassen, das Ende Mai 1832 auf dem Hambacher Schloß, einer Berggrüne in der Nähe von Neustadt a. d. Haardt, gefeiert werden sollte. Abward erschienen die Liberalen mit einem Gegenaufruf auf dem Plan, der, mit einer Reihe der langvollsten Pfälzer Namen unterzeichnet, zu einer Gegendemonstration aufforderte, die am Sonntag, den 27. Mai 1832 an derselben Stelle stattfinden sollte. Es ist im Zeitalter der proletarischen Misere nicht ohne Reiz, zu lesen, wie dieser „Der Deutsche Mai“ überfahrende Aufruf den Monat Mai als besten Termin einer derartigen Kundgebung bezeichnet; es hieß da:

„Im Mai hießen, nach germanischer Sitte, die Franken, unsere ruhmbehafteten Väter, ihre Nationalversammlungen; im Mai empfing das heldenmütige Polen seine Verfassung; im Mai regt sich die ganze physische und geistige Natur; wie sollte, wo die Erde mit Blüten sich schmückt, wo alle keimenden Kräfte zur Entfaltung streben, wie sollte die Empfindung des freien Daseins, der Menschwürde, starren unter der Dede kalter Selbstsucht, verächtlicher Furcht, strafbarer Gleichgültigkeit?“

Nicht dem Erzeugnissen, sondern dem zu Erringenden, nicht dem Sieg, sondern dem Kampf gelte der Tag, sagte der Aufruf weiter, dem „Kampf für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erhebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde“. „Auf ihre deutschen Männer und Jünglinge jedes

Standes, strömt herbei Deutsche Frauen und Jungfrauen, deren politische Richtung in der europäischen Ordnung ein Fehler und Flecken ist, schmückt und belebet die Versammlung mit Eurer Gegenwart!“ — so schloß der Appell des Pfälzer Komitees. Die Väter des deutschen Liberalismus dachten also in der Zeit ihrer politischen Reife über die politischen Rechte der Jugend und der Frauen weit liberaler als ihre Nachkommen von heute.

Die bayerische Regierung war tödlich genug, durch ein plummes Verbot dieses Redefestes den Liberalen das Wasser in Strömen auf die Mühe zu leiten. Durch Verfügung vom 8. Mai 1832 erklärte sie die beschriebene Versammlung für „sebitös und geschwädig“, sperrte für die Tage vom 26.—28. Mai die Stadt Neustadt und die Dorfgemeinden am Fuße des Hambacher Schlosses für alle Fremden, setzte die Polizeistunde für alle Wirtschaften auf 8 Uhr abends fest und stellte alle Ansammlungen von mehr als fünf Personen unter strenge Strafe; öffentliche Reden wurden verboten.

Gegen den damit über Neustadt verhängten Belagerungszustand protestierte der Stadtrat in einer öffentlichen Erklärung, deren Schärfe und mutige Sprache gewaltig abstrichen von der Gelassenheit, mit der heute die liberale Bourgeoisie alle Qualereien des Volkes durch die Polizei hinnimmt. Man sprach der Regierung das Recht, friedliche Bürger bei friedlichen Zusammenkünften zu stören, rundweg ab. Die übrigen größeren Städte der Pfalz, Landau, Frankenthal, Speyer, Kaiserslautern, Zweibrücken und so weiter, schlossen sich dem Neustädter Protest an. Diese Einmütigkeit blieb nicht ohne Eindruck auf die Regierung. Als sie dann vollends erleben mußte, daß die Durchführung ihrer Absicht, Neustadt und seine Umgebung für die kritischen Tage mit 2500 Mann Infanterie zu besetzen, an der Weigerung der Einwohnerchaft scheiterte, für die Truppen auch nur einen Wispel Brot zu liefern, da machte die Regierung ihr „wahnwitziges Vorgehen“, wie es der Landauer Stadtrat in einer Vorlesung an die Kreisregierung nannte, rückgängig, zumal die Leiter der Festvorbereitungen erklärt hatten, daß sie „dem ungeschlichen Verbot zum Troh“ mit ihren Arbeiten fortfahren würden. Es war ein glänzender Sieg freien Bürgergeistes.

Daß nach dieser unwillkürlichen Reklame der Staatsregierung der Tag des Festes zu einer für die damaligen Verhältnisse — Eisenbahnen existierten in Deutschland noch nicht — geradezu beispiellosen Demonstration wurde, braucht nicht wunder zu nehmen. An die 30 000 Menschen fanden sich am 27. Mai aus der Pfalz selbst und den übrigen Ländern am Rhein, dann aus dem Elsaß, der Schweiz, aus Frankreich, ja selbst aus Polen ein, darunter zahlreiche Studenten in alldemütiger Tracht. Glockengeläute, Kanonendonner und weithin leuchtende Feuer von den nahen Bergehöhen kündeten das Fest an, dem bekanntlich auch Ludwig Börne in Begleitung des Friesen Garro Haccina beizuwohnte, der seine bluttriefenden Lieber gegen die Tyrannen zu Tausenden ins Volk warf. Das Fest verlief mit dem zu jener Zeit üblichen theatralischen Aufputz unter volltönenden Reden Wirths und Sieben-

Paris gestülpten Aussen es seinen Mitgliedern unterlag habe, sich mit der Herstellung von Bomben und mit der Propaganda durch die Tat zu befassen! —

### Ein neuer Antimilitaristenprojek.

Paris, 26. Mai. (Fig. Ver.) Die 13 in Haft befindlichen Unterzeichner des letzten Aufrufs an die Soldaten werden vor das Geschworenengericht gestellt werden. „Aufreizung zur Revolte und zum Mord“ soll ihr Verbrechen sein. — Unter den Angeklagten befindet sich Genosse Auguste, Sekretär des Gewerkschaftsverbandes des Seine-Departements. Das Verlangen der übrigen Unterzeichner des Manifestes, gleichfalls vor Gericht gestellt zu werden — sie haben es dieser Tage in einem demonstrativen Aufzuge beim Untersuchungsrichter wiederholt — soll anscheinend ignoriert werden. Die Regierung scheidet offenbar, mit der Vergrößerung der Zahl der Angeklagten auch die Wahrscheinlichkeit des für sie sehr blamablen Preispruchs zu vergrößern. Diesmal wird es schwer sein, das Schreckbild des „Antipatriotismus“ auf die Geschworenen wirken zu lassen, da das Manifest die Verwendung der Armee gegen den „inneren Feind“ behandelt hat und die „Aufreizung zum Mord“ tatsächlich in einer Warnung vor dem Arbeitermord besteht.

### Bäckerchen Clemenceaus Regime.

Paris, 27. Mai. Der sozialistische Abgeordnete Cornaud wurde gestern anlässlich der Kundgebung, die alljährlich auf dem Friedhofe Père Lachaise zum Andenken an die gefallenen Kommunisten von 1871 stattfindet, verhaftet. Cornaud sandte dem Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben mit der Mitteilung, daß er ihn wegen der Ungefährlichkeit dieser Verhaftung in der Kammer interpellieren werde. —

Carcassonne, 26. Mai. Die geplante Klassenkündigung der Winger hat heute unter überaus zahlreicher Beteiligung stattgefunden. —

### Ein Miß-Vertrauensvotum.

St. Etienne, 27. Mai. Der Kongreß der unabhängigen Sozialisten beschäftigte sich gestern mit der Haltung Briands. Der erste Teil einer Resolution, wonach der Kongreß die Politik der Regierung gegenüber den Syndikaten tadelt und den Minister Briand ersucht, sich auf alle Gruppen der Linken ohne Ausnahme zu stützen, wurde einstimmig angenommen, dagegen wurde der zweite Teil der Resolution, worin dem Minister ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, mit 38 gegen 36 Stimmen abgelehnt.

Also eine Stimme rettete den braven Aristide! —

### England.

#### Englischer Imperialismus.

London, 25. Mai. (Fig. Ver.) Am 24. Mai wurde die erste föderierte Konferenz zur Förderung des imperialen Erziehungswezens eröffnet. Diese Konferenz soll — wie die Kolonialkonferenz — ein dauerndes Institut des Reiches bleiben, obwohl sie nicht auf Veranlassung der Regierung zustande kam, sondern auf Anregung der sogenannten „Empire League“. In der ganzen Welt sind 700 Delegierte auf der Konferenz anwesend, darunter acht Minister und Beamte aus Kanada, sechs aus Australien, je ein Delegierter aus den südafrikanischen Kolonien und je einer aus allen anderen Ländern des Reiches. Die Hauptpunkte der Tagesordnung sind: Austausch der Lehrer und Inspektoren zwischen dem Mutterlande und den Kolonien, Vereinfachung des Universitätswesens des Reiches.

Dem Kaiser der Großbritanniens ist ein neuer Festtag beigelegt worden: „Empire Day“. Dieser Tag soll zum Ruhmestag des Britischen Reiches erhoben und alle Jahre am 24. Mai, dem Geburtstag der Königin Victoria, gefeiert werden! „Patriotismus“, „Erziehung des kriegerischen Geistes“, das sollen die Essenz des „Empire Day“ werden!

In seiner Eröffnungsrede sprach sich Lord Crewe, Mitglied der Regierung, über die Bedeutung des Tages aus.

Das liberal-imperialistische Organ „Daily Chronicle“ ist mit seinen Ausführungen nicht ganz einverstanden. In Wirklichkeit müsse, so meint es, auch in England mehr als bisher der „kriegerische Geist“ und die „Vaterlandsliebe“ gepflegt werden! Schließlich werde ja auch der neue Empire Day von den „Volkseigenen“ als ein Mittel benutzt werden, um „die bösen Leidenschaften des Volkes“ zu erwecken.

Nun, wir denken, der Sozialismus wird schon Mittel und Wege finden, jener Degenerierung des Volksgesistes entgegenzuwirken. —

### Persien.

#### Som „konstitutionellen“ Schah.

Teheran, 26. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Seit einiger Zeit beschwerten sich die Einwohner von Surudschir über den Gouverneur von Luristan, dessen Scharen die Dörfer in dem Distrikt plünderten. Der Minister des Innern teilte hierauf am Donnerstag im Parlament mit, daß eine Truppenabteilung entsandt werden würde, um die Ordnung wieder herzustellen. Ein Mitglied des Parlaments behauptete, die Regierung habe die Unruhen, die auch in Schiras ausbrachen, angezettelt! Im Laufe des gestrigen Tages sind Meldungen aus Täbris eingelaufen, nach denen Rahim Khan irreguläre Reiterei Dörfer geplündert und 260 Mann getötet habe. Das Parlament sandte an den Schah eine Deputation, die ein sofortiges und energisches Eingreifen forderte. Dieser erklärte, er habe bis jetzt noch keine authentische Darstellung erhalten; die Angelegenheit werde untersucht werden, und wenn die Meldungen sich bestätigen sollten, würden die Schuldigen bestraft werden. — Das Parlament gab sich mit dieser Einweisung nicht zufrieden und sprach sich dahin aus, daß der Schah die Anzeigung zu den Unruhen gegeben oder sie geduldet habe. Große Volksmengen haben Kundgebungen gegen den Schah veranstaltet, wobei viele aufreißerische Reden gehalten wurden. Die persischen und britischen Behörden sollen gemeinschaftlich Maßnahmen ergriffen haben, um den Handel mit Waffen von der See her nach Afghanistan und Beludschistan zu verhindern.

Der „New York Herald“ berichtet aus Teheran: Meldungen aus Täbris besagen, daß dort ein Staatsstreich verübt worden sei. Der Schah habe den Truppen Befehl gegeben, das Parlamentsgebäude zu stürmen. Es heißt, daß hierbei 200 Personen getötet und verletzt worden sind.

Teheran, 27. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von verschiedenen Seiten wird bestätigt, daß der Gouverneur von Luristan mehrere tausend Kavalleristen sammelt, um Hamadan in Besitz zu nehmen oder sich zum Schah auszurufen zu lassen. Die turkischen Reiter sind mit Gewehren neuen Systems bewaffnet und besitzen mehrere Schnellfeuergeschütze.

Teheran, 27. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In der Stadt herrschte gestern Ruhe. Alle Läden waren geschlossen. Das Parlament hielt keine Sitzung ab. Rahim Khan, dessen Leute in der Umgegend von Täbris räuberische Streifzüge machten, wurde im Palast unter Arrest gestellt. Das Parlament ist damit nicht zufrieden und wünscht, daß Rahim Khan ins Gefängnis eingeliefert werde. Nach Täbris sind Befehle telegraphisch ergangen: Schritte zu tun, um Unruhestörungen zu unterdrücken. Die Zahl der in der Nähe von Täbris Getöteten ist stark übertrieben.

### Australien.

Die Wahlen in Queensland ergaben das folgende endgültige Resultat: Die Regierungspartei (Premier Ribston) hat 20, die Opposition (Führer Philips) 30 Sitze; die Sozialisten ziehen 10 Mitglieder stark ins Parlament ein; als „unabhängig“ bezeichnen sich drei Volksvertreter. Trotz der starken Opposition bleibt Ribston wahrscheinlich, so lange er die Unterstützung der Sozialisten findet, am Ruder. Daß eine rein sozialistische Partei 10 Sitze unter den 72 erobern konnte, war für viele eine große Überraschung.

### Aus der Partei.

#### Parteiliteratur.

Von der illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden“ sind Heft 20 und 21 erschienen. Der Preis der Hefte beträgt 10 Pf. Sie sind durch alle Parteibuchhandlungen und von allen Kolporteurs zu beziehen.

„Stut und Eisen“, Krieg und Kriegerthum in alter und neuer Zeit. Von Hugo Schulz. 50 Lieferungen à 20 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Soeben sind Heft 33 und 34 erschienen, in denen die Geschichte des dreißigjährigen Krieges geschildert wird. Von den beigegebenen Illustrationen, die den Text erläutern und ergänzen, erwähnen wir die Reproduktionen einiger mittelalterlicher Federzeichnungen, die eine stellt die Belagerung von La Rochelle im Jahre 1628, eine andere die „Belagerung von Nürnberg“ dar. Auch zwei sehr originelle Zeichnungen der „Schlacht von Lützen“ sind in den Heften enthalten.

In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes; Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen.

„Kommunale Praxis“. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Redaktion: Dr. Albert Sadekmann. Verlag Buchhandlung Vorwärts.

In einem sehr instruktiven Artikel handelt Friedrich Kreis in Burgen über die Gemeinden und die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Er zeigt, wie notwendig es ist, allen reaktionären Versuchen, die Gemeindefortschritt zu erhalten und gar noch die Ortskrankenkassen ihrer Selbstständigkeit zu berauben, mit aller Energie entgegenzutreten. Dazu sind in erster Linie die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher berufen, die aus dem erwähnten Artikel eine Menge brauchbaren Materials schöpfen können.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur 2,50 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

Unser Toten. Einer der ältesten Parteigenossen Mannheims, Franz Wagner, ist in seiner Heimatstadt Chemnitz, wohin er sich zum Besuch seiner Verwandten begeben hatte, nach längerer, schwerer Krankheit gestorben. Die Dienste, die der Verstorbene der Partei Mannheims hauptsächlich in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes leistete, so schreibt die Mannheimer „Volkstimme“, bleiben unvergessen. Bei der Gründung unserer „Volkstimme“ war Franz Wagner ganz hervorragend tätig, und seiner Opferwilligkeit ist es hauptsächlich zu danken, daß das Unternehmen, welches in der Anfangszeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, auf seiner heutigen Höhe steht. Dem Aufsichtsrat der Aktiendruckerei gehörte Wagner eine Reihe von Jahren an. Franz Wagner, von Beruf Schlosser, kam 1874 nach Mannheim, etablierte sich Anfang der 80er Jahre als selbstständiger Meister und betrieb später das Metzgergewerbe. Im Jahre 1890 in den Bürgerausschuß gewählt, gehörte er demselben bis 1896 an. Ehre seinem Andenken!

#### Der Festkommers zu Ehren der Vertreter der russischen Sozialdemokratie in London.

Ueber die Begrüßungsfeier, die die englischen Genossen den russischen Delegierten gaben und wovon wir schon kurz Bericht gegeben haben, schreibt uns unser Londoner Korrespondent vom 25. Mai:

Es war ein schöner Gedanke der sozialdemokratischen Föderation, zu Ehren der russischen Delegierten einen Festkommers verbunden mit einer großen Versammlung zu arrangieren. Den Delegierten standen den ganzen Abend Kaffee, Tee, Bier und kalte Küche unentgeltlich zur Verfügung.

Der Veteran der englischen Sozialdemokratie, Genosse H. H. Dymman, dem das Präsidium der Versammlung übertragen war, eröffnete sie mit einem scharfen Protest gegen das projektirte Bündnis zwischen England und dem Japans. Weiter protestierte er gegen das skandalöse Vorgehen der englischen Polizei, die Hand in Hand mit den russischen Espionen die Delegierten bespionieren. Unter den Genossen Quack und Green, die sich ebenfalls gegen ein Bündnis wandten, sprachen verschiedene Delegierte in russischer, jüdischer und deutscher Sprache. Genosse George V. I. Schanow, der sich auch unter den angeklagten Rednern befand, sandte der Versammlung ein Telegramm, worin er mitteilte, daß er krankheitshalber nicht anwesend sein könne. Wäre er zugegen gewesen, er hätte Protest erhoben gegen das Bündnis zwischen der englischen und russischen Regierung. Ein russischer Redner hob hervor, daß man sich im Ausland gewöhnlich unter der russischen Revolution nur Vindictor und Combattanten vorstelle. Die Revolution sei aber nicht das Werk terroristischer Einzelgänger, sie sei das Werk einer organisierten proletarischen Massenbewegung, die immer stärker und mächtiger anschwebe trotz aller Grenzwälle des Japans. Und die Sozialdemokraten als die berufenen Vertreter dieser Bewegung würden allen Verfolgungen zum Trotz nicht eher ruhen, bis das gesteckte Ziel erreicht sei, die Macht des Japans zu brechen!

Alle Reden wurden mit großem Enthusiasmus aufgenommen. —

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strasfants der Presse. Vor der Strafkammer zu Krefeld hatte sich Genosse Wolters von der „Rheinischen Volksstimme“ wegen Vergehens gegen §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle) zu verantworten. Er hatte im November v. J. einen Artikel aus dem „Vorwärts“ übernommen, überschrieben: Aufhebung des Vereinsrechts durch das Kammergericht. Es handelte sich um die Kritik eines Urteils des Kammergerichts, wegen der auch Genosse Weber seinerzeit zu 20 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Das Kammergericht hatte als letzte Instanz in einem Prozeß gegen den Genossen Thiel-Tempelhof auf schuldig erkannt, weil dieser eine unter erschwerenden Umständen zu Unrecht aufgelöste Versammlung nicht sofort verlassen hatte. Begründet wurde das Urteil unter anderem damit, daß nach § 8 des Vereinsgesetzes nach der Auflösung einer Versammlung sich jeder Anwesende zu entfernen habe.

In die Kritik dieses Urteils war die Aufforderung an die Mieter von Veranlagungsdarstellungen gerichtet, in ähnlich gelagerten Fällen der Polizei nicht Folge zu leisten, sondern das Hausrecht zu wahren. In dieser Aufforderung wurde das Vergehen gegen die angeführten Paragraphen des Strafgesetzbuches gesehen. Die Strafkammer in Krefeld erklärte das Kammergerichtsurteil für zutreffend, wenn sie auch zugab, daß die Auflösung der Versammlung zu Unrecht erfolgt sei. Genosse Wolters wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Am dem Reichsgericht Gelegenheit zu geben, sich zu dem Kammergerichtsurteil zu äußern, wird Revision gegen das Urteil angemeldet.

### Gewerkschaftliches.

#### Bojkott und Lohnkampf.

In der Unternehmerpresse wird jetzt ungeheurer Scharf gemacht und zugleich skrupellos ge—stunfert. Namentlich sucht man aus Anlaß des drohenden Väterstreiks mit Nachdruck die Meinung zu verbreiten, daß der Bojkott strafbar sei. Hierzu sucht man besonders den Prozeß des Herrn Lude, dem vor Gericht attestiert wurde, daß er ins Pfannkuchensett gesandt hatte (um zu sehen, ob es loht), der aber wegen formaler Beleidigungen gegen die Väterverbandsführer Hejschold und Schneider ein obliegendes Urteil erlangte, auszumühen. Wie gewissenlos die badermeistlichen Wahrheitsverdreher aber ihren Zweck, die Kleinmeister zu verdammen, verfolgen, möge unseren Lesern folgendes Beispiel lehren: In der Sonnabend-Nummer vom 25. Mai, 2. Beilage, stand die Verhandlung der 35. Zivilkammer des Landgerichts I, überschrieben: „Der Schneiderbojkott vor Gericht“, in der die Firma S. Böhm, Staligerstr. 39, gegen den „Vorwärts“ und den Schneiderverband bei Androhung einer Strafe von 500 M. für jeden Fall die Unterlassung der Boykottierung der Firma durch einseitige Verfügung zu erzwingen suchte.

Das Urteil lautete ausdrücklich:

Die gegen den Schneiderverband und den „Vorwärts“ gerichtete einseitige Verfügung wird aufgehoben, der Firma Böhm werden die Kosten des Rechtsstreits anferlegt.

Das Innungsblatt der Badermeister aber schreibt unter dem 26. Mai:

Ein neuer Bojkottprozeß zugunsten der Boykottier entschieden. Die 35. Zivilkammer des Landgerichts I hat der Klage eines durch das Boykottflugblatt geschädigten Konfektionshauses stattgegeben und dem Verband der Schneider und Berufsgenossen bei 500 M. Geldstrafe für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung untersagt, die Verbreitung des Flugblattes weiter vorzunehmen. Ebenso ist durch Entscheidung des Landgerichts dem „Vorwärts“ untersagt worden, das Boykottflugblatt abzubringen. Die anderen durch die Boykottierung geschädigten Firmen wollen auf gleiche Weise die Einstellung des Boykotts erzwingen.

Wenn an jeder Innungs-2—egende ein Innungsmitglied erstickt wäre, gäbe es längst keine Innung mehr. —

#### Berlin und Umgegend.

#### Die Lohnbewegung der Bäcker.

Der Bäderverband hat alle Vorbereitungen getroffen, welche nötig sind, um den Streik, der nunmehr unvermeidlich ist, mit Erfolg durchzuführen. Am Sonntagmorgen hatte der Verband eine Versammlung der in Groß-Bädereien beschäftigten Gesellen einberufen. Hejschold schilderte die Lage der Lohnbewegung und teilte mit, daß bereits ein großer Teil der Großbädereien und zwar die bedeutendsten Betriebe, die Forderungen des Verbandes bewilligt haben. Die meisten Gesellen, welche in Großbetrieben arbeiten, werden daher nicht am Streik beteiligt sein, es wird ihnen aber zur Pflicht gemacht, sich an den Streikarbeiten zu beteiligen und in dieser Hinsicht allen Anordnungen zu folgen, welche der Verband im Interesse einer wirksamen Führung des Kampfes für notwendig hält.

Vemilligungen laufen fortwährend auf dem Bureau des Bäderverbandes ein. Bis gestern Abend waren es 118 Badermeister, welche die Forderungen des Verbandes durch Unterschrift anerkannt haben. Diese 118 Meister beschäftigen 432 Gesellen, 8 Lehrlinge, 12 Kondiktoren, 92 Hausdiener und Aufseher. Die Zahl ist zwar noch nicht groß, für den Anfang aber immerhin recht annehmbar. Sicher werden im Laufe des heutigen Tages noch eine größere Zahl von Vemilligungen eintreffen, und mer von den Meistern sich bis jetzt noch nicht zur Anerkennung der Forderungen verstanden konnte, den wird der Streik bald anderen Sinnes machen.

Die „Freie Vereinigung“ der Badermeister Berlins, die 1904 aus „Tarifmeistern“ gegründet wurde, und die liberaler als die Innungen sein wollte, ja sogar sozialistisch schillerte, hat schon durch Ablehnung des Schiedsspruches des Einigungsamtes des Gewerbegerichts der Arbeiterschaft bewiesen, weß Geistes Kind sie ist. Jener Schiedsspruch, der den bei Kleinmeistern beschäftigten Bädern alle 4 Wochen einen einzigen Ruhetag, also im Jahre ganze 13 arbeitsfreie Tage zusprach, wurde von diesen Leuten abgelehnt.

Die „Freie“ verlangte allen Ernstes, daß die Gesellen 7 Nächte in der Woche, je 12 Stunden, solange arbeiten sollten, bis durch — Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften die Nacharbeit beseitigt wäre! Dann könnten ja die Gesellen mal wieder anfragen, ob dann die sieben-tägige oder -nächtlige Woche zu beseitigen möglich oder durchführbar ist. —

Halt! Reineade hätten wir vergessen. — die „Freie“ will den Gesellen gnädigst „ab und zu“ abends bis 12 Uhr, falls sie zu ihrer Frau oder ins Theater gehen wollten, freigeben, wenn — die anderen Gesellen die Arbeit für den Betroffenen mitteilen. — Selbst die Arbeitgeber im Einigungsamt haben über diese rückwärtigen Ansichten ein viel-folgendes Rädeln nicht unterdrücken können. Die Innung jauchte über die sonst so geschmähten Eideschwörer und im gelben Streikbrecherorgan haben die „roten Badermeister“ einen wohlverdienten Ehrenplatz erhalten. Dagegen hätten wir nichts einzuwenden. Jetzt aber wird uns ein Flugblatt übersandt, welches die „Freie Vereinigung“ druden ließ, mit der Mitteilung, daß dasselbe am Mittwoch, also nach der Streikerklärung, von den Mitgliedern der „Freien“ an die Kundhaft verteilt werden soll. Daselbe atmet einen berart rückschrittlichen Geist, daß viele Gedanken desselben auch ebenso gut von den Innungen unterschrieben werden könnten. Es werden durch das Flugblatt den Arbeitern diese Herren als „Tarifstreue“ geschildert, die deshalb als harmlosere eine andere Behandlung verdienen als die Innungen. Unsere Leser entinnen sich vielleicht noch der Polemik, die wir mit denselben führten, als sie uns belehren wollten, wie wir gegen jenes Plakat der Bader-Innungen Stellung zu nehmen hätten, das, obgleich der Tarif nirgends gehalten wurde, die Verkürzung der Rabattprozente auf Wadwaren in großen Lettern der Erhöhung der Gesellenlöhne zuschrieb und verheißt, in kleiner Schrift, der Verkürzung der Rohmaterialien zur Last legte. Es ist hier nicht möglich, auf den trauen Inhalt des Flugblattes einzugehen, das wird gründlicher geschehen, als den Schöpfern desselben lieb sein dürfte. Aber das eine sei hier niedriger gehängt: In genau dem rüden Stil, wie dieselben Leute 1904 von den Innungen angepöbelte wurden, versucht der Flugblattschreiber jetzt diejenigen Meister, die die Forderungen bewilligten, zu verächtlichen und herabzusetzen. Der Arbeiterschaft empfiehlt sie, sich die Leute genau anzusehen. Wir meinen, die Arbeiterschaft hat von Leuten, die solche vormärzlichen arbeit-feindlichen Ansichten, wie sie die „Freie Vereinigung“ vertritt, keine Belehrungen nötig, und wird solche Leute noch schärfer unter die Lupe nehmen, die ihre fortschrittlichen Ab-

sichten unter der Wiederkehr des Arbeiterfreundlichkeit, oder gar dem Ausschlag der Parteizugehörigkeit verbergen wollen. Auf das Flugblatt selbst werden wir nach dessen Verbreitung eingehen.

Der Bäckerverband ersucht die Arbeiterschaft, ihm die Bäckermeister mitzuteilen, die das oben angeführte Flugblatt verteilen, damit er in diesen Gegenden gebührend darauf antworten kann.

Die Backwaren-Wiederverkäufer waren gestern Abend vom Bäckerverband zu einer Versammlung eingeladen, natürlich nur diejenigen, welche sich zur organisierten Arbeiterschaft halten und deshalb ohne weiteres gewillt sind, die Bäcker in ihrem gerechten Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie Backwaren nur von solchen Bäckermeistern beziehen, welche die Forderungen bewilligt haben. Es handelte sich nun darum, den Wiederverkäufern bekannt zu geben, welche Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen werden. Wie beim vorigen Streik, so erhält auch diesmal jeder Wiederverkäufer, der seine Ware aus bewilligten Bäckereien bezieht, Plakate, welche dies den Kunden kenntlich machen, ebenso Legitimationskarten für ihre Aussträger. Sollte ein Bäckermeister, der bewilligt hat, sich weigern, einen Wiederverkäufer als neuen Kunden anzunehmen, so wird er aus der Liste der Bewilligten gestrichen. In Stadtgegenden, wo keine bewilligten Bäckereien vorhanden sind, werden die Kunden, welche in solchen Bäckereien nicht kaufen wollen, gesammelt, um ihnen Ware durch bewilligte Bäckereien oder Händler aus naheliegenden Bezirken zu besorgen. Notwendig ist, daß die Backwarenhandlung sich gegenseitig kontrollieren, damit keiner von ihnen das Publikum über die Herkunft seiner Ware täuschen kann. Da der Kampf der Bäcker ein hartes werden wird, soll auch der Boykott solange wie möglich durchgeführt werden.

### Deutsches Reich.

#### Zum Streik der Seeleute.

Lange Lobeshymnen veröffentlichte anlässlich des 60jährigen Jubiläums der „Gazog“ die bürgerliche Presse Hamburgs auf den Träger des Nationalismus, Herrn Generaldirektor Ballin, dem Hamburg seine jetzige wirtschaftliche und handelspolitische Bedeutung zu verdanken haben soll. Die in seiner Ehrfurcht vor diesem „gewaltigen“ Mann erstehenden kapitalistischen Goldschreiber zählen gewissenhaft die Verdienste — nicht die materiellen Verdienste — des Hafenzarers auf, der auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wie den der Kunst und Wissenschaft befruchtend gewirkt habe usw. usw., weil die Millionen dieser gigantischen Gesellschaft überall ruhmieren. So und in ähnlichen Tonarten klingt das Lied vom Hebermenschen Ballin. In zehn Jahren ist das Aktienkapital der Gazog von 45 auf 125 Millionen — Wachstum der Schiffe mit den in Bau befindlichen: 165 Millionen — angewachsen, der Gewinn von 9,7 Millionen auf 37,3 Millionen gestiegen. 19 000 Menschen, davon 12 000 an Bord der Schiffe, fronden im Dienste dieses Unternehmens. Das wird so ganz ein passanter Erwähnt. Daß diese Arbeiterarmee a u ch Verdienste hat um die Entwicklung der Gesellschaft, das wird kaum angedeutet, in einigen Blättern ganz verschwiegen. Wie kann auch neben Ballin jemand Verdienste haben? Neben diesem Manne sind eben alles Nullen. Dann wird auf den Nixton hingewiesen, der sich kurzzeitig im Hafen in Gehalt des Seemanns zeils bemerkbar macht. Aber Ballin wird's schon machen, denn er handelt ja stets nach dem Wahlspruch der Gazog: „Rein Geld — die Welt“.

Die Ballinschen Streikbrecheragenten sind hinaus in alle Welt geschickt worden, um im „nationalen“ Interesse, vor dem auch bei diesem Streik in geradezu widerwärtiger Weise die Rede ist, Arbeitswillige nach der Ballinschen Handelsmetropole zu verschaffen. Der Dampfer „Portia“ hat am Sonnabend 165 englische Streikbrecher nach hier gebracht; außerdem sind zur Bedienung der Schiffsmaschinen Österreicher und Kroaten nach hier gekommen. Diese „seemannische“ Konkurrenz haben die deutschen Seeleute nicht zu fürchten. Die Einmütigkeit der deutschen Seeleute ist es aber, die die Gazogisten und verwandte Berufsgruppen fürchten. Der liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Heckscher, der, wie zugegeben werden muß, sich um die Schlichtung der Differenzen zwischen Reedern und Schauerleuten sehr bemüht, aber dafür wenig Dank geerntet hat, wird wohl nunmehr eingesehen haben, was auf die „Vornehmheit“ und die Verprechungen der Reeder zu geben ist. Die Reeder haben bekanntlich versprochen, und Herr Heckscher glaubte sich dafür verbürgen zu können, daß sie ihr Wort halten werden. In den Verhandlungen mit den Schauerleuten, die schwarz auf weiß getroffen sind, gehört der Paktus, daß niemand zur Eingehung eines Kontraktverhältnisses gezwungen werden darf. Bei der Amerika, sowohl wie bei der Boermann-Linie sind in den letzten Tagen Schauerleute entlassen worden, weil sie ein solches Kontraktverhältnis nicht eingehen wollten, was eine ungeheure Gärung unter den Schauerleuten hervorgerufen hat. Und da verlangt man von den Seeleuten, sie sollen Vertrauen haben zu den Verprechungen der Katastrophe im Schiffsbetriebsgewerbe und sofort den Streik aufheben! Es würde den Seeleuten genau so gehen wie den Schauerleuten: nach einigen Monaten würde festgestellt werden, daß nennenswerte Mißstände nicht vorliegen, weshalb man ja auch von vornherein von einer Nachprobe des Seemannsverbandes saßelt. Deshalb sagen die Seeleute nicht mit Unrecht „Hands off“!

Was die Situation in Hamburger Hafen anlangt, so sei bemerkt, daß von Tag zu Tag die Reihen der Streikenden stärker werden, denn jedes ankommende Schiff bringt neue Kämpfer. Die Streikenden sind auf einen längeren Kampf gerüstet.

Am Sonnabendnachmittag trat in Hamburg der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Reeder unter Vorsitz des Direktors Stolze vom Norddeutschen Lloyd zu einer Sitzung zusammen, um Stellung zu nehmen zum Streik der Seeleute im Nord- und Ostseegebiet. Der Beschluß lautet:

„Angehörige des provokativen Treibens des Seemannsverbandes hat der Zentralverein beschlossen, an dem bisherigen Standpunkte festzuhalten und mit der jetzigen Zeitung dieses Verbandes nicht zu verhandeln.“

Um diesen Beschluß zu fassen, hätten die Herren sich nicht in die Kosten einer Reise nach Hamburg zu stützen brauchen. Wie bereits berichtet, haben die Seeleute schon vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, zwecks Verhandlung mit den Reedern die von diesen geforderte Kommission aktiver Seeleute zu wählen, die ebenfalls in der Lage sein würde, den Reedern die „unbekannten“ Mißstände vor Augen führen zu können.

#### Ein neuer Schornsteinverband.

Gestern fand in Essen die 49. Generalversammlung des Vereins für die bergbauartigen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund statt. Der Geschäftsführer des Vereins, Bergassessor von und zu Löwenstein, gab einen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterorganisationen innerhalb des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Der Referent ging dann auf die systematische Agitation innerhalb der einzelnen Organisationen ein und auf die mannigfachen Mittel, die von den Führern in den verschiedenen Formen der Auswanderungsbewegung zur Einwirkung auf das Unternehmertum angewendet werden. Der Referent besprach dann die Forderungen der Verbände, namentlich diejenige nach Tarifverträgen, aus deren Erfüllung die „folgeschwerste“ Schädigung für das heimische Erwerbleben erwachsen würde! Er gab zu erwidern, daß der bisherige, auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Zusammenschluß der Vereinsmitglieder im Hinblick auf das stärkere Eindringen der Gewerkchaftsbewegung genügen werde, die bisherige Verteidigungsstellung zu behaupten, und ob es nicht zweckmäßig sei, aus der Agitationsstätigkeit der Gewerkchaften die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen, und einen engeren Zusammenschluß zu suchen, ähnlich, wie er

Bereich unter den Arbeitgebern anderer Industriezweige erfolgt sei.

#### Die Metallarbeiterausperrung im Maingebiete

hat, wie schon telegraphisch gemeldet, am Sonnabend den 25. Mai, begonnen. Die erneut aufgenommenen Einigungsverhandlungen zwischen den Seidenkommissionen in Offenbach a. M. waren bis dato ohne Erfolg. Am Dienstag sollen sie fortgesetzt werden.

So konnten die von dem derzeit herrschenden Ausperrungsfever ergriffenen Metallindustriellen den geplanten Gewaltstreik gegen die organisierte Arbeiterschaft auslösen: die Ausperrung wurde perfekt. Es läßt sich zur Stunde noch nicht genau übersehen, wieviele Arbeiter von der Ausperrung betroffen sind. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, in Frankfurt a. M. würden 8000, im ganzen Bezirk rund 18 000 Arbeiter betroffen. Diese Zahlen sind aber zu hoch gegriffen. In Frankfurt a. M. wurden am Sonnabend zierla 2200 ausgesperrt. Dazu kommen noch zirka 500, die nach den Verschlüssen der Werkstattversammlungen selbst die Kündigung einreichten. Die Selten-Gußkaume-Lahmeyerwerke, die erst am Mittwoch, den 29. Mai ausgesperrt werden, werden der Zahl der Aussperrten und Streikenden weitere 2000 zuführen. Und die Adler-Fahrradwerke vorm. H. A. Meyer, wo die Kündigung erst am 31. Mai abläuft, werden vielleicht ebensoviel stellen. Wieviele Arbeiter außerhalb Frankfurts ausgesperrt wurden, darüber liegen genaue Meldungen noch nicht vor.

#### Ueber die Bergarbeiterbewegung in Lothringen

gehen eine Menge widersprechender und ungenauer Nachrichten durch die bürgerliche und auch durch die Parteipresse. Die Ursachen der Bewegung sind die Verhältnisse im Knappschaftswesen. Bis zum April d. J. bestanden im Lothringers Erzegebiet keine obligatorischen Knappschaftskassen. Die reichslandische Regierung hielt es nicht für nötig, die Errichtung solcher Kassen zu verfügen, obwohl sie dazu berechtigt und im Interesse der Arbeiter verpflichtet war. Nur einige größere Werke, wie de Wendel usw., errichteten vor einigen Jahren solche Kassen und die Regierung ordnete endlich das Obligatorium vom April d. J. ab an. Die den Bergleuten von den Werken vorgelegten Statuten der Knappschaftskassen entsprechen nun nicht den Wünschen und Hoffnungen der Bergarbeiter. Ihr Hauptwunsch, die Pensionen nun mit rückwirkender Kraft einzustellen bei Tragung der rückwirkenden Kosten durch die Unternehmer ist nicht erfüllt. Und nichts ist berechtigter als dieser Wunsch der Arbeiter. In Preußen sind durch Gesetz die Knappschaftskassen bereits seit Ende der sechziger Jahre eingerichtet. Die Bergleute Lothringens sind also gewaltig benachteiligt. Die Lothringers Unternehmer haben mehr denn 30 Jahre lang die Knappschaftsbeiträge sparen können, haben Riesengewinne aus den Arbeitern herausgezogen und sind bei keinem guten Willen wohl in der Lage, den Wunsch der Arbeiter zu erfüllen. Die Lothringers-Luxemburger Gruben sind die Hauptproduzenten des deutschen Eisenerzes. Von der gesamten deutschen Eisenproduktion von 22 Millionen Tonnen lieferten sie allein 17 1/2 Millionen Tonnen. Die ersten Belegschaften, die wegen des schlechten Knappschaftsstatus in den Auslande traten, waren am 11. Mai die Bergarbeiter der Gruben „Grenze“, „Montoi“, und „Pauline“. Dann folgten am 15. Mai die Gruben „Höflingen“, „Vereinte Rombacher“, „St. Paul“ und „Orne“ Auch auf der Grube „St. Marie-aux-Chènes“ hat in letzter Zeit eine große Anzahl Bergleute die Arbeit eingestellt. Da wurde am 20. Mai bekannt, daß die Grube „Durbach“ im Feinschmelz Minette an das Rombacher Hüttenwerk in Ornetal, wo die Bergarbeiter streiken, liefert. Dies war der Anlaß, daß die Belegschaft von „Durbach“ am 21. Mai die Arbeit niederlegte. Ihr folgten am anderen Tage die großen Gruben „Rheinische Stahlwerke“, „Vernsbrennen“, „Möhling I und II“, „Stumm“, „Hovingen“ und „Vochumer Verein“. Im Feinschmelz befinden sich jetzt 4600 Mann und im Ornetal 1300 Mann im Auslande. Die Bewegung, die von einem guten Geiste getragen wird, dehnt sich weiter aus, wenn das Unternehmertum auf seinem Herrn-im-Hause-Standpunkt beharrt. Man droht den Ausländern damit, sie nicht wieder einstellen zu wollen und sie aus den Werks-„Wohlfahrtswohnungen“ auszusetzen. Die Arbeiter im schwarzen Lothringen aber sind erwascht. Christliche wie Altverbänder sind sich darin einig, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen wird, bis ein besseres Statut geschaffen worden ist. Die Regierung könnte hier jedenfalls der Sache schnell ein Ende bereiten, wenn sie einfach verfügte, daß die Pensionen rückwirkende Kraft erhalten müssen. Sie ist in erster Linie schuld, daß bis heute noch keine Knappschaftskassen bestehen. Die Meldungen bürgerlicher Blätter über Ausschreitungen im Streikgebiet, sind aus der Luft gegriffen.

### Ausland.

#### Der Achtstundentag für Bergleute.

Im Juli vorigen Jahres war von der englischen Regierung eine Kommission eingesetzt worden mit dem Auftrage, Untersuchungen anzustellen über die Folgen, welche die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages in den Bergwerken auf die Produktion, Lohn, Beschäftigung, den Export und auf andere britische Industrien haben werde. Diese Kommission hat jetzt einen umfangreichen Bericht herausgegeben, dem wir folgende, interessante Einzelheiten entnehmen: Nach den Ermittlungen der Kommission beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit der Bergleute unter Tage in Großbritannien 8 Stunden 3 Minuten pro Tag. Die einzelnen Distrikte weisen unter einander große Schwankungen auf; von 8 Stunden 49 Minuten in Durham für Hauer bis 6 Stunden 57 Minuten in Monmouth für alle Untergründarbeiter.

Die Einführung des Achtstundentages würde nach den Aussagen von Bergwerksunternehmern einen Produktionsrückgang von 25 Millionen 783 000 Tonnen Kohlen ergeben. Die Kommission schließt sich dieser Meinung nicht an. Nach ihren Berechnungen beträgt schon jetzt die wirtliche Arbeitszeit nach Abzug der üblichen Unterbrechungen nur 7 1/2 Stunden pro Tag. Nach Einführung eines gesetzlichen Achtstundentages werde sicherlich viel Zeit, die jetzt überflüssigerweise verzwüßelt wird, gespart werden. Mit Recht führt die Kommission in ihrem Bericht an, daß bei verkürzter Arbeitszeit intensiver gearbeitet werde; ferner würden die Maschinen verbessert und überhaupt eine rationellere Arbeitsstellung Platz greifen. Immerhin kommt die Kommission zu dem Schluß, daß die Befreiung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, ob stufenweise oder auf einmal durchgeführt, eine Verringerung der Produktion zur Folge haben werde. Die verschiedenen Bedingungen, unter denen in den einzelnen Kohlenindustrien gearbeitet wird, würden Ausnahmen notwendig machen.

Auf die Gesundheit der Bergleute werde nach der Ansicht der Kommission die Einführung des Achtstundentages einen geringen Einfluß ausüben. Sehe man ab von den Unfällen, so sei die Sterblichkeit bei den Bergleuten nicht größer als in anderen Berufsarten; nach den Mitteilungen einer „Autorität“ sei diese sogar 16,8 Proz. weniger, als die bei allen berufstätigen Männern. Ob durch die Einführung des Achtstundentages die Lohnhöhe der Arbeiter beeinflusst werde, darüber vermag die Kommission ein präzis Urteil nicht abzugeben; es werde das viel davon abhängen, wie Unternehmer und Arbeiter mit einander verfahren werden, die unvorhergesehenen Schwierigkeiten des neuen Systems zu überwinden. Ebenso unbestimmt wird die Frage beantwortet, ob der Kohlenexport leiden werde. Deutschland und Amerika kommen namentlich als Konkurrenzländer in Betracht und in beiden Ländern sei die Arbeitszeit unter Tage eine geringere als in England, aber sie sei länger als 8 Stunden. Zum Schluß empfiehlt die Kommission, daß bei der Einführung des gesetzlichen

Achtstundentages die Regierung sich das Recht vorbehalte, Ausnahmen zuzulassen, damit die Interessen anderer Industrien nicht geschädigt würden.

Das Wichtigste an diesem Bericht scheint uns die Erkenntnis, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden die Produktion wenig oder garnicht verringert wird und daß auch diese Reduktion durch Intensität und Verbesserung der Arbeitsmethoden leicht wieder ausgeglichen werden kann.

#### Ein Musikerstreik und deutsche Streikbrecher in Stockholm.

In der Woche vor Pfingsten und in den Feiertagen hat sich in dem populärsten Musikrestaurant Stockholms, dem größten in ganz Schweden, in „Verns Salonger“ ein Musikerstreik ereignet, der schon deswegen besonders bemerkenswert erscheint, weil es der erste Musikerstreik ist, der von einer Organisation geleitet wurde und schließlich trotz alles Sträubens des Unternehmers zu einem Liebes-einkommen mit der Musikerorganisation, der „Orchestervereinigung“, führte. Dazu kommt, daß die Musiker des weltbekannten Etablissements „Strömporters“ aus Sympathie mit ihren streikenden Kollegen ebenfalls die Arbeit niederlegten, und daß das Publikum dann auch sehr Teil dazu beitrug, die Streikenden zum Siege zu verhelfen und die aus Deutschland herangeholten Streikbrecher unmöglich zu machen. Der junge Herr Verns war extra nach Deutschland gereist und hatte hier Ertrag für die streikenden Musiker gesucht und auch gefunden. Am Pfingstsonntag sollten die Deutschen in „Verns Salonger“ musizieren. Aber kaum hatten sie begonnen, da erhob sich im Publikum ein so gewaltiges Beifallen, daß ihre Instrumente überdönt wurden und sie das Spiel verloren geben mußten. Um das lucrative Pfingstgeschäft nicht gänzlich einzubüßen und einen vernünftigen Boykott zu verhindern, mußte nun die Firma „Verns Sterkhus“ sofort nachgeben und den von ihren alten Musikern und ihrer Organisation verlangten Kontrakt unterzeichnen. Als am Montag das alte Orchester wieder auftrat, da wurde es vom Publikum mit stürmischen Sympathieentgehnungen empfangen.

Die Forderungen der Streikenden waren vor allem der Abschluß eines schriftlichen Liebeseinkommens zur Sicherung gegen willkürliche und plötzliche Entlassungen, wie sie in letzter Zeit den Mitgliedern dieses seit 40 Jahren bei der Firma tätigen Orchesters gegenüber üblich geworden waren und bei den nur mündlich getroffenen Vereinbarungen auch möglich waren; außerdem wurden auch Lohnverhöhungen verlangt.

Der glücklich beendete Streik wird sicher dazu beitragen, daß die schwedischen Musiker mehr und mehr erkennen, daß sie sich, wollen sie nicht willenlos der Ausbeutung des Unternehmertums preisgegeben sein, organisieren und kämpfen müssen um die Verbesserung ihrer Lebenslage, wie die Arbeiter aller anderen Berufe.

#### Der Streik in den Randminen.

Johannesburg, 27. Mai. In der gestrigen Versammlung, welche die streikenden weißen Grubenarbeiter abhielten, wurde die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. 10 000 weiße Grubenarbeiter streiken.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Keine Bespizelung durch englische Polizei.

London, 27. Mai. (B. L. B.) Unterhaus. Im Verlaufe der Sitzung werden an den Staatssekretär Gladstone Anfragen gerichtet, ob die russischen Sozialisten, die jetzt in London eine Konferenz abhalten, von der Londoner Polizei beobachtet werden und ob die dabei erlangten Informationen der russischen Polizei mitgeteilt werden würden. Gladstone erwidert, die russischen Sozialdemokraten würden von der Londoner Polizei nicht beobachtet. Die englische Regierung greife niemals während ein in die persönliche Freiheit in politischer Beziehung. Die Polizei habe ein für allemal die Anweisung, und zwar ohne daß dabei die Nationalitäten unterschiedlich behandelt werden, alle Schritte zu tun, die erforderlich sein könnten, um zu verhindern, daß gewalttätige Verbrechen in England oder sonstwo vorbereitet oder ausgeführt werden.

(Die Fassung des Telegramms läßt nicht erkennen, welche Stellung die englische Regierung gegenüber der Bespizelung des Kongresses resp. seiner Mitglieder durch die Spürhunde der russischen Regierung einnimmt.)

#### Ueberfahren.

Hörbe, 27. Mai. (B. G.) Auf den Hördertwerken wurden zwei Italiener von einem Güterwagen, der sich losgelöst hatte, überfahren. Der eine ist getötet, der andere schwer verwundet.

#### Vom Blitz erschlagen.

Hörbe, 27. Mai. (B. G.) Gestern wurde in der benachbarten Hplerbeder Feldmark ein Arbeiter Fridu, als er Heizen vom Felde holen wollte, vom Blitz erschlagen und ein anderer gelähmt, Fridu hinterläßt 12 Kinder.

#### Opfer des Alstersports.

Jansbrud, 27. Mai. (B. G.) In der Kranenmitterkamm ist gestern der Tourist Hirschler abgestürzt; mit schweren Verletzungen wurde er von Passanten aufgefunden.

Jansbrud, 27. Mai. (B. G.) Vom Heinen Quachstein ist gestern nachmittag der Wiener Tourist Fritz Weis abgestürzt. Derselbe konnte bisher nicht aufgefunden werden und man glaubt, daß er sein Leben eingebüßt hat. Er war der einzige Ernährer seiner alten Mutter.

#### Eine Interpellation.

Paris, 27. Mai. (B. L. B.) Deputiertenkammer. Der Deputierte Cornaud (Sog.), der gestern bei der jedes Jahr auf dem Kirchhof Pere-Lachaise an der Mauer stattfindenden Kundgebung, wo 1871 die Föderierten erschossen worden sind, verhaftet wurde, interpelliert wegen dieser seiner Verhaftung. Ministerpräsident Clemenceau erklärt, der Interpellant sei verhaftet worden, weil er sich geweigert hatte, weiterzugehen, trotz einer dahingehenden Aufforderung der Polizei. Die Eigenschaft als Deputierter berechtige niemand, gegen die Gesetze, welche die Ordnung auf den Straßen verbürgen, zu verstoßen. (Rufen auf der äußersten Linken.) Cornaud sei von der Polizei mit der Rücksicht behandelt worden, die auch jedem einfachen Bürger zu teil werde. Das Haus nimmt darauf mit 349 gegen 154 Stimmen die einfache Tagesordnung an.

#### Ertrunken.

Konstant, 27. Mai. (B. G.) Eine Gondel mit drei Insassen fuhr in die Wellen eines ausfahrenden Dampfers, Das Boot kenterte, zwei Insassen ertranken.

#### Exploidiertes Schlofen.

Venedig, 27. Mai. (B. G.) Im Marine-Arsenal exploidierte ein Schlofen, wobei neun Arbeiter schwer verletzt wurden.

#### Unwetter.

Warschau, 27. Mai. (B. G.) Der hiesige Ort wurde gestern nachmittag von einem schweren Unwetter heimgesucht. Der Blitz schlug wiederholt ein und setzte fünf Petroleumschächte in Brand. Die Giebtürme sowie andere Gebäude nebst Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Nur nach langen Bemühungen gelang es, den Brand zu lokalieren. Nur dem Umfange, daß wegen der Sonntagruhe sämtliche Betriebe feierten, ist es zu danken, daß Menschenleben nicht zu Schaden gekommen sind.

# Der Kampf im Berliner Baugewerbe.

Durch die Beschlüsse, welche die am Sonntag und Montag abgehaltenen Versammlungen der Arbeiter des Baugewerbes gefaßt haben, ist der Kampf in ein neues Stadium getreten. Nachdem die Unternehmer am Pfingstsonnabend den Kampf gegen die Arbeiter eröffnet hatten, nahmen diese während der vergangenen Woche eine abwartende Haltung ein. Jetzt sind die Arbeiter aus der Verteidigungsposition entschlossen zum energischen Angriff übergegangen. Auf den Bauten, wo die Arbeiter bis jetzt noch nicht ausgesperrt worden sind, soll nicht mehr zu den alten Bedingungen gearbeitet werden. Es wird vielmehr verlangt, daß die Unternehmer diejenigen Forderungen bewilligen, welche die Arbeiter von vornherein für das erreichbare Ziel der Lohnbewegung hielten, nämlich: 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn. — Wo diese Forderungen nicht bewilligt werden, da soll dann einmütig die Arbeit niedergelegt werden.

Es ist kein Zweifel, daß durch diese Taktik eine Verschärfung und zunächst auch eine weitere Ausdehnung des Kampfes erfolgen wird. Aber ebenso zweifellos ist es, daß durch die Taktik der Arbeiter die Situation geklärt und der Ausgang des Kampfes beschleunigt wird. Wenn die Unternehmer ihrem Aussperrungsbeschlusse bisher nur sehr mangelhaft nachkamen und kaum den dritten Teil der Arbeiter aussperrten, die sie ihren Beschlüssen gemäß hätten aussperrten müssen, so geschah das einmal aus mangelnder Einigkeit, bei einem Teil derselben aber auch deshalb, um notwendige Arbeiten noch zu den alten Arbeitsbedingungen fertigzustellen. Nach und nach würde die Aussperrung jedenfalls doch einen größeren Umfang angenommen haben. Dafür hätten die Scharfmacher schon gesorgt, wenn nicht anders, so unter Anwendung solcher Mittel, die, wenn Arbeiter sie anwenden, als Verstöße gegen § 153 der Gewerbeordnung, als Nötigung und als Erpressung bestraft werden. Dessen sind sich die Arbeiter wohl bewußt. Sie haben nach dem Grundsatz: „Die beste Deckung ist der Sieg“, dies nicht abgewartet, sie haben vielmehr den von den Unternehmern eröffneten Kampf nunmehr auf die ganze Linie ausgedehnt und dadurch eine Situation geschaffen, welche die Entscheidung schneller herbeiführen muß, als es der Fall sein würde, wenn sie sich rein passiv auf die Verteidigung beschränkt hätten.

Der Kampf wird voraussichtlich ein äußerst schwerer werden, denn die Unternehmer werden alles ausbieten, um Herren der Situation zu bleiben. Andererseits aber bürgt die Kampfesfreudigkeit und Entschlossenheit der Arbeiter dafür, daß sie durch energischen Kampf nunmehr das Erreichte werden, was ihnen die Unternehmer im Wege friedlicher Vereinbarungen nicht gewähren wollten.

Die Arbeiter des Berliner Baugewerbes führen diesen Kampf nicht als einen Lohnkampf. Es gilt ihnen in erster Linie, die Arbeitszeit zu verkürzen. Eine Kulturforderung von großer Bedeutung ist es, um welche sich dieser Kampf dreht. Nicht nur jeder Arbeiter, sondern jeder, der für den Fortschritt menschlicher Kultur eintritt, muß den Berliner Bauarbeitern einen vollen Sieg ihrer großen Sache wünschen.

Als nach den gescheiterten Verhandlungen, die am Donnerstag vor der Aussperrung unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Kommerzienrates Emil Jakob stattfanden, die Vertreter beider Parteien sich trennten, geschah dies unter dem gegenseitigen Versprechen, daß der Kampf sachlich geführt werden solle. Jetzt unterschreiben die Herren Bahl und Feuer, die an jenen Verhandlungen teilnahmen, in Gemeinschaft mit Herrn Fiedler ein Zirkular an die Unternehmer, in dem es heißt:

„Sie verpflichten sich durch Ihre Unterschrift die einseitig durch die Arbeitnehmerorganisationen aufgestellten Bedingungen einzuhalten, während die Organisationen gar keine Verpflichtung übernehmen. Wer garantiert Ihnen das, daß Ihre Arbeitnehmer sich nicht in einigen Wochen über ihre eigenen Arbeitsbedingungen hinwegsetzen und Ihnen neue Arbeitsbedingungen diktiert.“

Das sind die ersten Proben der „sachlichen“ Kampfweise. Woher wohl nehmen die Herren Bahl, Feuer und Fiedler das Recht, Leute, mit denen sie jahrelang in stets ungeschwächten Vertragsverhältnissen standen, der Unzuverlässigkeit als Kontrahenten zu beschuldigen? Geht die Sachlichkeit denn schon in demselben Augenblick zum Teufel, wo auch der Gegner im Kampfe Ernst macht?

In einem anderen Zirkular heißt es: Berlin, den 27. Mai 1907.

**Geehrter Herr Kollege!**  
Wir nehmen höchst Weg auf unsere gedruckte Mitteilung vom 15. Mai, in welcher wir Ihnen anzeigten, daß die Generalversammlung des Verbandes der Baugewerkschaften einstimmig beschlossen habe, am 18. d. M. sämtliche bei den Verbandsmitgliedern beschäftigten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu entlassen. Wir bitten Sie dringend, sich im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der raschen Wendung des Kampfes unserem Vorgehen anzuschließen. Inzwischen ist die Entlassung der Arbeiter vor sich gegangen. Von gegnerischer Seite wird offensichtlich die Nachricht verbreitet, daß die Anzahl der Entlassenen weit geringer ist, als man erwartet hatte. Dies entspricht nicht den Tatsachen; der Entlassungsbeschluss ist von den Verbandsmitgliedern, wie es ja auch selbstverständlich ist, streng durchgeführt worden. Nach diesem Ergebnis der Aussperrung ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Kampf zu Gunsten der Arbeitgeber entfallen wird. Selbstverständlich wird dieser erste Kampf, den wir um die Ergebung des Berliner Baugewerbes zu führen haben, um so rascher beendet sein, je nachdrücklicher und allgemeiner die Aussperrung in den ersten Tagen durchgeführt wird. Es entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis, ob Sie ebenfalls Ihre Arbeiter entlassen haben. Sollte dies jedoch noch nicht der Fall sein, so ersuchen wir Sie nunmehr dringend, dies sofort zu tun, denn der Kampf muß unter allen Umständen für die Arbeitgeber gewonnen werden. Geht er verloren, dann werden sich dieselben Kämpfe in ganz Deutschland im Baugewerbe wiederholen und alle anderen Gewerbe in Berlin werden nachfolgen, wenn die Maurer und Zimmerer eine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt haben. Das darf nicht geschehen. — Darum appellieren wir jetzt noch einmal eindringlich an Ihr Kollegialitätsgefühl.

Was unsere Verbandsmitglieder können, das können Sie auch, das müssen Sie können!

Bedenken Sie, welchen Opfermut die Arbeitnehmer bei jeder Gelegenheit zeigen, wollen wir uns von ihnen beschämen lassen, wenn es den Kampf um unsere wirtschaftliche Existenz gilt?

Sie werden pekuniäre Verluste erleiden! Gewiß; aber die müssen getragen werden, es muß verlangt werden, daß in solcher Zeit jeder seine eigenen Interessen hinter die der Allgemeinheit zurückstellt.

Ganz Deutschland verfolgt unseren Kampf mit der größten Spannung, jetzt hat Berlin zu zeigen, was es kann; oder wollen Sie, daß wieder von Berlin gesagt wird, daß man dort nur mit dem Munde große Taten verrichtet, aber mutig zurückweicht, wenn es Ernst wird.

Aus allen diesen Gründen eruchen wir Sie, sich sofort dem Beschlusse unseres Verbandes anschließen zu wollen.

Zeigen Sie, daß Sie nicht gewillt sind, sich durch andere die Kasanien aus dem Feuer holen zu lassen, daß Sie nicht untätig dabei stehen wollen, wenn andere für das Wohl und die Existenz Ihres Standes schwere Opfer willig bringen. Treten Sie jetzt dem Verbandsmitglied bei und helfen Sie, denselben durch Hinzuführung immer neuer Mitglieder gerade jetzt zu festigen und zu fördern.

Den beiliegenden Fragebogen wollen Sie sofort ausfüllen, auf dem einen Fragebogen angeben, wie viel Leute der einzelnen Kategorien Sie am 11. Mai beschäftigt haben, auf dem anderen aber angeben, wie viel Leute von Ihnen am 27. Mai beschäftigt waren.

Die Fragebogen sind mit Unterschrift zu versehen und sofort an unser Geschäftsamt zurückzusenden.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand des Verbandes.

Bahl, Feuer, Fiedler.

Hier geben sich die Herren sehr bescheiden! Die Aussperrung entspricht angeblich ihren Erwartungen. Warum dann diese dringende Aufforderung an die Zurückstehenden, nicht untätig dabei zu stehen? Inzwischen haben die Arbeiter den Verband der Baugewerkschaften einer weiteren Agitation für die Arbeitsruhe überhoben.

## Die fürsorgliche Polizei abgebligt.

Auf einem Neubau in der Schlauerstraße erschien am Freitag voriger Woche ein Polizeiwachmeister. Er wandte sich vertraulich an den Maurerpolier und fragte ihn, wie viele Posten er nächste Woche brauche. — Posten? fragte der Polier erstaunt. Auf diesem Bau habe nur ich einen Posten, andere Posten sind nicht zu besetzen. — Der harmlose Polier dachte wahrscheinlich an Postengestellten. Der Polizeibeamte klärte ihn nun darüber auf, daß der Auftrag des Polizeileutnants komme und dem Polier Schuhmannsposten anbiete, weil es doch in nächster Woche „losgehen“ solle. Da wollten doch die Arbeiter mit Forderungen vorgehen, es werde zum Streik kommen und für diesen Fall sollten so viele Schuhmannsposten vor den Bau gestellt werden, wie der Polier haben wolle. — Jetzt begriff der Polier wohl, um was es sich handelte, aber er brachte der polizeilichen Fürsorge kein Verständnis entgegen. Etwas und kühl sagte er dem Beamten, er möge nur seinem Verstand folgen, wenn es zum Streik käme, dann wäre es das Beste, daß sich die Polizei gar nicht darum kümmert. Es wäre die beste Gewähr für Ruhe und Sicherheit, wenn die Polizei dem Bauplatz möglichst fern bliebe. — Mit diesem Bescheid mußte sich der Beamte begnügen. Daß die Polizei den verständigen Rat des Poliers befolgen wird, ist nach ihrem bisherigen Verhalten nicht anzunehmen.

Der Zentralverband der Maurer hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Saale der „Neuen Welt“ ab. Wie nicht anders zu erwarten, reichte der größte Versammlungssaal Berlins nicht aus, um alle anzunehmen, welche an dieser bedeutsamen Versammlung teilnehmen wollten.

Nachdem die Versammlung eröffnet war, beantragte ein Mitglied, die Berichterstatter der bürgerlichen Presse auszuschließen. Der Vorsitzende Thöns bezeugte dies Verlangen als ungebührlich und den Antrag als unbillig.

Silberschmidt, der nun als Referent das Wort erhielt, machte zunächst einige Bemerkungen zu diesem Antrage. Er sagte, das Verlangen des Antragstellers sei wohl verständlich, aber man könne es nicht erfüllen. Die Arbeiter haben nicht nötig, die Vertreter bürgerlicher Blätter aus ihren Versammlungen auszuschließen. Wenn solche Blätter über die Bewegung im Baugewerbe schreiben, was uns nicht gefällt, so werden wir in unserer Presse darauf antworten. Wir wissen, was wir unserem Gewissen und der Arbeiterbewegung schuldig sind und wenn uns, wie das jetzt in der bürgerlichen Presse geschehen ist, „gute“ Ratsschläge erteilt werden, so werden wir diesen Ratsschlägen nicht folgen, weil wir das nicht mit unserem Gewissen vereinbaren können. Die Kollegen, die mit der Scheideweise der bürgerlichen Blätter nicht einverstanden sind, mögen dafür sorgen, daß solche Blätter, selbst wenn es den Frauen nicht recht sein sollte, aus ihrer Wohnung verschwinden.

Hierauf ging der Redner zur Besprechung des Themas über. Er sagte: Die gegenwärtige Bewegung im Baugewerbe findet in der Öffentlichkeit eine weit größere Beachtung, als es sonst bei Lohnkämpfen der Fall war. Das ist erklärlich. Geht doch die Wirkung dieses Kampfes weit hinaus über den Kreis derer, die unmittelbar an ihr beteiligt sind. Wenn jetzt das Wortelshandels die Frage erörtert, ob es aus Solidarität mit den ausgesperrten Baumeistern die Arbeit einstellen soll, so bedeutet das in erster Linie, daß die jetzt noch arbeitenden Maurer aufhören müßten, falls es zu einer Stilllegung der Mörtelewerke käme. Aber darüber hinaus würde die Stilllegung der Mörtelewerke weite Kreise der erwerbsfähigen Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen. Zunächst würden 1500 Mörtelebauer die Arbeit verlieren. Von den 1500 Gespannen, die dadurch zur Unfähigkeit verurteilt würden, ist ein großer Teil im Besitz von Lohnfahrern. Für jedes Gespann muß der Fuhrherr, wenn sich das Geschäft rentieren soll, eine Tagesentlohnung von 25 bis 30 Mark erzielen. Das würde den Fuhrleuten verloren gehen, sobald die Mörtelewerke den Betrieb einstellen. Aber nicht nur das. Pferde sind im wahren Sinne des Wortes freies Kapital, welches während der Zeit der Unfähigkeit nicht nur zinslos liegt, sondern auch Erhaltungskosten verursacht. Ferner würden etwa 1000 Personen, die in den Mörtelewerken, und weitere 1000 Personen, die in den Kiesgruben beschäftigt sind, mit einem Schläge die Arbeit verlieren. 150 bis 200 Fahrzeuge, die zum Transport von Sand und Kalk nötig sind, würden stillgelegt. Diefelbe Folge wie bei der Beteiligungseinstellung der Mörtelewerke würde eintreten, wenn Ziegeleien, Zement- und Gipsfabriken die Arbeit einstellen sollten. Etwa 6000 Fahrzeuge sind in Berlin mit dem Transport der Steine von den Lagern und Ausladeplätzen nach den Baustellen beschäftigt. Auch hier würden es wieder Fuhrleute und Autos sein, welche die Kosten zu tragen haben, falls die Stein-, Gips- und Zementfabriken sich mit den Baumeistern solidarisch erklären. Aber damit sind die Kreise, welche bei einer solchen Ausdehnung des Kampfes in Mitleidenschaft gezogen werden, noch nicht erschöpft. Die Tausende brotlos gewordenen Arbeiter müssen ihren Konsum einschränken. Das wird sich im Geschäftsbetriebe zahlreicher Händler und Gewerbetreibenden bemerkbar machen. Wenn sich die Mörtelebauer in ihrer Versammlung gewagt haben, ihre Forderungen zu stellen, so ist dieser Beschluß nicht aus Mangel an Solidarität mit den Baumeistern gefaßt, sondern es sind ganz materielle Gründe,

welche ihn veranlaßt haben. Wenn man sich die Folgen, welche eine Stilllegung der Mörtelewerke nach sich zieht, vor Augen hält, so gewinnt das Gerücht große Wahrscheinlichkeit, monach die Mörtelebauer für den Fall der Stilllegung ihrer Betriebe zu Gunsten der ausgesperrten Baumeister für jedes Geschäft eine Entschädigung von 3000 M. pro Tag verlangt haben sollen. — Seit Jahren haben die Baumeister dahin gewirkt, daß die Streikklausel in die Bauverträge aufgenommen wird. Dadurch sollen die Bauherren den Baumeistern bei Lohnkämpfen Hilfe leisten. Aber dieses Kampfmittel ist ebenso wie manches andere eine zweischneidige Waffe. Wo der Staat oder die Kommune als Bauherr auftritt, da mag wohl die Streikklausel so angewandt werden, wie es den Interessen der Baumeister entspricht. Denen, die als Beamte des Staates oder der Kommune über diese Dinge zu bestimmen haben, kann es ja gleichgültig sein, ob so ein Bau ein halbes Jahr früher oder später fertig ist. Die Kosten der Verzögerung haben sie ja nicht aus ihrer Tasche zu bestreiten, sondern es sind die Mittel der Steuerzahler, welche dafür in Anspruch genommen werden. Staat und Kommune können deshalb den Baumeistern schon den Gefallen tun und einer Verzögerung in der Fertigstellung der Bauten zustimmen. Anders ist es dagegen mit den privaten Bauherren. In Berlin kommen jetzt hauptsächlich Bauten im Innern der Stadt in Frage, große Geschäftshäuser und Warenhäuser und dergleichen; da kommen in jedem Falle Kapitalisten in Frage, die nach Millionen zählen. Dem privaten Geschäftsmann kann es keineswegs gleichgültig sein, wenn sein Bau ein halbes Jahr nach der festgesetzten Zeit fertig wird. Hier handelt es sich nicht nur darum, daß das in dem Bau stehende Kapital noch ein halbes Jahr unverzinst bleibt, sondern es kommt noch hinzu, daß durch die verspätete Eröffnung des Geschäfts weitere Millionen verloren gehen. Man sieht hieraus, daß auch die Streikklausel ihre schwierigen Seiten hat. Wenn jetzt so manche Leute aus industriellen und kommerziellen Kreisen herumlaufen und sich bemühen, dem Kampf im Baugewerbe ein Ende zu machen, so tun sie das nicht aus Liebe zu den Arbeitern, sondern vielmehr deshalb, weil sie ganz genau wissen, welche ungeheure finanzielle Verluste dieser Kampf auch für weite Kreise, die gar nicht an demselben beteiligt sind, mit sich bringen muß. Man sieht jetzt, daß diejenigen, welche den Bauherren die Streikklausel bewilligt haben, die schwersten Wunden durch den Kampf im Baugewerbe davontragen. Deshalb die Bemühungen aus jenen Kreisen, dem Kampf ein Ende zu machen. Für die Arbeiter wird die Streikklausel wirkungslos bleiben, sie wird aber ganz andere Verlegen als diejenigen, gegen die sie sich richtet.

Mit dem Bericht über den Stand der Aussperrung — sagte der Redner — kann ich mich kurz fassen, denn ich darf wohl annehmen, daß hier nur wenige Leser der „Vorpost“, aber recht viele Leser des „Vorwärts“ sind, die also die Tatsachen bereits kennen. Der Redner beschränkt nun die in unserer Sonntagsnummer bekanntgegebenen Feststellungen der Arbeiterorganisationen und sagte dazu: Wenn der Vorsitzende des Bundes der Baugewerkschaften in der Versammlung sagte, die Aussperrung sei bei allen Bundesmitgliedern prompt von statten gegangen, so beweisen unsere Angaben, daß das nicht der Fall ist. Auch die Angaben in der Versammlung der Mörtelebauer, daß die Hälfte der Bauten ruht, bestätigt unsere Feststellungen. Wir können mit dem Stande der Aussperrung zufrieden sein, ob es auch die Arbeitgeber sind, kann bezweifelt werden.

Die Versammlung der Mörtelebauer hat beschlossen, daß ein Teil ihrer Betriebe die Arbeit einstellen soll. Wir fassen dies als einen Verlegenheitsbeschluss auf, der uns nicht schaden kann. Vielleicht wird wegen Mangel an Mörtele auf manchem Bau nicht weitergearbeitet werden können, aber alle Bauten werden dadurch sicher nicht getroffen. Dennoch müssen wir damit rechnen, daß die Aussperrung in den nächsten Tagen einen größeren Umfang annehmen wird. Die Streikleiter der Arbeitgeber werden noch manchen dazu bewegen, daß er sich an der Aussperrung beteiligt. Wenn also die Zahl der Aussperrten noch größer wird, so kann uns das nicht beirren, denn damit haben wir gerechnet und darauf sind wir vorbereitet. Wir wissen, daß wir mit dieser Woche nicht über den Berg hinaus sind, wir wissen, daß uns noch manche Schwierigkeit begegnen wird. Aber was auch kommen mag, wir sind in der Lage, allem mit geeigneten Mitteln zu begegnen.

Es fragt sich nun, was wir in der Zukunft zu unternehmen haben. Darüber sind Beratungen gepflogen zwischen den Vorständen der verteilten Verbände, dann mit den Vorständen aller beteiligten Organisationen und auch mit dem Vertrauenskörper unseres Verbandes. Wir haben uns die Frage vorgelegt, ob die Kollegen, welche nicht ausgesperrt sind, zu den alten Bedingungen weiter arbeiten sollen oder nicht. Die genannten Körperschaften sind zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, den Kollegen zu empfehlen, daß überall, wo gearbeitet wird, Forderungen gestellt werden, und wo sie nicht bewilligt werden, die Arbeit niedergelegt wird. (Lebhafte langandauernde Beifall.) Es fragt sich, wann soll die Arbeit niedergelegt werden? (Rufe: Morgen! morgen!) Dafür waren wir und auch die Leiter anderer Organisationen. Aber einzelne der beteiligten Organisationen waren mit ihren Vorbereitungen noch nicht so weit, wir haben deshalb, um die Einseitigkeit des Kampfes zu wahren, uns dafür entschieden, daß, wo unsere Forderungen nicht bewilligt werden, am Dienstag früh die Arbeit niedergelegt wird. Hinsichtlich der Forderungen, die wir jetzt stellen, herrscht bei allen Beteiligten nur eine Meinung und das ist die: Jetzt, wo wir zum Angriff übergehen, wollen wir unsere Forderungen auf das äußerste Maß beschränken und nicht mehr verlangen, als das, was ohne jede Schwierigkeit bewilligt werden kann. Davon werden wir aber nicht ablassen. Wir fordern also die 8 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 80 Pf. Das sind die Forderungen, die unsere Vertrauensmänner im Oktober vorigen Jahres für das erreichbare Ziel unserer Bewegung hielten, mit dem wir uns zufrieden geben könnten. Später sind die Forderungen nur deshalb erhöht worden, damit bei den Verhandlungen etwas abgelaufen werden könnte. Wir scheiden alle weitergehenden Forderungen, die unseren Kampf erschweren könnten, aus, beschränken uns auf unsere ursprünglichen Forderungen und halten an diesen unbedingt fest. — Die halbstündige Verkürzung soll am Ende des Arbeitstages eintreten, so daß also statt um 6, um 5 1/2 Uhr Feierabend eintritt. Im übrigen enthält der Vertrag, den wir den Unternehmern jetzt zur Anerkennung vorlegen, Bestimmungen über den Zuschlag für notwendige Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Abschluß der Kündigung, sowie Herrichtung geeigneter Bauhütten und Aborte. Der Geltungsbereich des Vertrages bleibt der bisherige. Wir halten es nicht für angebracht, die Forderungen auf einige entferntere Vororte auszudehnen, wie die Kollegen dieser Orte wünschen. Das Feuer des Kampfes soll auf den Herd beschränkt bleiben, auf dem es ausgebrochen ist. Sind unsere Forderungen erst für das Berliner Gebiet durchgeführt, dann macht sich ihr Einfluß im weiten Umkreise so wie so bemerkbar.

Wir haben die Auffassung, daß der Kampf, den wir jetzt führen, ein gründlicher sein muß. Die Unternehmer haben nicht nur ihre Kollegen im ganzen Reiche, sondern auch die Industriellen anderer Zweige zur Hilfe aufgerufen und Vereinbarungen wegen des Kampfes mit ihnen getroffen. Sie haben sich dadurch festgelegt und können vorläufig nicht zurück. Wir rechnen damit und haben alle Einrichtungen dafür getroffen, daß der Kampf Monate dauern wird. — Auf den Bauten, wo unsere Forderungen bewilligt werden, müssen wir völlig reinen Tisch machen. Es kann keine Rede davon sein, daß etwa die Maurer anfangen, wenn die Forderungen der Hälfte derer noch nicht bewilligt sind. Alle am Kampfe beteiligten Organisationen üben volle Solidarität; sie stellen gemeinsame Forderungen auf, die ihnen auch gemeinsam bewilligt werden müssen. Wo es sich um Arbeiter handelt, die nicht direkt vom Baumeister beschäftigt werden, wie die Fuhrleute, muß auch diesen gegenüber, falls sie mit ihrem Arbeitgeber in Konflikt geraten, Solidarität geübt werden, wenn auch deren Forderungen nicht in unseren Tarif mit aufgenommen werden können.

Am Montag werden die Forderungen auf allen Bauten vorgelegt. Wo sie nicht durch Unterschrift anerkannt werden, darf vom Dienstag früh ab keine Hand mehr geführt werden. Wessens Sie, Kollegen, das in den acht Jahren, wo Sie nicht gestreift haben, Ihr Kampfesmut nicht erschöpfen ist, sondern das Sie gewohnt sind, im Kampfe Ihren Mann zu geben, bis unsere gerechte Sache zu unserer Gunsten erledigt ist. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem zwei Redner im Sinne des Beschlusses gesprochen und niemand die Absicht bekundet hatte, gegenseitige Meinungen zu äußern, wurde ein Schlussantrag angenommen. Die Abstimmung über die Forderungen und deren Durchsetzung mittels Streiks ergab die einstimmige Annahme derselben.

Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband und das Gelingen der Bewegung schloß die imposante Versammlung.

Die Zentralorganisierten Zimmerer beschloßen gestern in einer Mitgliederversammlung der Jahreshalle Berlin und Umgebung über die Vorlegung der reduzierten Forderungen. Der Reichsanwalt der „Brauerei Friedrichshain“ veranlaßte die Massen der herbeiströmenden Mitglieder nicht zu lassen; viele fanden keinen Einlass mehr, nachdem die Polizei das Lokal abgesperrt hatte. Das Referat hielt W. I. Der Vorschlag, daß am nächsten Tage bei den Unternehmern, die die vorzulegenden Forderungen nicht bewilligen, die Arbeit niedergelegt werden soll, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen; die Herabsetzung der Forderungen auf 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn rief zum Teil starken Widerspruch hervor. Nach lebhafter Debatte erklärte sich die Versammlung mit den Vorschlägen einverstanden.

Die Aussperrung hatte sich auch nach der gestrigen Kontrolle nicht wesentlich verändert. Es meldeten sich in den 27 Kontrollstellen des Zimmererverbandes 1347 ausgesperrte, streikende oder arbeitslose Mitglieder.

Alle in den Ausnahmestellen tretenden Mitglieder, die in der Provinz organisiert sind, haben sich in den Berliner Kontrollstellen eine Streiklegitimation ausstellen zu lassen und melden sich dann im Bureau, Engel-Str. 15, damit hierauf mit der Eröffnung von Kontrollstellen in der Provinz begonnen werden kann.

Der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter beschäftigte sich am Montagabend bei Freyer (Kellers Festhalle) in einer außerordentlichen Generalversammlung mit dem Stande der Aussperrung. Behrendt-Hamburg referierte vor einer überfüllten Versammlung; Saal und Galerien waren dicht besetzt. Der Redner kritisierte eingangs seiner Rede das Verhalten der bürgerlichen Presse und führte die zuletzt ermittelten Zahlen über den Umfang der Aussperrung an. Etwa 12000 Mann sind insgesamt ausgesperrt. Von den Bauhilfsarbeitern arbeiteten am Montag noch 4668 auf 1050 Arbeitsplätzen. Nur mit schwerem Herzen, so erklärte Behrendt, sei die Organisationsleitung der Bauhilfsarbeiter mit den neu eingereichten Forderungen einverstanden gewesen, aber nach Lage der Dinge hätte man zustimmen müssen, um mit den Berufsgenossen in Bauhandwerke Hand in Hand zu geben. — In der Diskussion gab sich eine starke Unzufriedenheit kund, daß bei dem geringen Lohn, den die Bauhilfsarbeiter erhalten, nur 6 Pf. pro Stunde Zuschlag gefordert werden sollten und 8 1/2 Stunden ein Arbeitstag sein soll. Die Maurer hätten nach der Meinung einiger Redner damit einverstanden sein müssen, wenn gerade die Bauhilfsarbeiter, die am schlechtesten gestellt sind, etwas mehr fordern, um ihre ungünstige Lage etwas besser zu gestalten. Behrendt erklärte in seinem Schlusswort, daß der Kampf ein großer und schwerer sei und man sich hüten müsse, den Kampfstein in den Weg zu werfen; die Einheitsfront in dem jetzigen Vorgehen der Arbeiter sei eine Notwendigkeit; er empfahl, die vorliegenden Beschlüsse der Leitung anzunehmen. Bötzcher verlas die Forderungen noch einmal und empfahl ebenfalls die Annahme. Die erregte Versammlung schloß aber die Vorschläge der Leitung ab zu geringfügig ab. Als Zweifel an der Richtigkeit der Abstimmung erhoben wurden, lehnte die Versammlung zum zweiten Male die Vorschläge mit großer Majorität ab.

Die „Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands“ (Ortsverein Berlin) hielt ihre Generalversammlung ebenfalls am Sonntag ab. Kellers Festhalle in der Kappelerstraße waren überfüllt. Geht erstatete der insposante Versammlung den Situationsbericht. Er teilte die durch den „Vorwärts“ schon bekannt gegebenen Zahlen in übersichtlicher Gruppierung mit und hob unter anderem hervor, daß sich von den in der „Freien Vereinigung“ (Ortsverein Berlin) organisierten Maurern zuletzt 1040 zur Kontrolle gemeldet hätten, das heißt etwa der dritte Teil der in Betracht kommenden Mitglieder dieser Organisation. Als Redner fungierte, daß die maßgebenden Organisationsvorstände einig seien, daß nunmehr auf der ganzen Linie zum Angriff vorgegangen werden solle, ertönt vielfaches Bravo! „Es ist auch höchste Zeit!“ wird von anderer Seite dazwischen gerufen. Wohl begründete dann näher mit tatsächlichen Erwägungen den Vorschlag der Vorstände, die Forderung auf 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn zu ermahnen. Man erwarte, so eine größere Freude in den Verband der Baugewerke schlagen zu können. Selbstverständlich hätten in diesem gemeinsamen Kampfe die Maurer darauf zu sehen, daß auch den Bauhilfsarbeitern ihre Forderungen bewilligt würden. Nur dann sei die Arbeit wieder aufzunehmen. Bezüglich der Zimmerer könne nicht so verfahren werden, weil sie ja erst später auf den Bau kämen. Wenn es soweit sei, daß die Zimmererarbeiten beginnen sollten, dann werde in jedem Einzelfalle Stellung genommen. Namens des Vorstandes schlägt Redner folgende Resolution vor:

„Bezugnehmend auf die Tatsache, daß die Aussperrung im Baugewerbe Groß-Berlins teilweise erfolgt ist, beschließt die Versammlung, überall dort, wo bisher zu den alten Bedingungen weitergearbeitet wurde, zum Angriff vorzugehen. Die Versammlung ist aber der Meinung, daß bei dem zu erwartenden Umfang des Kampfes es zweckmäßig ist, die ursprüngliche Forderung zu reduzieren und am Montag, den 27. Mai, den Unternehmern folgende Forderungen zur Bewilligung vorzulegen: Die Arbeitszeit beträgt vom Dienstag, den 28. Mai, ab pro Tag 8 1/2 Stunden und endet um 1/2 Uhr abends. Die üblichen Pausen bleiben bestehen. Der Stundenlohn beträgt 80 Pf. Werden diese Forderungen im Laufe des Monats nicht unterschrieben anerkannt, so ist Dienstag, den 28. Mai, die Arbeit einzustellen und der nächsten Kontrollstelle davon Mitteilung zu machen.“

In der lebhaften Debatte sprachen verschiedene Redner gegen die Reduzierung der Forderungen und für Niederlegung der Arbeit schon am Montag. Auch wurde den vereinigten Vorständen vorgeworfen, sie hätten zu lange gezögert und sich auf zu viel „Kuhhandel“ eingelassen. Andere empfahlen die Resolution. Wohl deutete im Schlusswort gegenüber einigen Ausführungen von Diskussionrednern, daß die Verhältnisse zu der vorgeschlagenen Taktik zwingen, und nicht die Arbeitsbrüder im anderen (zentralistischen) Lager.

Die Resolution wurde schließlich mit sehr großer Majorität angenommen. (Die Widerheit bestand aus denen, die an den ursprünglichen Forderungen festhalten wollten.) Nachdem der Vorsitzende Jęglin eine Begründung dazu gegeben hatte und darüber diskutiert worden war, wurden folgende Kampfnormen ebenfalls angenommen:

„Angesichts des langen und schweren Kampfes, der bevorsteht, beschließt die Generalversammlung der „Freien Vereinigung der Maurer“ (Ortsverein Berlin) wie folgt: Jeder ausgesperrte, sowie streikende Kollege hat sich täglich zweimal, von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags, in seiner Kontrollstelle zu melden. Jeder streikende sowie ausgesperrte Kollege erhält nach Ablauf von drei Tagen, also vom vierten Tage ab, wenn er im Besitze von 6 in der Streikliste enthaltenen Stempeln ist, 2,50 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren, soweit Familienmitglieder in Frage kommen, 20 Pf. pro Tag, und hat er den statutarisch festgesetzten Beitrag an die Organisation weiter zu leisten. Dieses trifft auch zu für alle diejenigen Kollegen, welche

am Dienstag, den 28. Mai, zwei Durchführungen der gestellten Forderungen in den Ausnahmestellen. — Alle diejenigen Kollegen, welche am Dienstag, den 28. Mai oder später zu den neuen Bedingungen in Arbeit treten, haben außer dem statutarisch festgesetzten Beitrag an die Organisation pro Tag eine Extramarke von 50 Pf., für Pumper 60 Pf., in die zu diesem Zwecke ausgestellte Arbeitsberechtigungsliste zu legen. Derselben Bestimmungen treffen auch für die bei Sanalisationsarbeiten usw. beschäftigten Kollegen zu. — Ueberall da, wo die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen werden soll, ist dem Arbeitgeber ein gedruckter Tarifvertrag mit den Forderungen vorzulegen. Derselbe ist, mit der Unterschrift resp. Stempel des Arbeitgebers, zwecks Anerkennung der Forderungen derselben, der Organisationsleitung bezw. Kontrollstelle sofort zu übermitteln. Die gedruckten Formulare sind von jeder Kontrollstelle sowie im Bureau, Steinstr. 38, zu beziehen.“

Eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgebungs, die Sonntag in den Germania-Sälen stattfand, nahm den Bericht über die Aussperrung im Baugewerbe entgegen und beschloß über die weiteren Schritte zur Lohnbewegung. Der Referent Theodor Fischer gab einen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung der Bewegung im Baugewerbe und berichtete über den Stand der Aussperrung, der sich nicht wesentlich verändert hat. Im Verein der Zimmerer sind 655 Mitglieder ausgesperrt, streikend oder arbeitslos; im Zentralverband 1181. Beschäftigt waren in Groß-Berlin mehr als 6500 Zimmerer, abgesehen von den über 500, die in Fabriken oder auf anderen Arbeitsplätzen tätig sind, welche für die Aussperrung nicht in Betracht kommen. Ebenso klar wie mit der Zahl der Aussperrten steht es bekanntlich mit der Zahl der daran beteiligten Unternehmer aus, von denen der größte Teil nur 1 oder 2 Mann entlassen hat, während es nur einige wenige sind, die alle ihre Zimmerer ausgesperrt haben. Sehr bekannte Firmen, Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte oder des Verbandes der Zimmerermeister, haben den Beschluß ihrer Organisation mißachtet und nicht ausgesperrt, und manche suchten ihn dadurch zu umgehen, daß sie viele Gesellen zu Postengesellen machten. Gerade im Zimmererberuf zeigt es sich besonders deutlich, daß das, was die bürgerliche Presse über den Umfang der Aussperrung berichtet, keineswegs zutrifft.

Der Redner teilte sodann mit, daß die Vorstände der sieben an der Bewegung beteiligten Organisationen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß es nun zweckmäßig ist, den Arbeitgebern von Anfang dieser Woche ab reduzierte Forderungen vorzulegen. — Diese Worte riefen heftigen Widerspruch in der Versammlung hervor. Ein Teil der Anwesenden war entschieden gegen jede Herabsetzung der Forderungen. Nachdem jedoch der Redner klargelegt hatte, daß wenn auch die zu 66 Proz. organisierten Zimmerer Groß-Berlins wohl imstande wären, ihre alten Forderungen durchzusetzen, doch im Interesse der Einheitlichkeit der Bewegung in allen drei Berufsgruppen die vorgeschlagene Reduzierung empfehlenswert erscheine, fand sich nach gründlicher Aussprache eine Mehrheit für die Vorschläge. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den bisherigen Maßnahmen der Organisationsleitung in der diesjährigen Lohnbewegung einverstanden und gibt ihre Zustimmung zu dem Antrag der gemeinsamen Vorstandsbefugung, die Forderung des Achtstundentages und des Stundenlohnes von 85 Pf. zu reduzieren. Der Arbeitgebern sind deshalb im Laufe des Montags, den 27. Mai, folgende Grundforderungen zu unterbreiten:

8 1/2 stündige Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn.

Die Arbeitszeit beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 5 1/2 Uhr, mit 1/2 stündiger Frühstückspause, einständiger Mittags- und 1/2 stündiger Vesperpause.

Bei denjenigen Arbeitgebern, die diese Forderungen bis Dienstag, den 28. Mai, nicht anerkennen, haben die Kameraden die Arbeit niederzulegen und sich im Bureau, Dragonerstr. 15, zu melden. Nur hier werden die Streiklisten ausgefüllt. Denjenigen Kameraden, welche die Forderung bewilligt erhalten, wird die Arbeitsberechtigung in einer Legitimationskarte bescheinigt. Jeder Zimmerer muß im Besitze einer Legitimationskarte sein.“

Die Versammlung beschloß ferner, daß jedes zu den neuen Bedingungen arbeitende Mitglied neben seinem Wochenbeitrag täglich 75 Pf. zu zahlen hat, worüber durch Marken quittiert wird. Sodann wurden die Unterstützungsätze für die in den Ausnahmestellen tretenden Mitglieder festgesetzt, sowie die übrigen Bestimmungen zur Regelung der Bewegung. Die Abstempelung der Streiklisten geschieht täglich zweimal, vormittags von 8—11 Uhr, nachmittags von 2—5 Uhr. Dazu sind in Berlin und den Vororten 11 Kontrollstellen eingerichtet.

Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende Juppelagh die außerordentlich zahlreich erschienenen Mitglieder, nun mit ganzer Kraft, den Beschlüssen der Versammlung entsprechend, für die Durchführung der Forderung zu wirken.

Die „Freie Vereinigung der Bauarbeiter“ hielt ihre außerordentliche Generalversammlung am Sonntagvormittag in Woelers Festhalle ab. Baum referierte und sprach zunächst über den Wert der Befürzung der Arbeitszeit, ging dann auf die gegenwärtigen Kämpfe im Baugewerbe näher ein und machte bekannt, daß von der Freien Vereinigung der Bauarbeiter 457 Mann als Aussperrte, Streikende und Arbeitslose verzeichnet seien. Er legte der Versammlung einen Tarif vor, der nach eingehender Beratung in einer Sitzung aller beteiligten Organisationsleitungen angenommen worden war zur Empfehlung an die resp. Versammlungen. Am Montagvormittag sollten auf allen Bauten, wo nicht ausgesperrt worden ist, bestimmte Forderungen erhoben werden; Antwort ist von den Unternehmern bis Dienstagmorgen zu verlangen und überall, wo die Forderungen nicht anerkannt werden, am Dienstagmorgen die Arbeit niederzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Bauarbeiter lauten nach dem neuen Tarif, der bis zum 31. März 1908 gelten soll:

Der Lohn beträgt für gewöhnliche Bauarbeiter pro Stunde 55 Pf.

Für Kalkschläger (Arbeiten mit hydraulischem Kalk), Wasserträger, Rührer sowie an Hebevorrichtungen beschäftigte Arbeiter pro Stunde 60 Pf.

Für das Tragen von Steinen und Kalk pro Stunde 75 Pf. Akkordarbeiten. Der Preis für das Tragen von pro 1000 Steine nebst dem dazu gehörigen Wörtel beträgt 25 Pf. mehr wie die bisherige Akkordrate.

Die Arbeitszeit beträgt 8 1/2 Stunden. Sie beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 5 1/2 Uhr; sie wird von je einer halben Stunde Frühstückspause und Vesperpause sowie von einer einständigen Mittagspause durchbrochen.

An den Sonnabenden ist eine Stunde früher Feierabend, unter Fortfall der Vesperpause, und in der Zeit, wo nicht mehr gebesert werden kann, ist eine halbe Stunde früher Feierabend.

An den Arbeitstagen vor den hohen Festen wird eine Stunde früher als an jedem anderen Sonnabend Feierabend gemacht. Der Lohn wird bei allen drei Abstellungen für den vollen Tag ausgezahlt, sofern tatsächlich bis Feierabend gearbeitet wurde; war dies nicht der Fall, so kommt die Stundenzahl in Abzug, welche weniger gearbeitet wurde, als die für den Tag wirkliche Arbeitszeit beträgt.

Diese Arbeitsbedingungen gelten in den folgenden Orten: Albershof, Alt-Glienicke, Baumshuldenweg, Berlin, Wohnsdorf, Vorshwalbe, Vrbj, Budow, Charlottenburg, Dahlem, Dalldorf, Deutsch-Bilmersdorf, Friedenau, Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Groß-Richterfelde, Grünau, Grunewald, Hofelshof, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen, Johannisthal, Jungfernheide, Karkasch, Köpenick, Lanfivig, Nichtenberg, Mariendorf, Mariensfelde, Nieder-Schöneweide, Nieder-Schönhausen, Neu-Weihensee, Ober-Schöneweide, Pankow, Plöschensee, Reinickendorf, Rigdorf, Rudow, Rummelsburg, Saathwinkel, Schmaragdort,

Schöneberg, Schönholz, Steglitz, Steglitz, Süden, Tempelhof, Treptow, Weihensee, Westend, Zehlendorf.

Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind zu vermeiden. Wenn dringende Arbeiten, wie Reparatur- und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken usw. Ueberstunden bedingen, so sind dieselben von 5 1/2 Uhr abends ab mit 15 Pf. Lohnzuschlag zu entschädigen. Erfordert eine Arbeit vorzugsweise für eine längere Dauer die Ueberarbeitung der jeweiligen Arbeitszeit, so ist die Arbeit in zwei Schichten einzuteilen, deren jede 8 1/2 Stunden nicht überschreiten darf. Die Stunden der Nachtschichten sowie Sonntagsarbeit werden den Ueberstunden gleichberechtigt.

Die Bestimmungen über die Beschaffenheit der Bauten und Aborte, Größe derselben usw. werden von den Vertragskontrahenten in dem Umfange anerkannt, wie dieselben im alten Vertrage festgelegt waren.

Nach einer kurzen Diskussion, in der mancherlei kleine Bedenken laut wurden, nahm die Versammlung die Vorschläge der Leitung mit allen gegen acht Stimmen an.

Die Regelung der Unterstützungsfrage stand dann zur Beratung. Sewelow stellte den Antrag, daß die verheirateten Kollegen, die mehr als 16 Wochen organisiert sind, 12 Mark pro Woche erhalten sollen und für jedes Kind 1 M.; diejenigen, die weniger als 16 Wochen organisiert sind und die Unverheirateten sollen 9 M. pro Woche erhalten. Für die ersten drei Tage wird keine Unterstützung gezahlt. An alle Kollegen, besonders an die Unverheirateten, wird das Ersuchen gerichtet, nach Möglichkeit Berlin zu verlassen. In der Diskussion wurde vielfach der Wunsch geäußert, daß eine höhere Unterstützung gezahlt werden möge, aber die gemachten Vorschläge wurden schließlich angenommen. Ebenso erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die arbeitenden Kollegen 50 Pf. pro Tag bei einem Wochenverdienst bis 30 M. als Extrabeitrag entrichten. Bei mehr als 30 M. Verdienst beträgt der Beitrag 75 Pf. pro Tag. Die erste Auszahlung der Unterstützung findet am Freitag nach den Kartennummern statt; das Krankentagebuch ist zur Kontrolle mitzubringen.

Andreas Kleinlein von der Geschäftskommission hielt eine Ansprache an die Versammlung, worin er die Aussperrung beleuchtete und der Hoffnung auf gutem Erfolg im gegenwärtigen Kampfe Ausdruck gab.

## Gerichts-Zeitung.

Von der Strafreinigungspflicht.

Eine Differenz zwischen Kammergericht und Oberverwaltungsgericht ist jetzt Gegenstand lebhafter Erörterungen in den Kreisen der Beteiligten. Das Kammergericht, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg, behauptet, in letzter Zeit bei Erledigung der verschiedensten Strafprozesse wegen Nichtreinigung der Strafe beziehungsweise des Bürgerrechts durch Hauseigentümer, daß es jetzt im Gegensatz zu früher, grundsätzlich mit dem Oberverwaltungsgericht übereinstimme. Das Kammergericht vertritt nun, auch noch in seiner letzten Sitzung vom 23. Mai, folgenden Standpunkt: Die Pflicht zur Reinigung der Strafe liegt an sich dem Strafeigentümer, d. h. der Gemeinde, ab. Durch Gesetz, Observanz oder Ortsstatut kann aber auch eine Strafreinigungs-pflicht der Anlieger (Grundbesitzer) begründet werden. In jedem dieser drei Fälle kann die Pflicht nicht nur durch Polizeiverordnung näher geregelt werden, sondern die Polizeiverordnung kann auch die Zwangsbehandlung unter Strafe stellen. — Daß diese Aufassung, soweit es sich um die nur durch Ortsstatut begründete Reinigungs-pflicht der Hauseigentümer handle, nicht der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts entspreche, wurde dem Senatspräsidenten Lindenberg vom Kammergericht von einem Journalisten, gestützt auf ein Gutachten eines Eingeweihten, schriftlich mitgeteilt. Offensichtlich erklärte der Senatspräsident Lindenberg bei Publikation des Urteils in einer Strafreinigungsfrage später, daß auch das Oberverwaltungsgericht für anwendbar erachte die Strafbestimmung einer Polizeiverordnung, wenn die nur durch Ortsstatut geschaffene Strafreinigungs-pflicht der Hauseigentümer nicht erfüllt werde. — Jetzt hat nun der Senatspräsident Dr. v. Schulzenstein, Vorsitzender des in dieser Frage maßgebenden Senats des Oberverwaltungsgerichts, das Wort dazu ergriffen. In der Zeitschrift „Gesetz und Recht“ bemerkt er dazu: „Das Kammergericht mißt auch in der neueren Praxis nach einer Polizeiverordnung dann, wenn sie sich auf ein Ortsstatut stützt, welches den Anliegern die Verpflichtung zur Strafreinigung auferlegt, die Wirkung bei, die hierdurch begründete Gemeindeflast zu einer Polizeiflast zu machen und deren Nichterfüllung unter Strafe stellen zu können. (Band 31 C, Seite 12, Johow.) Es scheint hiernach anzunehmen, daß es sich soweit mit dem Oberverwaltungsgericht in Uebereinstimmung befindet. Allein das ist nicht der Fall. Vor allem möchte jener Auffassung noch immer die völlige begriffliche Verschiedenheit zwischen Gemeindeflast und Polizeiflast entgegenstehen, welche das Oberverwaltungsgericht stets festgehalten hat und wegen deren ein Ortsstatut nur das Verhältnis zwischen der Gemeinde und ihren Angehörigen regeln und eine Gemeindeflast, aber keine Polizeiflast gegenüber der Behörde begründen und deshalb auch nicht einer Polizeiverordnung die ihr sonst versagte Fähigkeit, eine Polizeiflast nicht bloß zu regeln, sondern neu zu begründen, verschaffen kann. Es ist ein Rechtszustand vorhanden, bei dem in zahlreichen Fällen innerhalb der Strafgerichtsbarkeit Personen wegen Nichterfüllung einer öffentlich-rechtlichen Pflicht bestraft werden, die innerhalb der Verwaltungs-Gerichtsbarkeit nicht als strafbar anerkannt werden würde.“ — So Herr Dr. v. Schulzenstein, sicher der beste Interpret der Auffassung des von ihm geleiteten IV. Senats des Oberverwaltungsgerichts. — Soweit eine Reinigungs-pflicht der Anlieger durch Observanz oder besonderes Gesetz (letzteres kommt vereinzelt vor) begründet ist, besteht keine Differenz zwischen den beiden höchsten preussischen Gerichtshöfen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde Andre Friedrichs, 16. August 4, eine Treppe (Wandelschütz-Verkaufsstelle, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends halt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchhändler und eine Anzahl der Briefkasten beizulegen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Einige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

7 C. im Lindenpark. 1. Kann man ein Vergleich geschlossen ist, der von dem Vormundscholtsgericht ausdrücklich genehmigt ist, mit der Vergleich gültig sein. Ob ein solcher geschlossen ist, muß sich aus den Vermögensverhältnissen ergeben. 2. Der Mutter und nicht dem Vater das Erbschaftsrecht zu. 3. Ein bestimmter Satz ist im Gesetz nicht angegeben; von Fall zu Fall hat das Gericht festzusetzen, wie viel für den landes-möglichen Unterhalt der Frau und der Kinder sowie für ihren eigenen Unterhalt bleiben müssen. 4. Eine derartige Abmachung hätte keine Gültigkeit. — Referat. Das ist an sich zulässig. — G. R. 2000. Wenn Ihr Vertrag nichts Gegenständliches besagt, so braucht der Wirt in die Kündigung des Vertrages nicht zu willigen. Sie müßten also den Weg der Güte versuchen. — Offizielle. 1. und 2.: Ja, Anmeldung beim Magistrat und der Verwaltung der direkten Steuer. 3. Ja. — Sohan. Ihr lehren es grundsätzlich ab, bestimmte Kamrate, Korte, Firmen usw. zu empfehlen. Werden Sie sich an das betreffende Amtsgericht. — W. R. 34. Werden Sie sich an den Magistrat, Stützungsdeputation und an die Anstaltsstelle für städtische Kultur, Unter den Linden 16. — G. R. 60. 1. Rein. 2. Das Kammergericht ist zuständig. — W. 20. Das ist unrichtig. Nach dem das Urteil für ihn Streden kaufte, konnte der Jahrgang nicht vorher ausstellen. — G. R. 80. 1. Wenn das Testament den Formen entspricht, ist es gültig. 2. Das Testament können Sie an das Amtsgericht des Bezirks, in dem Sie wohnen, zur Veröffentlichung einreichen. Meyer 1000. Sie befinden sich im Verzug. Der Ihnen gezahlte Geld ist nicht der Friedhof. — W. R. 1. 1. Ja, der Reichstempel wird für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar berechnet. 2. Stellen Sie eine angemessene Frist zur Klärung, betonen, daß Sie dann nach Ablauf der Frist wollen Schadenersatz verlangen würden und fügen nach Ablauf der Zeit beim Amtsgericht Ihre Forderung ein. — G. R. 31. Leider nein.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. Mai 1907. Bleibend heiter, aber ziemlich kühl und veränderlich bei häufigen nord-westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Statt besonderer Meldung!**  
Am Sonnabend, den 25. Mai, verstarb nach längerem schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Großvater  
**Jakob Bamberger**  
im vollendeten 60. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem jüdischen Friedhof in Weihensee statt.

**Aufsagung.**  
Für die Beweise bezügl. Teilnahme bei der Beerdigung meines Sohnes, unseres Bruders, lege allen Freunden, insbesondere dem Verein der Arbeiter Berlins unseren herzlichsten Dank.  
50352

**Bitte Schlack.**  
Für die vielen Beweise unserer Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines so früh und Leben erloschenen unvergesslichen lieben Mannes und guten Vaters, des Formers 90358

**Louis Adam**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie seinen früheren Kollegen der Firma Gebr. u. Co. und den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unseren herzlichsten Dank.  
**Bitte Anna Adam und Sohn.**  
Für die herzlichen Beweise der Teilnahme bei dem Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels 90318

**Gustav Ladewig**  
sagen wir hiermit unseren innigsten Dank, besonders dem Personal des Kaufhauses des Westens und dem Haus Nr. 23, II. Stock sowie dem Gesangsverein „Union“.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 44112  
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 Uhr.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

**Ausnahmepreise**  
Mal, Juni, Juli.

**A. B. Koch**  
Kohlen-Groß-Handlung  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.  
Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Ztr. an:  
Prima in Galbicine (bekannte Marken) pr. Ztr. 85 Pf.  
„la Diamant“ pr. Ztr. (110 bis 120 Stk.) . . . 87 Pf.  
„la Zife u. Hhu.“ . . . 90 Pf.  
„la Anthrazit-Gadap“ pr. 2,30 Pf.  
Kohle, Steinkohle usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Der Stoff hat, fert. Herren-Anzug 20 M., ohne Kontur, 2 Knöpfe, beste Qualität. Für guten Sitz gold. Reibstoffe. Ludw. Engel, Prenzlauer Str. 23, II. Alexanderpl. Begr. 1892.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbuzeu: Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Mittwoch, den 29. Mai 1907, abends 8 1/2 Uhr:  
**Verammlung**  
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsangehörigen im Saale von Franke, Sebastianstraße 39.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Die auswärtige Politik Deutschlands.“  
2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
Gäste willkommen.  
Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht. 119/10

Mittwoch, den 29. Mai 1907, abends 8 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Steglitz, Groß-Lichterfelde und Umgegend bei Reifen, Groß-Lichterfelde, Chanseestraße 104.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Die Arbeiter-Vereinigungen als soziale Pioniere.“ Referent: Genosse Stempel.  
2. Verbandsangelegenheiten.  
3. Verschiedenes.  
Ohne Sach kein Zutritt.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Broschüre: „Streikzüge durch Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung“ von P. Kampffmeyer ist in unserem Bureau zu erhalten. Verkaufspreis 1 M., für Verbandsmitglieder 50 Pf. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikern-Sälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18m (unterer Saal):  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907.  
2. Tarifverträge. Referent: Kollege Max Kiesel.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreicher Besuch erwarten.  
Die Bevollmächtigten: J. A. E. Rosenthal, Ewinenänderstr. 62 II.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.** (Zahlstelle Berlin.)  
Am Freitag, den 31. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Litfin, Wemelerstr. 67:  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Wählerfrage. 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 3. Beratung der gestellten Anträge. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Mitglieds- und Wahlvereinsbuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

**Rixdorf. Zentral-Krankenkasse der Maurer und Stukkateure**  
„Grundstein zur Einigkeit“.  
Die Versammlung, welche umständlicher Sonntag, den 26. Mai, nicht stattfinden konnte, findet heute 26. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/152, im großen Saale statt.  
Um zahlreiches und pünktliches Besuch bitten.  
149/11 Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Bäckerstreik. Achtung!**  
Geschäftsleute und Private, die eventuell zur Uebernahme einer Kundenammelfstelle für Bezirke, in denen keine bewilligten Bäckereien sind, bereit sein würden, bitten wir, ihre Adresse gütigst an uns einzufenden zu wollen. 40/4  
Verband der Bäcker und Berufsangehörigen Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin)  
Bureau: Auguststraße No. 36.  
Telephon: Amt III, Nr. 1243.

**Täglich (außer Sonntags): Billige Dampferfahrten mit Musik**  
von der Walsenbrücke nach  
**Volgts Krampenburg (Berliner Alpen).**  
Abfahrt vorm. 9 1/2, nachm. 2 1/2 Uhr. Abfahrt Café Rissel 1/2, Std. später. Fahrpreis hin und zurück vorm. 75 Pf., nachm. 50 Pf., Kinder 25 Pf. Reederei L. Kahnt.

**Paul Litfins Restaurant u. Festsäle**  
Amt VII Nr. 1075. Wemelerstraße 67.  
Saal mit Bühne und Nebenzimmern, 500 Personen, kleiner Saal mit Parkettboden, 150 Personen fassend, sowie Vereinszimmer mit Piano stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zur Verfügung. Es sind noch Sonn- und Feiertage im Herbst und Winter zu vergeben.  
Um gütigen Zutritt bittet Paul Litfin.

**Achtung! Gewerkschaften und Vereine!**  
Bringe meine mit allem Komfort der Neuzeit versehenen **Ritter-Festsäle, Ritterstr. 71/75,** mit Bühne, zirka 700 Personen fassend, und Vereinszimmer in jeder gewünschten Größe in empfehlende Erinnerung.  
Sonn- und Feiertage noch frei.  
Um gütigen Zutritt bittet 60322\*  
Aug. Hercht, Ritterstraße 75. Fernsprecher: Amt IV 7509.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 19. Telephon: Amt IV, Nr. 10628.

Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Vertrauensmänner.  
2. Unsere Stellungnahme nach der Aussperrung.

**Tischler.**  
Süd-Westen: bei Gosmann, Kreuzbergstraße 48.  
Südosten I (zwischen Walbert- und Mantenselstraße) bei Mohn, Mantenselstr. 95.  
Südosten II (zwischen Mantenselstraße und Gdeltiger Ufer) Mohn, Mantenselstr. 95.  
Osten I (zwischen Centrum und Fruchtstraße) bei Litfin, Wemelerstr. 67.  
Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Litfin, Wemelerstr. 67.

Für die Bezirke Osten I und II finden am Dienstag zwei Vertrauensmänner-Versammlungen für die ausgesperrten Betriebe statt, wozu die Werkstätten brieflich eingeladen werden.

Nordosten: bei Mann, Strahbergerstr. 8.  
Oestliche Vororte: bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrichsbergstr. 11.  
Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstr. 26.  
Wedding und Moabit: bei Fahrow, Ravenstr. 6.

Donnerstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
Süden: bei Glosing, Wassertorstr. 68.

Für **Bautischler** findet keine Vertrauensmänner-Versammlung statt.  
Für die **Möbelpolierer** findet der Branchen-Versammlung wegen keine Vertrauensmänner-Versammlung statt.  
**Stockarbeiter**  
nachmittags 5 1/2 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

**Bodenleger u. Bohner.**  
Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15:  
**Versammlung.**  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Die Verhandlungsleiter sind vorzuziehen.  
Die Kommission.

**Jalousie-Arbeiter.**  
Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Anton Voeter, Webersstraße 17:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Robert Ahrens. 2. Bericht über die Statistik. 3. Verschiedenes.  
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich.  
Der Obmann.

**Achtung! Musikinstrumentenarbeiter. Achtung!**  
Die Branchenversammlung am Montag, den 27. Mai fällt aus.  
Die nächste Vertrauensmänner-Versammlung findet am Donnerstag, den 30. Mai, im Gewerkschaftshaus, Saal 5 statt.  
Die Branchenkommission.

**Treppengeländer-Branche!**  
Donnerstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Voeter's Geschäft, Webersstr. 17:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Welche Vorteile bietet und der Schiedspruch? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Wir ersuchen die Kollegen aus der Branche, alle zu erscheinen, um Klarheit über die Auslegung des Vertrages zu schaffen.  
Die Kommission.

**Einsetzer.**  
Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Wiegandstr. 27c, oberer Saal:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Bericht über die Tarifverhandlungen. Wahl eines Obmanns. Branchenangelegenheiten. Verschiedenes.  
Der Obmann.

**Maschinenarbeiter.**  
Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Andrea-Festsälen, Andreastraße 21:  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
Neben Werkstätten muß vertreten sein.

**Kleber!**  
Heute, Dienstag, den 28. Mai 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Welche Mittel wenden wir an, um die durch die Bauarbeiter-Aussperrung herbeiführende Arbeitslosigkeit in der Kleberbranche zu vermindern? Referent: Kollege Müller. 2. Diskussion.  
Alle Spezialisten, lebenden Kundenarbeiter und lebenden Klebergehilfen sind zu dieser Versammlung eingeladen!  
NB. Die Vorstände der Arbeiterorganisationen sind brieflich eingeladen.  
Zahlreicher Besuch erwartet.  
Der Einberufer.



**Robert Tismer**  
Abfahrt-Station:  
Berlin, Schillingsbrücke.  
Telephon: Ober-Schöneweide No. 14.

**Täglich (außer Sonntags) nach Restaurant „Kylfhäuser“.**  
Van ca. 2 Uhr nachmittags ab 1/2 stündlich, a Person 20 Pf.  
Dampfer-Fahrtgäste zahlen kein Entree.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Großes Militär-Konzert.  
Im großen Saal: BALL.

**Billigste Dampfer-Sonderfahrten mit Musik**

	Vm. ca. Uhr	Nm. ca. Uhr	Pro Person hin und zurück	Pfennig
Montag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9	2	50
	Nach Kalkberge-Büdersdorf	10	—	50 Rück-fahrt
Dienstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9	2	50
	Nach Neue Mühle	—	2	50
Mittwoch	Nach Woltersdorfer Schleuse	9	2	50
	Nach Kalkberge-Büdersdorf	10	—	50 Rück-fahrt
Donnerstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9	2	50
	Nach Wernsdorfer Schleuse	—	2	50
Freitag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9	2	50
	Nach Neue Mühle	—	2	50
Sonnabend	Nach Kalkberge-Büdersdorf	10	—	50 Rück-fahrt
	Nach Woltersdorfer Schleuse	8	—	50 Einfache
Sonntag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9	—	50
	Nach Müggelheim	9	—	50

**Verein, Gesellschaften, Schulen usw. empfehle Dampfer zu Ausflügen unter äußerst günstigen Bedingungen.** [4952L\*]  
**Voranzeige! Mondscheinfahrt**  
nach Restaurant „Kylfhäuser“. Abfahrt zirka 9 Uhr abends.

**Das Flugblatt**  
zur Frage der rapiden Getreidepreiserhöhungen, die Ursachen und Wirkungen, die Mittel und Wege, den weiteren fabelhaften Aufwärtswegungen, die gefährliche Spitze zu nehmen, um den Ausbruch der offenen Revolution in Deutschland, wenn möglich, noch zu verhindern, von Michael Prosser, Kaufmann in Würzburg, Herausgeber der Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“, wird vom Verfasser an interessierten portofrei versandt. — Die Broschüre selbst ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — B, Text- und Verlagsausgabe, 50 Pf. Gegen Einsendung von Mk. 2,10, bezw. 60 Pf. für das Inland, Mk. 2,30, bezw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Buchhandlungen portofrei vom Verfasser versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.  
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Soeben erschienen!  
**Gruppenbild**  
der  
**Sozialdem. Reichstagsfraktion 1907.**  
Auf elegantem Karton.  
Bildgröße 55 x 40 cm. Preis 40 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).



Der Prozeß Pöplau.

Der Prozeß Pöplau scheint auch diesmal wieder im Schneckentempo vorzuschreiten zu sollen. Am dritten Tag, Montag, ist er vorläufig überhaupt nicht vom Fleck gekommen. Die Verhandlungen und Beratungen erstrecken sich nur auf die Frage, ob und wie man der bisher ausgebliebenen Zeugen habhaft werden könne.

Da waren zunächst die vom Angeklagten geladenen Zeugen, die am Sonnabend der Ladung keine Folge geleistet hatten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Vertam gab am Montag die Erklärung ab, Pöplau habe diese Zeugen fast sämtlich zum Dienstag noch einmal geladen und zwar diesmal unter peinlichster Beobachtung der Formalitäten. Hierzu gehört, daß ihnen auch die „Reisekosten“ vorgestreckt werden. Ein Einwohner Berlins bedarf zur „Reise“ nach dem Gerichtsgebäude in Moabit nur einiger Nidel für die Straßenbahn. Für Sonnabend hatte Herr Pöplau diese den Zeugen nicht überhandt, weil er der Meinung war, das könnte von einigen der Herrschaften am Ende gar als Beleidigung aufgefaßt werden. Inzwischen hat er sich überlegt, daß die Nichtbeachtung dieser Formalität einen geeigneten Grund abgeben kann, der Ladung wiederum keine Folge zu leisten. Er hat, wie schon gesagt, bei der nochmaligen Ladung alle Formalitäten erfüllt. Der Verteidiger fügte nicht ausdrücklich hinzu, daß von P. den hochwürdigen Herren, die am Sonnabend nicht gekommen waren, auch die Kosten der „Reise“ von Berlin nach Moabit zugestellt worden seien. Es ist aber, wie wir hören, diesmal auch diese Vorschrift erfüllt worden. Ob Herr Pöplau sogar dem Herrn Reichsanzwanger die erforderlichen Fahrkosten überhandt hat? Pöplau hat übrigens auch die den Zeugen vorgelegten Behörden zum zweiten Male ersucht, den ihnen untergeordneten Beamten die Erlaubnis zur Zeugnisablegung zu geben. Den Geheimrat v. Holstein hatte er als Sachverständigen geladen. Da die Vernehmung dieses Herrn als eines Sachverständigen nicht vereinbar mit dem dienstlichen Interesse sein soll, so ist er nun als Zeuge geladen worden.

Der Verteidiger begründete die Ladung der neuen Zeugen. Es solle nachgewiesen werden, daß die Schriftstücke, deren Veranlassung dem Angeklagten zur Last gelegt wird, gar nicht Schriftstücke im Sinne des § 333a des Strafgesetzbuches (des „Ani-paragraphe“) sind, wie die Anklage es behauptet. Auch das Schweigegebot nach § 11 des Reichsbeamten-gesetzes sei in den Fällen Kamenberg und Kiem juristisch irrelevant. Die rasche Erledigung dieses Prozesses, die in den Februarverhandlungen vom Anklagevertreter als im Staatsinteresse liegend bezeichnet worden sei, könne am besten dadurch erreicht werden, daß all den von Pöplau geladenen Zeugen von ihren Vorgesetzten die Erlaubnis zur Zeugnisablegung erteilt werde. Der Vorsitzende warf ein, über die Frage, ob hier § 333a verletzt sei, werde ja der Gerichtshof zu entscheiden haben, aber der Verteidiger erwiderte, in der Regel könne doch diese Frage nur vom Reichsanzwanger zutreffend beantwortet werden. Auf jeden Fall müsse in diesem Prozeß volle Klarheit erzielt werden, das sei aber nur möglich, wenn man der Vernehmung aller von Pöplau geladenen Zeugen keinerlei Schwierigkeiten bereite. Zu den Zeugen, die nicht kommen wollen, hat sich übrigens jetzt auch noch der Oberleutnant Quade vom Schutztruppenkommando gestellt, der am ersten Tage erschienen war, aber die Erklärung abgab, er habe noch keine Genehmigung, hier auszusagen. Auch jetzt fehlt ihm noch die Genehmigung, und aus diesem Grunde hat er mitgeteilt, er werde einstweilen nicht kommen. Das Gericht sah ihn als genügend entschuldigt an.

Sodann wurde darüber verhandelt, wa der Zeuge Sekretär Schneider vernommen werden soll. Vom Kreisarzt für Eberswalde, der den Auftrag erhalten hatte, Schneider im Sanatorium daraufhin zu untersuchen, ob er nur dort kommissarisch vernommen werden darf oder an Gerichtsstelle erscheinen kann, war ein Telegramm eingegangen. Der Arzt hat Schneider am Sonntag aufgesucht, aber Schneider hat ihm geantwortet, am Sonntag stelle er sich zur Vornahme einer amtlichen Untersuchung nicht zur Verfügung. Es ist dann verabredet worden, daß die Untersuchung am Montag vorgenommen werden sollte. Staatsanwalt Lindow empfahl nun erst mal abzuwarten, ob Schneider nicht vielleicht doch noch an Gerichtsstelle erscheinen könne. Dieser ewig unerreichbare Schneider ist, nebenbei bemerkt, von der Anklagebehörde als Belastungszeuge geladen. In dem vorigen Prozeß hatte Staatsanwalt Lindow schließlich ganz auf ihn verzichten wollen, weil er doch wohl nichts von Belang auszusagen werde. Jetzt aber erklärte der Herr Staatsanwalt, Sch. sei in hohem Grade verdächtig, mit Pöplau zusammenzuwirken. Daraus deutet schon der Umstand hin, daß er sich sogar an Pöplaus Verteidiger gewandt und diesem geschrieben habe, seine Vernehmung könne in Eberswalde erfolgen. Zwar sei im vorigen Jahre aus der gegen Schneider eingeleiteten Untersuchung nichts herausgekommen, aber man habe ihm eben nichts nachweisen können. Rechtsanwält Vertam erwiderte, gerade der Anklage bestehe ja darauf, daß auch Schneider vernommen werde, weil er der Meinung sei, daß er durch Schneider nicht be-, sondern entlastet werden würde. Daraus gehe doch wohl hervor, daß Sch. nicht mit P. „unter einer Decke“ gehe. Der Vernehmung in Eberswalde stehe nichts entgegen. Diese könne noch heute erfolgen, und sie werde den Zeugen gewiß weniger aufregen als die Vernehmung an Gerichtsstelle.

Nachdem der Gerichtshof sich zur Beratung darüber zurückgezogen hat, was mit Schneider werden solle, traf ein zweites Telegramm des Kreisarztes ein. Die Beratung wurde unterbrochen, um das Telegramm zu verlesen. Der Arzt meldete, am heutigen Montag habe er Schneider aufgesucht, aber nicht angetroffen. Der Anstaltsarzt habe indes erklärt, die kommissarische Vernehmung in der Anstalt sei angängig, und auch Sch. sei damit einverstanden. Das Gericht beschloß hierauf, Sch. in der Anstalt kommissarisch zu vernehmen, ihn aber zunächst nicht zu vereidigen. Da die Vernehmung noch am Montag in den Nachmittagsstunden stattfinden sollte, so wurde die weitere Verhandlung auf Dienstag vertagt, ohne daß ein einziger der als Zeugen geladenen Beamten der Kolonialabteilung vernommen worden war.

Achte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

(Offizieller Bericht des Verbandsvorstandes.)  
Sechster Verhandlungstag.  
Vormittags: geschlossene Sitzung.  
Tagesordnung: Die Taktik bei Streik- und Lohnbewegungen.  
Aus dieser Sitzung ist für die Öffentlichkeit nur zu berichten, daß die Anträge, die darauf abzielen, den Bezirksleitern die Entscheidung bei Streiks zu überlassen, abgelehnt worden sind. Das Streikreglement wird mit geringen Änderungen in der bisherigen Form angenommen. Das gesamte Statut wird hierauf angenommen.  
Schilde erklärt, daß die Steigerung der Gehälter der Beamten im Hauptbureau auch auf die Lokalbeamten in den Verwaltungsstellen ausgebeugt werden soll.  
Nachmittags-Sitzung.  
Den Bericht der Beschwerdef Kommission erstattet Weinheber-Hamburg.  
Die Kommission empfiehlt die Wiederaufnahme des Mitgliedes Bohmann-Hamburg. Dies wird angenommen.

Die Beschwerde Ruffig-Breslau in Sachen Rechtschuh empfiehlt die Kommission abzuweisen. Das wird angenommen.  
Im Fall Eder-Karlruhe hat die Kommission beschloffen, die Beschwerde abzuweisen; die Kommission ist aber der Meinung, daß die Beschlüsse der Schiedsgerichte brieflich mitzuteilen sind.  
In der Sache Oderwald und Genossen-Karlruhe schlägt die Kommission vor, den Ausschluß als zu Recht bestehend anzuerkennen. Der Vorsitzende des Ausschusses wendet sich dagegen, daß der Ausschluß durch Beschluß nur der vier befohlenen Beamten erfolgt sei, während dazu nur das Plenum des Gesamtvorstandes berechtigt sei. Der Vertreter des Vorstandes Reichel erklärt, daß in so liegenden Fällen hier die Entscheidung, wie erfolgt, zulässig sei. Durch die schnelle Entscheidung sei nur das Verbandsinteresse gewahrt worden. Die Beschwerde Oderwald und Genossen wird abgewiesen.

In Sachen Wienthal-Berlin hat die Kommission nicht verhandelt, da seine Handlungsweise den Ausschluß rechtfertigt.  
In Sachen Schneider-Brandenburg empfiehlt die Kommission Abweisung der Beschwerde wegen Verweigerung der Maßregelungsunterstützung und die Generalversammlung beschließt demgemäß, weil nur einfache Entlassung vorliegt.  
Das Mitglied Schulz-Reichen besäumt sich wegen Verweigerung der Maßregelungsunterstützung. Die Generalversammlung beschließt, die Maßregelungsunterstützung zu bewilligen.

Der Fall Dresden. In die Untersuchungskommission in Sachen des Ausschusses Langer, Richter, Kuchler, Pohle und Müller war ein Vorstandsmitglied gewählt. Gegen diese Besetzung der Kommission wendet sich die Beschwerde. Der Ausschluß ist der Ansicht, daß Vorstandsmitglieder in solchen Kommissionen nicht mitwirken können. Die Beschwerdef Kommission ist der Meinung, daß jedes Mitglied, auch Vorstands- oder Ausschlußmitglieder, solchen Kommissionen angehören dürfen. Seitens des Kollegen Schöne-Dresden wird das ganze Verfahren geschildert und dabei den Verbandsbeamten Vorwürfe über ihr Verhalten bei diesem Verfahren gemacht. Die angegriffenen Beamten weisen nach, daß diese Darstellung der Sache falsch sei. Es sei in der liberalsten Weise verfahren worden.

Die Beschwerdef Kommission ist auf Grund einer achtstündigen Untersuchung und genauer Feststellung der Tatsachen dazu gekommen, die Ausschüsse für zu Recht bestehend anzuerkennen. Die Generalversammlung macht den Beschluß der Kommission zu dem ihrigen. Die Sache Müller-Dresden wird dem Vorstand zur nochmaligen Untersuchung überwiesen.

In der Angelegenheit der Beschwerde des Vorstandes gegen den Ausschluß wegen der scharfen, mißtönenden Ausdrücke im Bericht des Ausschusses erlaubt die Kommission dem Ausschluß, diese Stellen zu streichen, so daß das Protokoll jene Ausdrücke nicht enthält. Wehlig, als Vorsitzender des Ausschusses, erklärt sich mit der Streichung jener Stellen einverstanden.  
Die Verlegung des Sitzes des Ausschusses von Frankfurt nach Hamburg wird abgelehnt.

In die Kommission zur Beratung einer Vorlage zur Einführung von Staffelbeiträgen werden gewählt: Krause, Chemnitz, Kallenbach-Hamburg, Dörmann-Frankfurt, Thebus, Jena, Holzinger-Kürnberg, Körsten-Berlin, Münchinger-Mathenow.

Zur Malfeier wird beschloffen, die Beschlüsse der Leipziger Generalversammlung bis auf weiteres in Kraft zu lassen und die Sache auf dem internationalen Kongreß zur Sprache zu bringen.  
Die Versicherung der Verbandsbeamten gegen Unfall behandelt dann noch Schilde-Stuttgart. Die Privatversicherung hat nach dieser Richtung versagt. Es handelt sich nicht nur um die Verbandsbeamten, sondern auch um diejenigen Kollegen, welche als Hausflorier im Nebenamt tätig sind. Es muß den Kollegen die Arbeitsfreudigkeit erhalten bleiben. Redner schlägt vor, eine bestimmte Summe für diesen Zweck zu bewilligen und außerdem für die Versicherung bei der Invaldität der Beamten einen Beitrag zu zahlen.

Es wird beschloffen, 2 pro Mille der Beiträge zur Unterstützung aller Verbandsfunktionäre bei Unfällen zurückzulegen.  
Die Verbandsbeamten erhalten Beitritt zu dieser Versicherung durch Zahlung von 2 pro Mille ihres Gehaltes. Die Wahlen zur Verbandsleitung ergeben folgendes Resultat: Schilde, 1. Vorsitzender, Reichel, 2. Vorsitzender, Werner, Kassierer, Raffatsch, Sekretär. Redakteure werden Scherm und Quist. Als Vorsitzende des Ausschusses werden Wehlig und Siegel gewählt.

Smunich dankt im Namen der sämtlichen ausländischen Delegierten für die freundliche Aufnahme und die Anregungen, die er und alle anderen empfangen haben.  
Schilde-Stuttgart dankt den ausländischen Gästen und dem Lokalkomitee. Der diesjährige Verbandstag sei das größte Parlament des Verbandes seit seinem Bestehen. Wir haben uns bemüht, insbesondere die Sitzungen des Verbandes so zu gestalten, daß wir den Mitgliedern gegenüber das voll verantwortlich können, was wir geschaffen haben. Wir stehen geehrt da. Wir wollen nun nach Hause gehen und dort weiter arbeiten zum Wohle des Verbandes.  
Die 8. Generalversammlung ist geschlossen.

Dritter Kongreß der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

L. Mannheim, 24. Mai.  
Heute wurde hier der dritte Kongreß der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eröffnet. Anwesend waren die Delegierten von den verschiedenen Ortsgruppen der Gesellschaft, sowie zahlreiche Mitglieder der starken Ortsgruppe Mannheim. Die badische Regierung hatte die Herren Oberschulrat Geheimrat Dr. Weggold und Regierungsrat Hauser, die preussische Regierung den Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Kirschner entsandt; desgleichen waren Elsh-Lothringen, Württemberg und Lübeck und von auswärtigen Staaten Schweden, Dänemark und Ungarn vertreten.  
Zum Vorstand des Kongresses wurden gewählt: Oberbürgermeister Bed. Mannheim, Dr. Blaschko-Berlin, Reichstagsabgeordneter Wasser mann, Dr. med. Löh und Stadtschulrat Dr. Siffinger-Mannheim.  
Nach den üblichen Ansprachen referierte Dr. Blaschko über „Die Aufgaben der Gesellschaft auf dem Gebiete der Sexualpädagogik.“

Der Redner konstatiert zunächst das lebhafteste Interesse, welches der zur Erörterung stehenden Frage allgemein entgegengebracht werde. Bei der Sozialpädagogik müsse leider konstatiert werden, daß die guten Lehren an die heranwachsende Jugend meist zu spät kommen. Die Aufklärung müsse früher einsetzen, wenn der Zweck, einem gesunden Geschlechtsleben, welches sich dem Gesamt-leben der Individuen harmonisch einschließt, die Wege zu ebnen, erreicht werden solle. Notwendig sei auch eine gründliche Verringerung der Lebensweise, wenigstens der der städtischen Bevölkerung, die in dieser Beziehung dem Landbewohner gegenüber mit seiner gesunden körperlichen Bewegung und seiner reizlosen Kost, im Nachteil sich befinde. Neben der hygienischen, habe der Sozialpädagoge auch der ethischen Seite seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es seien der Gesellschaft wegen ihres angeblichen Mangels an Ethik Vorwürfe gemacht worden und es seien dieserhalb auch Audits erfolgt. Er erkläre, die Ethik sei nicht zu entbehren, wo sie sich in den Dienst der Hygiene stelle. Der heranwachsenden Jugend können wir das Ziel hoch stecken, auch wenn wir wissen,

daß nur einige die Kraft und die Ausdauer haben, dasselbe zu erreichen. Das Jugendideal soll aber nicht die Abtötung des Geschlechtslebens sein, sondern es soll der nicht zu früh beginnende monogamische Geschlechtsverkehr als etwas Gesundes hingestellt werden. Der Geschlechtstrieb ist beim Menschen im allgemeinen nie so stark, daß der Verstand ihn nicht zu mäßigen vermöge, wozu ein gesunder Körper und ein gesundes Empfinden gehört. Wir werden dem gesteckten Ziele näher kommen durch sexualpädagogische Aufklärung der heranwachsenden Jugend.

Hierauf sprach Frau Professor C. Krusenbergs-Kreuznach über „Sexuelle Aufklärung und die Aufgaben des Hauses“, die ihrem Vortrag folgende Leitsätze zugrunde gelegt hatte.

- 1. Besondere Aufklärung tut nicht nur, wo wir im Hause gesund und rein empfindende Väter und Mütter haben, die von vornherein in einer dem Alter des Kindes entsprechenden Form die Wahrheit sagen, wenn sich irgend eine Gelegenheit bietet.
- 2. Ziel der Aufklärung muß sein, solche Väter und Mütter heranzubilden, so daß Aufklärung von anderer Seite mehr und mehr überflüssig wird.
- 3. Das Haus hat vor der Schule folgendes voraus: Es kann unauffällig, gelegentlich aufklärende Vorstellungen vermitteln. Es kann auf das einzelne Kind, genau seiner Entwicklungsstufe angepaßt, wirken. Es kann von vornherein falsche Vorstellungen abweisen.
- 4. Das Haus vermindert die Arbeit der Schule jetzt oft durch Überprüfungen, unnatürlichen Geheimtums, durch Regeln und lächerlich und prozedurartige Bemerkungen über das, was das Kind in der Schule lernte.
- 5. Die Art der Aufklärung ist oft eine verkehrte. Es wird von Aufklärungsanstalten jetzt oft über geschlechtliche Dinge zu viel und mit besonderer Wichtigkeit gesprochen. Langatmiges Verweilen bei dem Gegenstand, wie viele Aufklärungsbücher es lehrt, ist zu vermeiden. Kurze, klare Antwort wird meistens genügen; einem Weiterfragen ist in jugendlichem Alter durch auffälligen Uebergang zu anderem Gesprächsthema vorzubeugen. Wird aber weiter gefragt, so muß wahrheitsgetreu aber immer kurz, wie von etwas Natürlichem, Selbstverständlichem geantwortet werden.
- 6. Dem Laster der Selbstbesetzung muß schon in jugendlichem Alter, ohne seinen Namen zu nennen, vorgebeugt werden (vor Schulverführung): a) durch Beobachten des Kindes seitens der Mutter; b) durch geeignete Lage beim Schlafen; c) durch Warnung vor Gesundheitschädigung; d) durch Warnung vor Verführung unter den Schulameraden.
- 7. Vor Verlassen des Elternhauses sind junge Männer über die Gefahren außerehelichen Geschlechtsverkehrs aufzuklären. Besser als persönliche Unterweisung wirkt in vielen Fällen ein Flugblatt, an das Verantwortlichkeitsgefühl kurzer Appell an das Ehrgefühl, an das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der einseitigen Frau, den einseitigen Kindern.
- 8. Mädchen, die ins Berufsleben hinausgehen, müssen ebenfalls (ev. auch durch Flugblatt) gewarnt werden.
- 9. Junge Mädchen, die im Elternhaus bleiben, haben Details-mittelungen über Geschlechtskrankheiten, Prostitution und dergl. nicht nötig. Ihnen gegenüber genügt: a) die Menstruation als notwendigen Vorgang hinzustellen, um Stoffe, die zur Gestaltung eines neuen Lebens notwendig sind, aufzuweisen; b) Geld- und Versorgungssache als Sünde gegen die Natur zu bezeichnen, als ein Strafgewissen für Lebenszeit; c) sie zu lehren, das Sichausleben, Schwergewissen der Männer vor der Ehe als Ursache vieler Erkrankungen von Frauen und Kindern anzusehen; d) Gesundheit und Reinheit ihnen um ihrer selbst und um ihrer künftigen Kinder willen zur Pflicht zu machen oder damit sie — falls sie nicht heiraten — gesund und tüchtig sein können auch in einem Beruf. Lehrere Hinweis soll darüber hinweghelfen, daß die Mädchen nur auf die Ehe hingewiesen werden, die sie ja, leider, bei den vorliegenden Verhältnissen oft nicht erreichen.
- 10. Aufklärung im Hause erfordert nicht viel Zeit, sondern nur eine gesunde, reine Auffassung des Geschlechtslebens seitens der Eltern und ein offenes, herzliches Verhältnis zwischen Mutter und Kind. Beides finden wir auch in einfachen Verhältnissen.

Zum Thema „Sexuelle Aufklärung in der Volksschule“ sprachen noch Hauptlehrer Enderlin-Mannheim und Lehrer Söllner-Hamburg. Ersterer erhebt es am zweckmäßigsten, bei dem Sexualunterricht mit der Pflanze zu beginnen, um an ihr zu demonstrieren, daß es zwei Geschlechter gibt und um die Gemöndung an die Ausdrucks Befruchtung, Samen usw. zu erreichen. Von hier aus wird zu den Fischen und hernach zu den Vögeln und Säugetieren fortgeschritten. Die geschlechtliche Aufklärung kann jedoch nur ein Teil der Reformen sein. Wo geschlechtliche Ansitten und Verirrungen bereits eingerissen sind, und wo die Phantasie sich des Geschlechtlichen bereits übermäßig bemächtigt hat, vermag man mit diesem Wissen nicht viel mehr zu bessern, und die Volksschule wird daher und auch sonst auf anderem Wege entscheiden mehr erreichen können als durch direkte Aufklärung. Ich denke hierbei in erster Linie an eine intensive Körperkultur, durch die nicht nur die Ausbildung des Leibes, sondern auch die des Willenslebens in gegen bisher erhöhter Weise gefördert werden soll. Als geeignetste Grundlage für Mittelungen und Ver-lehrungen über Erscheinungen des sexuellen Lebens muß der naturwissenschaftliche Unterricht angesehen werden und zwar der Unterricht in Pflanzen- und Tierkunde und die Gesundheitslehre. Zu diesem Zwecke muß der naturwissenschaftliche Unterricht, wie er bisher in den Volksschulen erteilt wurde, aber selbst einer Reform unterzogen werden. Er darf nämlich nicht Halt machen vor Dingen, die „da unten“ sind, sondern muß sich auch auf Entfaltung und Fortpflanzung der Pflanzen und Tiere ausdehnen. In diesem Sinne sind auch die gebräuchlichen Unterrichtsmittel im Gestalt der anatomischen Tafeln und Modelle, auf denen bisher die Geschlechtsorgane ferngehalten wurden, reformierend umzugestalten. Insbesondere sind auf häufigen Ausgängen im naturwissenschaftlichen Unterricht die Schüler mit den Mitteln vertraut zu machen, durch welche die Natur sich stetig fortpflanzt und erhält, mit den Mitteln zur Befruchtung bei Pflanzen und Tieren, zur Erhaltung der Art und der Gattung usw. Ein richtig gegebener naturwissenschaftlicher Unterricht muß es auch fertig bringen, das Gemüt der Kinder mit Bewunderung und Ehrfurcht zu erfüllen vor dem gewaltigen Prozeß des Werdens und Vergehens, des Erblühens, Erhaltens und Verwelkens, und muß es erreichen, daß das Kind in der Sexualität schließlich nichts anderes erblicke als das reine und natürliche System der Fortpflanzung.

Der Referate des Lehrers Konrad Söllner-Hamburg lagen folgende Leitsätze zugrunde:  
1. Die Jugend muß über sexuelle Verhältnisse belehrt werden: a) weil die Sexualität eine die Entwicklung des Menschen so stark beeinflussende Seite seines Wesens ist, daß die klare Kenntnis ihrer Verhältnisse ein notwendiges Glied jeder allgemeinen Bildung ist; b) weil es unmöglich ist, die Jugend bis zur Schulentlassung in Unkenntnis der sexuellen Verhältnisse zu erhalten; c) weil nur durch offenes Aussprechen über sexuelle Verhältnisse diese aus der Sphäre unheimlicher Denks- und Sprechweise emporgelungen werden können; d) weil es Pflicht der Erziehung ist, die jungen Menschen nicht un- belehrt den gesundheitlichen und sozialen Gefahren des Geschlechtslebens entgegenzuschicken.  
2. Die Aufgabe der Volksschule mit ihrem Klassenunterricht und dem frühen Abschlusse der durch sie vermittelten Bildung ist darum: a) noch nicht der Kampf gegen die Gefahren der Geschlechtskrankheiten; b) nicht die Heilung geschlechtlich verirrter Schüler, sondern c) die Wiedererhebung des sexuellen Gebietes in das Reich des Natürlichen und deshalb Unbefangenen-Selbstverständlichen; d) die dadurch und durch körperliche Abhärtung wahrscheintliche Immunisierung gegen geschlechtliche Verirrungen; e) die Darbietung der

naturwissenschaftlichen Grundlagen für die spätere Ausflüchtung über naturgemäßen Verbrauch und über den gesundheitsgefährdenden und den gegen die sozialen Anschauungen verstoßenden Mißbrauch der sexuellen Kräfte.

8. Die Behandlung der sexuellen Verhältnisse ist dem Zoologieunterricht zu überlassen. Die elbische Seite der Frage kann außerdem der Behandlung im Religions- und im Moralunterricht unterliegen.

4. Die sexuelle Belehrung umfaßt die Abschnitte: Vorbereitung auf die Nachkommenschaft, Befruchtung, Entwicklung des Keimes, Geburt und Aufzucht der Jungen.

Die Verteilung des Stoffes auf die einzelnen Stufen und die Einreihung desselben in den übrigen naturgeschichtlichen Lehrstoff muß sich nach der verfügbaren Zeit, der Differenzierung der einzelnen Schulen und dem geistigen Stande der Schüler richten.

5. Zunächst ist für Einfügung der sexuellen Belehrung in das Arbeitsgebiet der Lehrer- und Lehrerinnenseminare Sorge zu tragen.

## Die evangelischen Arbeitervereine

haben Pfingsten in Dortmund eine Delegiertenversammlung ihres Gesamtverbandes abgehalten. Dem Gesamtverbande gehören an 477 Vereine mit rund 90 000 Mitgliedern; dazu kommen noch einige freie Verbände, so daß die Gesamtzahl sich auf 650 evangelische Arbeitervereine mit 125 000 Mitgliedern beläuft. Der stärkste Verband ist der rheinisch-westfälische mit 33 000 Mitgliedern. An der Spitze des Ganzen steht Licentiat Weber, der Telegraphier-Pastor und Hans Dampf in allen Sprachen, der überall zu finden ist, wo fromme und patriotische Leute zusammenkommen, um Staat und Gesellschaft vor Unkraut, Anstößlichkeit und Unglauben zu retten. Die Bedeutung der evangelischen Arbeitervereine steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Vornehm, den Pastor Weber als ihr Führer zu machen pflegt. Am meisten haben sie noch in Rheinland und Westfalen zu bedeuten. Aber auch hier muß der Bericht des Schriftführers feststellen, daß das Vereinsleben nicht besonders erfolgreich ist. Als Grund wird die „Ineresselosigkeit der höheren Stände“ angegeben. Bezüglich der größeren Vereine wird über Uneinigkeit gesagt: es sei gerade, als wenn eine Art Fluch auf der Sache liege, denn wenn sie anfangs zu blühen, sei es, als wenn der Teufel seinen Schwanz dazwischen lege. Pastor Weber meint, wenn es in gewissen Orten nicht vorangehe, liege das daran, daß die Evangelischen ihrer Kirche entfremdet seien. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen versicherte Herr Weber, es sei mit der Sozialdemokratie noch fertig zu werden. „Wenn aber die Parteien, die bei den letzten Wahlen über die Sozialdemokratie gestiftet haben, in den Parlamenten ihre Pflicht nicht tun, dann erleben sie bei den nächsten Wahlen etwas ganz anderes.“ Von den Führern der Sozialdemokratie, die nichts als die Herrschaft über die betörteten Massen erstreben, schäme er Weibel höher als Singer; wenn Singer, der ihm der unsympathischste Mensch auf der Welt sei, einmal aus Ruder kommen sollte, würde er, Pfarrer Weber, keinen Augenblick zögern, den Staub von den Füßen zu schütteln. Das Vaterland wird diesen Verlust zu tragen wissen! Die evangelischen Arbeitervereine haben bekanntlich auch mit den katholischen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften den Ruf an die „christlich-nationale Arbeiterschaft“ unterzeichnet. Doch rüft die Annäherung an die Merkanten innerhalb der evangelischen Arbeitervereine vielfach auf Widerpruch. Pastor Reichert (Promberg) verlangt völlige Loslösung von den christlichen Gewerkschaften. Mit Männern wie Nieberts und Schiffer, die an der Spitze der christlichen Gewerkschaftsbewegung ständen und zugleich der Zentrumskräfte des Reichstages angehörten, die nicht auf nationalem Boden stehe, sei ein Zusammengehen unmöglich. Pastor Weber gab beruhigende Erklärungen über die „Zuverlässigkeit“ der christlichen Gewerkschaftsführer.

Kennzeichnend für die Verhandlungen der Dortmund Tagung ist die völlige Passivität des Arbeiterelementes. Pastoren und immer wieder Pastoren, und allen voran immer wieder der unvermeidliche Licentiat aus R. Gladbach! Pastoren sitzen an der Leitung der evangelischen Arbeitervereine, Pastoren halten die Akteure auf den Versammlungen und Verbandstagen, Pastoren führen die Diskussionen und telegraphieren als „Vertreter der nationalgefinnten Arbeiterschaft“ Kaiser, Kanzler und Minister an — von einer Regierung und Vertätigung der Arbeiter merkt man nichts. Willow telegraphiert die besten Wünsche für eine fernere segensreiche Entwicklung der evangelischen Arbeitervereinsfrage und hofft neuen Erfolg in der „hohen Aufgabe, das Wohl der Arbeiter und das Gedeihen des großen Vaterlandes zu fördern“. Dertweil macht sich der Vorstehende, Pfarrer Weber, schon darauf gefaßt, den Staub von den Füßen zu schütteln, „um der Herrschaft Singers zu entgehen“, und der Schriftführer flagt, wenn irgendwo die Sonne zu blühen scheint, lege gleich der Teufel den Schwanz dazwischen. War's wirklich der Teufel?

## Aus Industrie und Handel.

### Reine und gemischte Werke.

Die außerordentlich großen Ansprüche an die Eisenindustrie in den letzten zwei Jahren haben die Differenzen zwischen reinen und gemischten Werken etwas in den Hintergrund treten lassen. Die Verschlebung in der Beteiligung der Produkte A und B beim Stahlwerkverband lösen bei den reinen Werken nun aber wieder verstärkt die Befürchtung aus, daß sie vor und nach ganz an die Wand gedrückt werden. Solche Ansicht stützt der frühere Direktor im Stahlwerkverband, Regierungsrat a. D. Dr. Henry Voelker in einem kürzlich bei E. Simon, Berlin, erschienenen Vändchen „Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie“. Er sagt da, nachdem er die Ueberlegenheit der gemischten Werke dargelegt:

„Um die Lage der reinen Walzwerke zu verbessern, bieten sich drei Möglichkeiten. Sie können einmal ihre Betriebseinrichtungen rationeller ausgestalten, indem sie sich der Herstellung von Verfeinerungsprodukten zuwenden. Der große gemischte Betrieb kann dies viel weniger, weil die leitenden Vorstandsmitglieder zu sehr in Anspruch genommen sind, als daß sie sich mit diesen allgütigen Einzelheiten eingehenden Betriebsverhältnissen befassen können. Der Leiter eines reinen Werkes kann sich mit viel größerem Interesse und mit größerer Ruhe technischen Verbesserungen zuwenden und die Arbeitskräfte anlernen, weil er einen viel intensiveren Einblick in den technischen Betrieb nehmen kann, als der Leiter eines großen gemischten Werkes. Eine zweite Möglichkeit zur Erhaltung der reinen Werke liegt darin, daß sie mit den gemischten Konkurrenzwerken einen Verband bilden zu dem Zwecke, die Preise von Stabeisen, Draht, Feinblechen zu erhöhen. Wiewohl es nur möglich gewesen, für Feinbleche und Draht Verbände zu gründen, von welchen der erstere sich jedoch wieder aufgelöst hat. Die Bestrebungen dagegen, einen Stabeisenverband zu gründen, haben immer nur zu einem kurzen, vorübergehenden Erfolg geführt. Das dritte Mittel zur Hebung der Lage der reinen Walzwerke besteht darin, sich einem gemischten Werke, namentlich einem Siemens-Martinwerke anzuschließen, sei es, daß es in eine finanzielle Interessengemeinschaft mit ihm trete oder sich völlig mit ihm fusioniert. Zwischen dem reinen Werke und dem gemischten Werke könnte dann eine gewisse Arbeitsteilung vorgenommen werden in der Weise, daß jeder Betrieb nur diejenigen Erzeugnisse herstellt, welche er vermöge seiner besonderen Einrichtungen oder wegen seiner geographischen Lage oder sonstigen örtlichen Verhältnisse unter günstigeren Verhältnissen produzieren kann.“

Da die reinen Werke als die Hilfsindustrien kommen, müssen sie natürlich die von den gemischten Werken gestellten Bedingungen akzeptieren und damit gehen die schlimmsten Befürchtungen jener in

Erfüllung. Interessant ist, daß Voelker, der die Verhältnisse aus der Praxis kennen gelernt hat, als eines der Momente, die die Ueberlegenheit der gemischten Werke garantieren, den Rohstoffsoll bezeichnet. Die reinen Werke müssen die Hölle auf jeden Fall tragen, die gemischten Werke, welche Rohstoffsoll und Halbzeug selbst herstellen, brauchen den Soll in ihren Produktionskostenberechnungen nicht in Ansatz zu bringen. Der Schutz der „nationalen Arbeit“ bekommt der Eisenverarbeitungsindustrie schlecht.

### Hapag.

Die Hamburg-Amerika-Linie feiert ihren 60. Geburtstag. Am 27. Mai 1847 wurde der Grundstein zu dieser größten Schiffahrtsgesellschaft gelegt. Das Gründungskapital betrug 400 000 M. Mit drei Seglern „Deutschland“, „America“ und „Rhein“ begann sie ihre Tätigkeit. Heute zählt die schwimmende und im Bau befindliche Flotte einen Rauminhalt von rund einer Million Register-Tonnen und mit 88 Linien unterhält sie Verbindungen mit fast allen Hafenplätzen der Welt. Ueber die Ergebnisse der letzten 21 Jahre gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Jahre	Passagiere	Wägen	Bruttogewinn	Abschreibungen	Dividende
1888	48 131	508 882	2 414 401	1 422 609	4 800 000
1887	41 620	524 600	2 494 550	2 008 407	0 915 625
1886	57 425	657 365	5 068 214	2 768 509	8 1/2 1 540 625
1885	59 420	807 895	6 382 050	2 973 111	11 2 400 000
1884	86 158	1 038 732	6 065 555	2 702 455	8 2 400 000
1883	125 907	989 443	5 475 148	3 020 514	6 1 500 000
1882	104 135	1 150 440	4 807 891	3 044 410	0 —
1881	108 114	1 226 354	4 792 231	3 018 693	0 —
1880	90 000	1 175 045	3 200 233	2 903 709	0 —
1879	91 638	1 368 099	6 725 235	4 083 008	5 1 500 000
1878	84 250	1 808 108	9 235 137	5 993 878	8 2 400 000
1877	73 089	2 304 785	9 767 564	5 765 670	6 2 700 000
1876	74 061	2 388 640	15 216 714	9 582 482	8 4 000 000
1875	101 975	3 038 887	18 982 130	11 534 371	8 5 200 000
1874	108 539	3 185 685	25 182 920	14 112 383	10 8 000 000
1901	211 617	4 262 000	22 182 337	13 032 413	6 4 800 000
1902	261 283	4 338 887	10 008 748	9 582 482	4 1/2 4 500 000
1903	304 346	4 500 554	28 421 202	12 045 822	8 6 000 000
1904	331 618	4 948 976	31 159 982	15 242 509	9 9 000 000
1905	333 926	5 804 793	39 992 151	21 256 251	11 11 000 000
1906	431 955	6 182 868	37 322 274	17 704 149	10 10 125 000

Das sind glänzende Piffen. Die Aktionäre dürfen mit den Resultaten zufrieden sein. Weniger festtagsfreudig sind die Arbeiter gestimmt; sie haben bei der Hapag für ihre berechtigten Ansprüche bisher noch wenig Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Daß die Gesellschaft gerade während ihrer Jubiläumzeit mit den Arbeitern im Kampfe liegt, ist jedenfalls kein Ruhmesblatt für sie.

## Soziales.

### Die Händler auf dem Fang.

Die gesamte Organisation des Bundes der Landwirte in der Mark war seit Wochen mit 15 Wanderversammlungen, Verteilung von Flugblättern und Aufrufen an der Arbeit, um durch eine Pfingstversammlung mächtiger Landwirte der Agitation für die neue Milchkzentrale den Rücken zu stärken. Die Versammlung fand programmäßig am Sonnabend, nachmittags 1/2 3 Uhr, in den Germania-Sälen statt. Der Erfolg entsprach jedoch in keiner Weise den gehabten Mühen und den gehegten Erwartungen. Während zu Beginn des Milchkrieges regelmäßig Tausende von Landwirten dem verstorbenen Agrarierführer Ring gefolgt waren, zählte man diesmal kaum 300 Erschienene! Es waren fast ausschließlich die unvorsichtigerweise bis zuletzt in der Milchkzentrale zurückgebliebenen Genossenschaftler erschienen, die von der Gründung einer neuen Zentrale eine Erleichterung ihrer eigenen Schuldenlast erhoffen. Die Versammlung wurde von dem Liquidator der Milchkzentrale Voigt-Barnewitz eröffnet und geleitet. Er berichtete, daß an Anzeichen der neuen Gesellschaft mit beschränkter Haftung bis jetzt 40 000 M. gezeichnet seien, während die Großsammlung in ganz Deutschland 68 000 M. erbracht habe. Es fehle also an den in Aussicht genommenen 500 000 M. noch eine recht bedeutende Summe, jedoch wolle man die Hoffnung nicht aufgeben, daß wenigstens die 320 000 M. zusammengebracht werden, die zum Ankauf des alten Inventars der in Liquidation befindlichen Milchkzentrale notwendig sind.

Es sei aber weiter notwendig, daß von den Kleinbauern wenigstens 400 000 Liter täglicher Milchproduktion der neuen Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Sei diese Verpflichtung von den Kleinbauern übernommen, dann würden auch die Großgrundbesitzer geneigt sein, den Rest von den 90 Proz. des Berliner Milchfonds der neuen Gesellschaft an die Hand zu geben.

In der Diskussion beklagte sich Pastor Dohse-Groh-Blethen lebhaft über einen Zeitungsartikel, der die Aussichten des neuen Unternehmens als recht trübe geschildert habe. Die Aufforderung zur Zeichnung von Anteilen blieb ohne jeden Erfolg. Die Teilnehmer der Versammlung begannen sich vielmehr zu entfernen, sobald diese Aufforderung vom Vorstande an die Versammlung gerichtet wurde. Irigendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Versammlungsleiter teilte noch zum Schluß mit, daß 15 Wanderversammlungen auch weiter zur Verfügung ständen, die Ortschaften möchten ihre Wünsche bezüglich der Personen und Agitationsversammlungen an den Vorstand richten.

### Schwarze Listen von — Rechtsanwältinnen.

Die Demunziation eines „nationalen“ Verbandes, des Verbandes deutscher Bureaubeamten zu Leipzig, gegen die Mitglieder des gewerkschaftlichen Zentralvereins der Bureauangestellten als Sozialdemokraten, um dadurch deren Maßregelung seitens der Arbeitgeber zu erzielen, hat einen — allerdings nur äußerlichen — Erfolg erzielt. Der Vorstand der Anwaltskammer des Herzogtums Braunschweig hat einen Ullas an sämtliche Rechtsanwältinnen seines Bezirks erlassen, durch den, ganz wie bei den großindustriellen Scharmachern, das System der schwarzen Listen eingeführt werden soll. Diese Verfügung hat folgenden Wortlaut:

An die Herren Anwältinnen des Herzogtums Braunschweig! Von dem Kreisverein Braunschweig im Verbands Deutscher Bureaubeamten zu Leipzig ist uns mitgeteilt, daß in Berlin ein „Zentralverein der Bureauangestellten“ besteht, welcher sozialdemokratische Tendenzen verfolgt und unter sozialdemokratischer Leitung steht. In der Stadt Braunschweig hat sich ein Zweigverein der genannten Berliner „Kampforganisation“ gebildet. Diesem Zweigverein, der sogenannten Mitgliedschaft des Zentralvereins, gehören bereits zwei bei hiesigen Anwältinnen, den Herren Jäpper und Kopp, in Stellung befindliche Bureauvorsteher an, und hat der „Vollstrecker“ mit den in der sozialdemokratischen Presse üblichen Phrasen die Hege gegen die „Altimbireine“, die bei den Chefs hirsieren gehen, gegen die auf konservativem Boden stehende Organisation, die gern mit den Chefs liebäugelt“ sowie gegen die Anwältinnen selbst begonnen.

Unter diesen Umständen warnen wir die Herren Kollegen, dem genannten Berliner Zentralverein angehörende Leute zu beschäftigen und geben anheim, den Leipziger Verband zu unterstützen, damit wir, soweit wir vermögen, die politische Agitation und die Verhöhnung der Behörden gegen die „Chefs“ aus unseren Geschäftszimmern fernhalten.

Braunschweig, den 22. April 1907.  
Der Vorstand der Anwaltskammer  
933 Senler.

Diese Herren „Rechtsvertreter“ machen also gegen das Koalitionsrecht mobil. Sie praktizieren ein Verfahren, das auch das Reichsgericht als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet hat. Das hört aber diese Herren Juristen nicht; da die

Anwaltsangestellten, die zu den am schlimmsten ausgebeuteten Arbeitern gehören, sich endlich zu regen beginnen, soll diese Regierung sofort im Reime eskalieren werden. Und die „Nationalen“ leisten willige Zutreibdienste dabei.

### Abzahlungsgeschäfte.

Die städtische Rechtsauskunftsstelle in Köln befaßt sich in ihrem Jahresbericht auch mit den Abzahlungsgeschäften. Die Leiter der Auskunftsstelle haben durch ihren Bericht mit den Rechtsfindenden die Ueberzeugung gewonnen, daß „nur wenige Abzahlungsgeschäfte auf wirklich reeller Grundlage beruhen.“ Ganz allgemein seien die Klagen über die schlechte Qualität der Möbel, über rücksichtslose Behandlung seitens der Verkäufer, die vielfach nicht rechtzeitig liefern und große und bedeutende Mängel an den gelieferten Waren trotz wiederholter Versprechungen niemals beseitigen lassen. Im Falle des Geschäftes nach einiger Zeit rückgängig wird, sei die Rechnung des Verkäufers über Abminderung der Sachen jedesmal sehr beträchtlich, und sie bleibe selten hinter dem Betrage der geleisteten Ratenzahlungen zurück. Es komme vor, daß der Schuldner ja freilich gezahlt hat und dann infolge einer Klage des Gläubigers wegen rückständiger Raten nicht nur sämtliche Sachen herausgeben muß und den gezahlten Teil des Kaufpreises verliert, sondern auch gezwungen ist, das Geschäft wegen der von diesem behaupteten Verminderung noch obendrein zu entschädigen. Diese Vorteile stützen sich auf das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte vom 16. Mai 1894. Man erkenne aus dem Gesagten, daß der gezielte Schutz des Käufers auf Abzahlung nur sehr geringen Wert hat.“ Das werde auch bewiesen durch die zahlreichen Klagen aus dem Abzahlungsgeschäft. Gemäß amtlicher Aufkunft würden bei dem Amtsgericht Köln allmonatlich 600 bis 700 solcher Klagen anhängig gemacht.

### Ritterchaftliche Schulhäuser.

„Ritterliche Schulplätze“ gibt es wohl noch in manchen Gegenden Deutschlands, namentlich in Ostpreußen. Ob aber irgendwo sonst allgemein so traurige Wohnungsverhältnisse herrschen als in der mecklenburgischen Ritterchaft ist zweifelhaft. Es gibt allerdings auch für sie gelegliche Bestimmungen; aber die sind dazu da, daß sie umgangen werden. Wer wollte auch wohl wagen, die allmächtigen Ritter zu kontrollieren? Nach einer gesetzlichen Verordnung vom Jahre 1821 soll jeder Schulort „eine abgeordnete, zu seinem freudartigen Zwecke dienende Schulstube nebst der erforderlichen Wohnung des Lehrers haben. Trotzdem findet sich in vier Schulorten überhaupt kein Schulhaus. Schon oft hat die Regierung verlangt, im Landtage die Bestimmung durchzuführen, daß jeder Schulort ein eigenes Schulhaus haben müsse, aber ohne Erfolg. Wo sollten denn in 194 Orten, d. i. 33 Proz., die Tagelöhner und Deputatisten bleiben, die mit dem Lehrer unter einem Dache wohnen, stellenweise gar Haus für Haus mit ihnen teilen? Rund 14 Proz. der Schulhäuser haben weiche Bedekung, Selbstverständlich findet man auch an einigen Orten ein gutes Haus mit ausreichenden Zimmern, Wohnungen mit 5, 6 oder 7 heizbaren Räumen. Aber 70 Proz. haben nur 3 bis 4, 95 (d. i. 10 Proz.) nur 2 und 7 sogar nur 1 Zimmer und einige Kammern. Mit den Nebenräumen ist es ähnlich. 282, d. i. 50 Proz., haben keinen Keller, 108 auch keine Speisekammer. Die Beschaffenheit der Räumlichkeiten spottet an vielen Orten jeder Kritik. „Mit Pflastersteinen gepflastert“, nicht tapeziert“, klein und niedrig mit winzigen Fenstern“, die bei ihrer teilweisen Beschaffenheit oft das Decken nicht mehr gestatten, „total verfallen“, „faustalt und ungesund!“ So oder ähnlich lauten die Klagen vieler Lehrer. Von einer Wohnung berichtet der Inhaber: „Da Schweine und Kühe unmittelbar an der Wohnstube liegen und die Jauche oft die Diele entlang treibt, so kann man nicht gerade behaupten, daß die Wohnung den hygienischen Anforderungen genügt.“ — Wie mit den Lehrerwohnungen, so ist es auch mit den Schulzimmern. Während man anderswo danach trachtet, die Schulräume zeit- und gesundheitsgemäß auszugestalten, damit der Schüler Sinn für das Schöne gewekt und gepflegt und das Schulzimmer ein Raum wird, in welchem die Schüler sich wohl fühlen konnten und sollten, haben die Ritter auch hier ihre eigenen eigentümlichen Gedanken und Ansichten. Mehr als die Hälfte der Schulzimmer ist niedriger als 3 Meter (bis 2 Meter), und in mehr als der Hälfte kommt auf das Kind ein Flächenraum von weniger als einem Quadratmeter (60 weniger als 1/2 Quadratmeter). In 176 Schulen ist der Fußboden aus Stein, Zement oder Asphalt. Undichte Türen und Fenster, schlechte Ventilations- und Lichtverhältnisse sind keine Seltenheiten. Aborte für die Schüler gibt es in einem Drittel familiärer Schulorte überhaupt nicht, getrennte für Knaben und Mädchen an sehr wenig Orten, Visitoirs für Knaben wohl überhaupt nicht. Daß die daraus resultierende Keimlichkeit auf die Sittlichkeit besonders förderlich einwirken könne, wird selbst ein mecklenburgischer Ritter wohl nicht behaupten wollen. Wann endlich wird der Retter kommen diesem Lande?

## Gerichts-Zeitung.

### Schweineereien im Schlächterbetriebe.

Was dem Publikum seitens eines gewissenlosen Fleischermeisters zuweilen geboten werden kann, zeigte in drastischer Weise eine Verhandlung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam. Wegen wesentlichen Vergehens gegen das Nahrungs-mittelgesetz vom 14. Mai 1879 mußte sich der jetzt zu Rirdorf, früher zu Charlottenburg wohnhafte Schlächtermeister, Friedrich Gustav Sachs verantworten. Der Angeklagte, welcher schon einmal wegen eines gleichen Vergehens verurteilt ist, betrieb in Charlottenburg eine Schlächtereier, in der geradezu haarsträubende Zustände herrschten, die in gesundheitlicher Hinsicht jeder Beschreibung spotteten. Am 30. Juli trat bei dem Angeklagten der Schlächtergehilfe Wächter ein. Schon am ersten Tage machte W. in der Werkstatt Entdeckungen, die bei ihm Erbrechen hervorriefen. Aus vollständig faulem Fleisch und sinkendem Rubenteer, die von Waden wimmelten, wurden „Knebelbrot“ fabriziert. Nach einigen Tagen konnte es W. in dem Geschäft des Angeklagten nicht mehr aushalten. Am 11. August begab sich W. zur Volkshausapotheke und nahm gleich als corpus delicti ein Stück Fleisch mit, welches vollständig verfault war und das von ihm zu Würstchen verarbeitet werden sollte. Die Erzählungen des Gefellen wurden anfänglich mit einigen Mißtrauen aufgenommen, da man zuerst an einen Racheakt glaubte. Als jedoch am nächsten Morgen in dem Geschäft des Sachs unvermutet eine Revision vorgenommen wurde, zeigte es sich, daß die Schilderung des W. noch viel zu harmlos war. Der Kreisarzt Dr. Jek. der sich in Begleitung eines Kriminalbeamten in das Geschäft des Angeklagten begeben hatte, fand dort Zustände vor, die bei ihm selbst Uebelkeit hervorriefen. In einem Vorrat lag das „Wurstmaterial“, völlig verfaulte Rubenteer, die einen veräuzlichen Gestank von sich gaben. Auf einem Hackloz lag fertig zubereitete Würstmasse, in der die fingerlangen Waden spazieren gingen. Noch schlimmer sah es in den übrigen Räumen aus. In einer Tonne befanden sich Schweineohren und Eideisen, die von Waden ebenfalls wimmelten; ferner wurde ein Posten Gänsepatel-Fleisch vorgefunden, das schon ganzlich schwarz angefaulen war und einen ekelregenden Gestank verbreitete. Nach Befragung des Schlächtergehilfen soll es häufig vorgekommen sein, daß große Mengen Waden durch den sogenannten „Fleischwolf“ getrieben wurden und dann in die Würstmasse kamen. — Wegen den gewissenlosen Nahrungsmittelherstellern wurde die vorliegende Anklage erhoben. Vor Gericht konnte er nicht zu seiner Entschuldigung vordringen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Die Straf-

Kammer ging jedoch noch über diesen Antrag hinaus. Das Urteil lautete deshalb auf ein Jahr Gefängnis, zugleich wurde der Angeklagte sofort im Gerichtsaal verhaftet.

**Dem Polizeikampf gegen die rote Schleife.**

Seit Jahr und Tag führt die Polizei von Lütgendortmund einen verzweifelten Kampf gegen die rote Stranzschleife bei Verdingungen. Trotz aller erlittenen Niederlagen nimmt sie den Kampf mit demwunderungswürdiger Ausdauer immer von neuem wieder auf. So hat nicht genug, daß die Dortmund Strafkammer als Berufungsinstanz gegen Schöffengerichtsurteile ausführt, Menschen, die an einer roten Schleife Anstoß nahmen, seien nicht normal, und auf nicht normale Menschen brauche man keine Rücksicht zu nehmen. Es hat auch nicht genügt, daß der höchste Gerichtshof diesem Standpunkte beigetreten ist und die Kranzträger bei der Verdingung der Borussia-Oxyer freigesprochen hat.

Als kürzlich wieder ein Bergmann auf Jeché „Druckstraße“ verunglückte und bei der Verdingung wiederum ein Kranz mit roter Schleife getragen wurde, konnte die Polizei ihrer Natur nicht widerstehen und abermals erfolgte Konfiskation der Schleife. Und wie üblich folgte für die Kranzträger ein Strafmandat. Auf beantragte gerichtliche Entscheidung hat aber jetzt schon das Schöffengericht auf Freisprechung erkannt, weil es sich bei diesen Verdingungen, wo Kranz mit roten Schleifen getragen würden, in Lütgendortmund um eine alte hergebrachte Sitte handle. Dagegen sei nichts zu machen.

Wie wird sich nun die Lütgendortmunder Polizei in Zukunft verhalten? Wird endlich die Staatsanwaltschaft gegen die Polizei einschreiten, weil deren Auftreten die Zeichenbezügelnisse zu ungewöhnlichen Stempeln und die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für ihre Einschreiten nicht nur auf dem Papier des Strafgesetzbuches steht, falls angenommen wird, die betreffenden Beamten müßten sich endlich der Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens bewußt sein, zum mindesten liege der dolus eventualis vor?

Der Raubfall auf den Geldwechsler Schmidt beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Aus der Untersuchung wurde der am 18. Februar 1887 zu Warschau geborene Arbeiter Georg von Dieckhoff vorgeführt, um sich wegen schweren Raubes und Bedrohung mit einem Verbrechen zu verantworten. Der jugendliche Angeklagte ist eines jener unglücklichen Opfer unserer sozialen Verhältnisse, die von trübester Jugend an auf sich selbst angewiesen sind und durch die mangelnde Fürsorge der Gesellschaft sowie durch das völlig verkehrte Strafsystem, das die Opfer der Gesellschaft für das Straftat, was die Gesellschaft an ihnen verbrochen, von Stufe zu Stufe gesunken, ja geradezu dem Verbrechen in die Arme getrieben ist. Die Mutter des Angeklagten starb bald nach seiner Geburt, während sich der Vater als Agent weit in den östlichen Ausland befand. Die ganze Erziehung lag in den Händen einer 54-jährigen Grobmutter, die den Angeklagten von früh an verwahrlosten ließ. Im Jahre 1899 kam D. nach Berlin zu einer Verwandten. Der auf sich selbst Angeordnete, der damals 12-jährige, verging sich wiederholt gegen das Strafgesetz. Von der Polizeibehörde wurde er schließlich in die Erziehungsanstalt in Bielefeld dort gebracht, wo er bis zu seiner Konfirmation verblieb. Bald darauf wurde D. das zweite Mal wegen Diebstahls bestraft und machte das erste Mal Bekanntschaft mit dem Gefängnis. Nach Verbüßung der Strafe ging der Angeklagte auf die „Walze“ und wurde in den verschiedensten Gegenden Deutschlands wegen Diebstahls, Vettelns, Landstreichens und Arbeitseigenen bestraft. Er kam dann wieder nach Berlin und wurde hier zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Bald darauf wurde er nochmals zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Diese Strafe hatte der Angeklagte im November vorigen Jahres verbüßt. Dann machte er, wie er vor Gericht behauptete, die Bekanntschaft eines gewissen „Wilhelm“. Angeblich hatte ihn dieser auch auf ein „dünftes Ding“ aufmerksam gemacht, welches nunmehr den Gegenstand der vorliegenden Anklage bildet.

Wie der Angeklagte behauptet, habe nun dieser „Wilhelm“ ihm mitgeteilt, daß in der Alten Jakobstraße ein Geldwechsler Schmidt wohne, dessen Beruf darin bestehe, daß er jeden Abend mit einem Posten Kleingeld die größeren Lokale aufsucht und hier die Redner gegen eine gewisse Gebühr mit Kleingeld versieht. In ihm sei der Plan gereift, den Geldwechsler zu überfallen und ihm die Geldtasche zu entreißen, nachdem ihm jener Unbekannte die Zeit mitgeteilt habe, um welche Schmidt abends seine geschäftlichen Gänge unternähme. — Am 18. Februar gegen neun Uhr abends hielt sich der Angeklagte auf der Bodentreppe des Hauses Alte Jakobstraße 197 verborgen, in welchem Schmidt im vierten Stockwerk wohnte. Als dieser seine Wohnung verließ, schlich sich D. hinter ihm her und stürzte sich plötzlich von hinten auf den Kleingeldhändler. Es entspann sich auf der Treppe ein wütender Kampf zwischen dem Angeklagten und dem 55-jährigen Schmidt, der damit endete, daß der freche Räuber mit der Geldtasche die Flucht ergriff. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen hin nahmen mehrere Personen, die sich in einer in demselben Hause befindlichen Schankwirtschaft befanden, die Verfolgung des Angeklagten auf. Als der Gastwirtsgehilfe Schäfer den Räuber beinahe erreicht hatte, zog dieser plötzlich einen Revolver hervor und drohte, seine Verfolger über den Haufen zu werfen. In dem Verfall der Angeklagten wurde später auf der Polizeiwache auch noch ein scharf geschliffener Dolch vorgefunden. — Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf schuldig des schweren Raubes und der Bedrohung. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre und sieben Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Jahre und einen Monat Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Ohne Erziehung, ohne Fürsorge als Kind — denn an Stelle einer Bildung der geistigen Fähigkeiten Anleitung zur Heuscherei und zu Verbrechen in einer sogenannten Zwangs-erziehungsanstalt, mehr als drei Jahre Gefängnis dem jungen Mann — das nennt die bürgerliche Gesellschaft Erfüllung der Fürsorgepflicht den jugendlichen gegenüber und zehrt über die Verberbertheit der Jugend, wenn ein so von der Gesellschaft zum Verbrechen vorgebildeter Verbrecher begeht! Der Zwanzigjährige erhält abermals drei Jahre Gefängnis und die Moral der Gesellschaft, die in erster Reihe auch an dem verübten Raube schuld trägt, wirft sich über den „Sünder“ in die Brust, der lediglich Werkzeug der gesellschaftlichen Einrichtungen war. Gerade solche traurigen Lebensschicksale jugendlicher zeigen, wie notwendig eine Umgestaltung der Gesellschaft ist, die ihren Mitgliedern und den Opfern ihrer Einrichtungen Besserung auf geistigem, moralischem oder sozialem Gebiete dazureichen weder bereit noch fähig ist.

Ein Urteil aufgehoben, dem die Gründe fehlen, weil — die Akten verloren gegangen sind. So entschied dieser Tage der II. Strafsenat des Reichsgerichtes. Das Landgericht Berlin II hatte bereits im Jahre 1905, am 8. Mai, eine Frau M. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie dem Schriftsteller Kirchbach für 150 M. Wäsche gestohlen haben soll. Erst nach einem Jahre wurde — weil die Akten verloren gegangen waren, der Urteilstenor aus den Akten der — Staatsanwaltschaft zusammengestellt. Auf Grund eines entdeckten Nebenprotokolls eines Justizanwärters wurde das Urteil am — 18. April 1907, nach zwei Jahren, der Beklagten zugestellt. Wahrscheinlich der Sicherheit wegen hatte inzwischen der Staatsanwalt abermals ein Strafverfahren eingeleitet, das aber nicht zu Ende wurde. Die Revision der Frau M. begründete Rechtsanwalt Leonhard Friedmann damit, daß das zugestellte Schriftstück gar kein Urteil sei und obendrein gar keine Beurteilungsgründe enthalte. Nach

seinem und dem Antrage des Rechtsanwalts wurde das Urteil aufgehoben.

Die Sache muß also noch einmal verhandelt werden. Wer bezahlt die Kosten jener Summelet?

**Aus der Frauenbewegung.**

**Frauen in der Gewerbeinspektion.** In einer vom Gewerkschaftskartell in Frankfurt a. M. einberufenen Versammlung gelangte folgende Resolution zur Annahme: 1. Das Kartell hält es für dringend wünschenswert, daß der Gewerbeinspektion für den Bezirk Wiesbaden eine weibliche Hilfskraft beigegeben wird und daß sich die Gewerbeinspektion mit den stämmigen Arbeitsverhältnissen hiesiger Gegend, namentlich in den chemischen Großbetrieben, genauer befaßt. 2. Das Kartell ersucht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, baldigst die Frage zu prüfen, ob nicht auf Grund der Kölner Kongreßbeschlüsse und aus Anlaß des dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurfes über die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages wieder eine umfassendere Aktion für besseren Heimarbeiterschutz überhaupt in die Wege zu leiten wäre.

**Frauenarbeit in den englischen Kohlenruben.** Das Komitee im Ausschusse für den Reichstag, um hohe Löhne zu erzielen und ein Leben voller Luxus führen zu können, teilt sich jetzt in englische Grubenbarone, indem sie versuchen, in gewissen Bergwerken um Edinburgh herum Frauenarbeit einzuführen, die wahrscheinlich noch billiger sein wird als die der Knaben, die bis jetzt mit der Arbeit des Kohlenfortierens beschäftigt waren.

**Wann erhalten die schwedischen Frauen das Wahlrecht?**

Im Frühjahr 1908 richtete der schwedische Reichstag das Ersuchen an die Regierung, Erhebungen über Einführung des Frauenwahlrechts zur zweiten Kammer vorzunehmen und danach dem Reichstag das Ergebnis samt den daraus folgenden Vorschlägen vorzulegen. Am 1. Mai hat ja der schwedische Reichstag vor vierzehn Tagen eine Wahlrechtsreform und Verfassungsreform beschlossen, die zwar das Männerwahlrecht zur zweiten Kammer abgemildert macht und das kommunale Wahlrecht verbessert, aber die Frauen gänzlich unberücksichtigt läßt. Die aufgeregten Frauen Schwedens lassen sich dadurch nicht abhalten, immer energischer ihre Anerkennung als gleichberechtigten Staatsbürger zu fordern.

Als kürzlich die Abgeordneten des Reichstagesgebäude betreten wollten, da wurde jedem von Frauen ein Zettel in die Hand gedrückt mit der Aufschrift: „Wann erhalten die Frauen ihr Wahlrecht?“

Hinter andern mag auch dies dazu beigetragen haben, daß der Staatsminister in der Reichstagsitzung am 22. Mai vor die Fragen gestellt wurde: wie weit die vom Reichstag verlangten Erhebungen über das politische Frauenwahlrecht gehen sollen, und ob der Reichstag im nächsten Jahre dem Ergebnis und den Vorschlägen über das Frauenwahlrecht entgegengehen könnte?

Die Antwort des Staatsministers auf die Interpellation war ziemlich nichtigend. Er erklärte, daß die intensive Arbeit während der Reichstagsferien die Entscheidung darüber, welche Vorschläge dem kommenden Reichstag gemacht werden sollten, unmöglich gemacht habe. Die Untersuchungen über die Frage seien räumlich im Gange.

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

**Berlin für die Interessen der Handangestellten.** Vereinsversammlung Donnerstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei M. Reich, Steglitzerstr. 35. Vortrag: H. Kubit: Die Berufsberatung der Handangestellten.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Dieb.**  
Mittwoch, Donnerstag, Freitag:  
**Der Dieb.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**MARCELL - SALZER - ABEND.**  
Morgen und folgende Tage, abends 8 1/2 Uhr: Marcell-Salzer-Abend.

**Lortzing-Theater.**  
Vollständiges Repertoire.  
Abends 8 Uhr:  
**Martha.**  
Abendmenschen gütlich!

**Lustspielhaus.**  
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:  
**Sufarenfieber.**

**Zentral-Theater.**  
Gesamtspektakel des Grand Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Das Mädchen aus dem Kaufhaus.

**Luisen-Theater.**  
Reichensbergerstr. 34.  
Dienstag: **Geschlossen.**  
Mittwoch:  
Donnerstag zum erstenmal:  
**Das Rätsel seiner Ehe**  
und folgende Tage.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**

**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
**Das Mai-Programm.**  
Der größte Erfolg der Saison!  
**Grete Gallus**  
**Mascha Dignam**  
**3 Clarus Brothers**  
14 Attraktionen 14.

**Ferdinand Bonn's**  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Sherlock Holmes**  
Mittwoch: Der Hund v. Vaslerovke.  
Donnerstag und Freitag: Sherlock Holmes.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Moloch.**  
Eine unvollendete Tragödie (3 Akte) von Friedrich Heibel. — Hierauf:  
**Der zerbrochene Krug.**  
Abends 8 1/2 Uhr: Moloch.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Ein Fallissement.**  
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:  
Moloch. — Der zerbrochene Krug.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Durch Dänemark und Südschweden.

**BOLOGNISCHER GARTEN.**  
Täglich nachm. 4 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demouquin und B. Weber.

**DERNHARD ROSE THEATER.**  
Gr. Frankfurterstr. 192  
Dienstag, den 28. Mai:  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Im Garten:  
**Der Hund des Goldes.**  
Gr. Aufführungsspektakel. Spezialitäten.  
Vogelprelle. — Abends 8 Uhr im Theater: Im Wausch des Lebens.  
Sonntagsprelle.  
Mittwoch: Diefelbe Vorstellung.

**Walhalla**  
Variété-Theater.  
Gr. Frankfurterstr. 192, Rosenl. 107  
Heute abends 8 Uhr:  
**Der grüne Tenschel.**  
Sensations-Variété.  
5 Jungmanns, Drahtseil.  
12 Spezialitäten 12  
Frei-Konzert.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Ein Fallissement.**  
Schausp. in 5 Akten von Hjortsmærke Björnson.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Monna Vanna.**  
Donnerstag abends 8 1/2 Uhr:  
**Ein Fallissement.**

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelms-Str. 10.  
Abends 8 Uhr: Am grünen Weg.  
Sommerprelle.

**WINTER GARTEN.**  
Letzte Vorstellungen des glänzenden Mai-Programms.  
**Prater-Theater.**  
Katharinen-Allee 7/8.  
Täglich:  
**Flotte Weiber**  
Spezialitäten.  
Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Neue Welt**  
Hannoversche 103-114.  
— Im Kongertgarten: —  
Täglich: Großes Konzert.  
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag:  
**Militär-Konzert.**  
Jeden Montag, Mittwoch, Freitag:  
**Theater-Orchester.**  
Anfang 10 1/2. Entree 10 Pf.  
Im Theatergarten:  
Täglich: Großes Konzert  
des Neue Welt-Orchesters und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang 10 1/2. Entree 10 Pf.  
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

**Polologlow - Zigaretten**  
sind in Geschmack und Qualität unerreicht!  
**Das Stück 3 bis 10 Pfennige**  
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

**Metropol-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze. Rauchen überall gestattet.

**Apollo Theater.**  
Ganz Berlin lacht über **Hartstein** und seine Quirle:  
**Der lustige Witwer.**  
1. Bild: Das letzte Mal.  
2. Bild: Die Folgen davon.  
Vorher 8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten u. Merians Hunde-Bauerntheater.

**Gebr. Herrnfeld-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Bordert 11-12 Uhr.  
57 Kommandantenstraße 57.  
Schluß der Spielsaison:  
**Freitag, 31. Mai.**  
Es lebe das Nachtleben!

**Es lebe das Nachtleben!**  
Eine Separé-Etage mit den Auslären Anton und Danni Herrnfeld in den Hauptrollen.  
Vorher:  
**Die Welt geht unter!**

**Fröbels Allerlei-Theater.**  
Schönhauser Allee 148 und Katharinen-Allee 97/99.  
Heute sowie täglich:  
Das erste große Matroprogramm  
15 durchweg brillante 15  
Aufführungen.  
Im **Genießet das Leben.**  
Neu! Die Hochzeitsreise.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
11 1/2 Kommandantenstr. den 1. Juni:  
Erstes großes Kinderfest.

**Volksgarten-Theater.**  
Bad-Dammstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Berliner-Auenstr. 10.  
**Das Bild der Mutter**  
oder Berliner Zimmerleute.  
Vollständig mit Gesang in 3 Akten.  
Hierzu:  
Das neue **Riesen-Spezialitäten-Programm.**  
Volkshelmsungen. X Großer Ball.

**Ostbahn-Park.**  
Am Klärsteinplatz, Rüdigerstraße 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert**  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Kaffeekaffee-Ordnung und Restaurant.  
**Militär-Konzert.**



Am Mittwoch, den 29. Mai, abends von 7 Uhr an, findet in Groß-Berlin

# Flugblattverbreitung

## von den bekanntesten Stellen aus statt.

Näheres am Mittwoch morgen.

Der Zentralvorstand.

### Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalfest!** In Reinickendorf-West steht uns das Lokal „Eichhornstraße“, Joh. R. Kreuz, Eichhornstr. 60, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

**2. Wahlkreis.** Heute, Dienstag, 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Bühlke, Dennewitzstr. 13, eine Volksversammlung statt, in welcher der Abgeordnete des Kreises, Genosse Richard Fischer, über: „Die verfloßene Reichstagsperiode“ sprechen wird. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Wahlkreis 5.** Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Alten Schützenhause“, Linienstraße 5, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Robert Schmidt referiert über das Thema „Agrarisch-liberales Regierungsprogramm“. Außerdem stehen Partei- und Vereinsangelegenheiten auf der Tagesordnung. Pünktliches und allseitiges Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.

**Charlottenburg.** Am Dienstag, den 28. Mai, findet im „Vollshaus“ die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Außer mit verschiedenen Vereinsangelegenheiten wird sich die Versammlung auch mit den jüngst in der Stadtverordnetenversammlung stattgehabten Debatten über den Ausbau der Müllfahrleite beschäftigen. Wir ersuchen darum um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Am Mittwoch, den 29. Mai, abends, findet eine Flugblattverbreitung statt und wir bitten die Genossen, sich zahlreich und zeitig in den bestimmten Lokalen einzufinden.

**Schöneberg.** Heute, Dienstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, findet die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei E. Obst, Weiningerstr. 8, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag: „Hat der Liberalismus in Deutschland eine Zukunft?“ Referent: Genosse Ed. Bernstein. 2. Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Johannisthal.** Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Trautmann, Friedrichstr. 60, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorstände. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung am 16. Juni. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
Der Vorstand.

**Friedrichsfelde.** Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Bausdorf, Berlinerstr. 18, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Baage über „Die Entfesselung des Menschen“. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Spandau.** Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins im „Schweizergarten“, Lindenstraße, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Referat des Genossen Straffer. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**Wilmersdorf-Neuköln.** Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 29. Mai, ein Extra-Jahlabend für die oben genannten Orte stattfindet. Es ist dringende Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**Konow.** Am heutigen Dienstag findet im Großkurischen „Feldschlösschen“, Berlinerstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Albrecht Hülle über „Die positiven Leistungen der Sozialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

Morgen, Mittwoch, 7 Uhr abends, von den Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung. Ausgabe der Flugblätter an die Bezirksführer heute abend bei Großkur. Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

**Vorsitzende.** Zu dem am Dienstag, den 28. Mai, bei Reuter stattfindenden Disputierabend werden die Genossen ersucht, vollzählig zu erscheinen. Als Fortsetzung des Inklus-Vortrages über das Parteiprogramm hält Genosse Quade einen Vortrag über: „Wahlrecht und Gesetzgebung“.  
Der Vorstand.

**Tegel.** Heute abend 8 1/2 Uhr findet beim Genossen Göh, Schloßstr. 7/8, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

**Die Verkehrsgemeinschaft für Groß-Berlin.** Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Richter fand gestern im Rathaus unter Einwirkung von Vertretern der 22 Vororte Berlins und von Vertretern des Areifes Teltow die Beratung des von einer Kommission ausgearbeiteten Statutenentwurfes für eine Verkehrsgemeinschaft von Groß-Berlin statt. Das Statut wurde vorbehaltlich einiger redaktioneller Änderungen und der Vorberatung einiger technischer Fragen innerhalb der bestehenden Kommission von den Vertretern Groß-Berlins einstimmig angenommen.

Der Nord-Mayor von London trifft in Begleitung von 53 Herren am Abend des 16. Juni d. J. zum Besuch der Reichshauptstadt hier ein und gedenkt am Abend des 20. Juni Berlin wieder zu verlassen. Der Magistrat hat beschlossen, die Herren während ihres hiesigen Aufenthaltes als Gäste der Stadt zu betrachten. Vorgesehen ist ein festlicher Empfang im Rathaus, ein Sommerfest im Zoologischen Garten, die Beschäftigung städtischer Anstalten usw. Der Stadtverordnetenversammlung wird wegen der Bildung eines Festkomitees, bestehend aus 10 Magistratsmitgliedern und 20 Stadtverordneten und wegen der Bewilligung von rund 40 000 M. eine besondere Vorlage zugehen.

Ein Vermächtnis in Höhe von 500 000 Mark ist der Stadt Berlin angefallen. Der Rentier Sigismund Samuel hat in seinem Testament bestimmt, daß aus seinem Nachlaß der Stadt die Summe von 500 000 M. in mündelsicheren Effekten oder solchen Hypotheken zuzufallen soll zum Zweck der Begründung einer „Sigismund-Sammel-Stiftung“. Die Finsen dieses Vermächtnisses sollen zur Unterstützung von Armen ohne Unterscheid der Konfession benutzt werden. Der hochberühmte Gelehrte hat bestimmt, daß zu Lebzeiten einer von ihm benannten Dame diese die Finsen allein erhält. Die Stiftung kann also erst nach dem Tode dieser Dame ins Leben treten. Bewerbungen um Verzichtsbefreiung sind danach vorläufig hoffnungslos. Der Magistrat hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, das Vermächtnis anzunehmen.

Ein Händler aus der Berliner Zentralmarkthalle ist wegen Verkaufes von sogenannten „Eisgängen“ anstatt der verlangten „frischen“ Säfte vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe wegen Betruges verurteilt worden.

Der Stadtverordnete Wallach ist am Sonnabend gestorben. In Wallach verlieren die Haus- und Grundbesitzer einen ihrer energiegeltesten Vertreter. Ein guter Kenner des städtischen Etats, prägte er denselben stets mit der Brille des Hausagrariers. Brachte der Magistrat eine Vorlage ein, so sah sie Wallach in erster Linie daraufhin an: Welchen Nutzen haben davon die Haus- und Grundbesitzer? Auch bei der Beratung der wieder einem Ausbruch überwiegenen Wertzuwachssteuer vorlage machte er alle Anstrengungen, um die Wirkung auf Haus- und Grundbesitzer zu beschränken. So sehr Wallach für die Interessen der Haus- und Grundbesitzer eintrat, so entschieden bekämpfte er Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter. Eins aber muß anerkannt werden: Herr Wallach machte aus seinem Herzen keine Würdegrube; er brachte seine reaktionären Anschauungen in den Kommissionen und im Plenum der Stadtverordnetenversammlung mit einer Offenheit zum Ausdruck, daß man genau wußte, mit wem man es zu tun hatte. Für diese manchmal etwas plumpe Offenheit möchten auch wir unserm verstorbenen Gegner die Anerkennung nicht verweigern.

Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Walter Dietze ist gestern mittag an einem Lungen Schlag plötzlich gestorben. Am 1. April 1898 übernahm Dietze als Nachfolger des Grafen Büdler die Leitung der Kriminalpolizei. Jene Reformen auf seinem Gebiete hat der Verstorbene nicht veranlaßt.

#### Auf dem Omnibus.

Die Große Berliner veränderte Pfingstsonnabend den reiselustigen Berlinern, daß sie einen Ausflugsverkehr mit Motoromnibussen eingerichtet habe. Die Verkehre war ohnehin nur auf einige bestimmte Touren beschränkt, von denen eine bereits aufgehoben, eine andere wieder geändert werden mußte.

Ein Leser unseres Blattes, der sich einem solchen Omnibus für den Ausflugsverkehr am Sonntag anvertraute, schreibt uns über seine Fahrt: Ich hatte Gelegenheit, dieses neue Verkehrsmittel der „Großen Berliner“ kennen zu lernen, das den Rollendampf mit Diesel-Trommeln verbindet. Nichts Böses abend, legte ich mich mit meinen Angehörigen — zwei Damen — in Dunkel-Trommeln auf das Verdeck dieses Behältnisses. Das Wetter war schön und es schien eine nette Fahrt werden zu sollen. Aber nach der ersten Biegung auf der Weißhofscher Chaussee nach Hundeshöhe zu wurden wir, die wir auf der rechten Seite des Verdeckes saßen, böse mitgenommen. Obwohl wir uns durch Wäden nach Möglichkeit zu schützen suchten, wurden wir von den Zweigen der an der Seite stehenden Bäume derartig gepeitscht, daß wir nicht nur kräftige Waden- und Kopfstreiche erhielten, sondern daß auch die Hüfte der Damen stark komprimiert und die Freitüren nahezu aufgelöst wurden. Selbstverständlich ertrugen die Ausflügler die unvorhergesehenen Prügel mit bestem Humor, aber es scheint mir doch am Plage, daß diesem Uebelstand abgeholfen wird. Vielleicht genügt es, wenn man die eine Seite des Verdeckes absperrt, denn die teilweise, insbesondere direkt bei Hundeshöhe sehr dicken Äste können über Gesichtskammern hinaus sehr leicht einen Fahrgast an die Augen anschlagen oder sonst ernstlich verletzen. Bemerkenswert ist auch die gefährliche Unannehmlichkeit durchaus nicht, wie es von einem mitfahrenden Herrn behauptet wurde, an der Ungeklärtheit des betreffenden Führers lag. Es ist bei dem starken entgegenkommenden Verkehr dem Führer durchaus unmöglich, mehr in der Mitte zu fahren und es wäre eine gewissenlose Gefährdung der unwillkürlichen Fahrgäste, wenn nach dieser Richtung nicht baldigst Abhilfe geschaffen würde. Man sollte nicht abwarten, bis eine schwere Verletzung erfolgt ist.

**Berliner Gastwirte und Laubkolonisten.** In einer Denkschrift des Verbandes der Gast- und Schankwirte für Berlin und Umgebung an den Polizeipräsidenten von Berlin wendet sich der Verbandshandlung gegen die Laubkolonisten. Es wird verlangt, durch eine verstärkte polizeiliche Kontrolle den Winkelschank in den Laubkolonien ein Ende zu machen, „wenn es überhaupt nicht angängig sei, die mehr Schaden als Nutzen stiftenden Kolonien für den Verleger ganz zu schließen“. Gegen dieses Verlangen wenden sich mit aller Entschiedenheit die Laubkolonisten. Sie erklären, daß Winkelschankstätten, deren Zahl übrigens minimal sei, von ihnen selbst bekämpft würden, daß sie auch Gegner von Bestimmungen in den Pachtverträgen seien, nach denen Pächter von bestimmten Gastwirten Getränke beziehen müssen, daß man aber deshalb nicht das Kind mit dem Bade ausschütten dürfe und ein Verbot der Laubkolonien aus solchen Gründen herausfordern könne. Viele Laubkolonisten haben sich in Protestresolutionen gegen die in der angeführten Denkschrift niedergelegte Forderung ausgesprochen.

**Unglücksfall im Passagiertheater.** Während der Sonnabendvorstellung verunglückten im Passagiertheater zwei Mitglieder der „Clarus-Prothiers-Truppe“. Einer der Künstler, der auf einer Kugel laufend einen zweiten auf einer Stange balanciert, wurde plötzlich schwindlig, glitt von der Kugel und stürzte zu Erde, wobei ihm die Stange durch den Leib drang. Der von ihm auf der Stange Balancierte verwickelte sich mit dem Fuß in einer Sacklinge, in der er hing, und stürzte herab. Er kam mit Hautabrisseungen davon, während der andere, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurde.

**Am Haus hinausgeschleudert und abgestürzt.** In der vorgestrigen Nacht war der Arbeiter Paul Hoff, Veltmannstr. 93, spät heimgekehrt und als er in das Haus eintreten wollte, mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß er keinen Hauschlüssel bei sich hatte. Ohne weiteres entschloß er sich nun, an der nach dem Dache zu führenden Rinne bis zu seiner in der dritten Etage belegenen Wohnung hinaufzuklettern. Er gelangte auch glücklich bis unter das Fenster seines Wohnzimmers. In dem Moment, als er nach dem Feuerbrett hinübergreifen wollte, brach die Rinne plötzlich entzwei. A. verlor jetzt jeden Halt und stürzte samt der Rinne auf die Straße hinab. Einige Zeit später fanden ihn vorüberkommende Passanten auf und brachten ihn in betäubtem Zustand in das Lazarus-Krankenhaus. A. hatte einen komplizierten Schädelbruch sowie schwere innere Verletzungen davongetragen und liegt sehr bedenklich dautieder.

**Das Auto.** Ein schwerer Automobilunfall hat sich Sonntagnachmittag am Kurfürstendamm zugetragen. Der 21jährige Kaufmann Fritz Vogt, Schillerstr. 22 wohnhaft, war im Begriff gewesen, an der Ecke der Kurfürstendamm den Fahrdamm zu überschreiten, als er zwischen zwei Logamiedroschfen geriet. Kaum war er

zwischen den beiden Führerwerken hindurchgeschlüpft, so drohte ihm jetzt weit größere Gefahr durch ein heranlaufendes Droschfenautomobil. Ehe er sich noch durch einen Seitensprung in Sicherheit zu bringen vermochte, hatte ihn das Bordteil des Autos niedergeworfen und so festig gegen die Vorderachse geschleudert, daß er bewußtlos liegen blieb. Auf der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo der Verunglückte hingebbracht wurde, stellte der Arzt eine schwere Gehirnerschütterung fest. Außerdem waren dem Schwerverletzten die Zähne sämtlich zerschmettert und die Nase fortgerissen worden. In hoffnungslosem Zustande wurde A. in das Krankenhaus Westend gebracht. — Unter tragischen Begleitumständen hat Sonntagabend die 23jährige Elise Kalnisch den Tod gefunden. In einem Straßenbahnwagen war sie nach der Dreifaltigkeitstraße in der Kanonierstraße gefahren, um dort der Malenandacht beizuwohnen. Mit dem Gesangbuch in der Hand verließ sie an der Haltestelle gegenüber der Kirche den Straßenbahnwagen und überschritt hierauf den Fahrdamm, um auf den jenseitigen Bürgersteig zu gelangen. Wenige Schritte vor der Kirchentür überhörte sie das Signal eines heranfahrenden Droschfenautomobils, wurde infolge dessen umgerissen und unter die Räder geschleudert. Der Chauffeur hielt zwar sofort an, er konnte jedoch nicht mehr verhindern, daß die Vorderräder über die Behauernswerte hinweggingen. Die Verunglückte erlitt einen Schädelbruch sowie eine Lungenverletzung und wurde nach der nahen Rettungswache in der Mauerstraße getragen. Der Arzt konnte aber nur noch den Tod feststellen. Ein Zettel, der in dem Gesangbuch der auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Kalnisch vorgefunden wurde, enthielt die Mitteilung, daß sie schwerhörig sei.

Bei dem Pokerspiel, das Sonntagvormittag auf dem Terrain der Karlshorster Hindernisbahn zwischen dem Berliner und Hamburger Pokersklub stattfand, verursachte ein folgenschwerer Sturz des auf der Berliner Seite spielenden Direktors des kaiserlichen Automobillklubs H. Hasperg einen vorzeitigen Abbruch des Kampfes. Herr Hasperg hatte beim Abblenden der zweiten Runde den Ball verfehlt, rief seinen Pokers „Photografen“ herum und wurde im selben Augenblick von dem Pferde des Herrn Hof-Damburg überannt. Herr Hasperg fiel von seinem Poney herunter und stürzte hierbei so unglücklich, daß er sich einen doppelten Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung zuzog. Nach Anlegung von Notverbanden wurde der Verunglückte nach dem hiesigen Urban-Krankenhaus gebracht.

Eine jugendliche Selbstmörderin ist am Bahnhof Jungfernheide aus der Spree gefolgt worden. Die Lebensmüde dürfte etwa 18 Jahre alt gewesen sein und der Ableidung nach zu urteilen hat sie den besseren Ständen angehört. Um den Hals trug sie eine goldene Kette und die an den Ohren angebrachten goldenen Ringe waren mit roten Steinen besetzt. Die Leiche hat bereits mehrere Tage im Wasser gelegen. Sie wurde zur Rekonozierung in das Schauhaus eingeliefert.

Die Ruhe im Grabe. Einen Antrag auf Ausgrabung der Leiche seiner Frau hat der Restaurateur L. aus der Reinickendorferstraße bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I gestellt. Es besteht die Vermutung, daß an ihrer Stelle eine andere Frau beerdigt worden ist. Die Angelegenheit beschäftigt bereits die Behörden und das Virchow-Krankenhaus. Dort ist Frau L. am 25. April gestorben. Sie litt an Interleukädie und wurde am 25. März dieses Jahres nach dem Pavillon 37 des Virchow-Krankenhauses gebracht. Der Chemiker behauptet, angeblich zu haben, daß seine Frau nicht ohne seine Genehmigung operiert wurde. Sie ist trotzdem operiert worden. Erst aus dem Totenschein erfährt L. diese Tatsache, die im Krankenhaus nicht bestritten wurde. Der Schein gab als Todesursache Herzschwäche infolge einer Operation an. L. ließ seine Frau am 29. April auf dem neuen Kagarerfriedhofe in Reinickendorf West beerdigen. Kurz vor der Trauerfeier in der Halle sahen die Eltern und die Geschwister der Verstorbenen, die nur 23 Jahre alt geworden war, die Leiche noch einmal. Bei diesem schließlichen Anblick stießen dem Vater Bedenken auf: die tote könne seine Tochter nicht sein, da sie viel älter aussehe. In der Aufregung legte man dieser Äußerung kein Gewicht bei. L. hatte längst alle Kosten bezahlt, als er am 8. Mai von der städtischen Armenverwaltung eine Rechnung bekam, die ihn sofort an das Bedenken seines Schwiegervaters erinnerte. Sie lautete auf 8,50 M. für einen Sarg, 1,25 M. für den Beisatz, 1,75 M. für den Armenleichenwagen, 0,85 M. für ein Hemd und 0,50 M. für eine Jacke. Hiernach wäre Frau L. als „arm“ auf dem städtischen Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde beerdigt worden. Ob die Leichen verwechselt worden sind oder ob nur ein Irrtum in den „Papieren“ vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Vernehmungen haben bereits stattgefunden.

Bei einer Explosion schwer verbrannt wurde gestern nachmittag die 24jährige Näherin Therese Wisored, Holmannstr. 8. Das junge Mädchen hatte in der Wohnung der Wirtsleute auf einem Spirituskocher Kaffee zubereiten wollen und unvorsichtigerweise Spiritus auf den Apparat geschüttet, obwohl dieser noch brannte. Es erfolgte sofort eine heftige Explosion und die brennende Flüssigkeit ergoß sich über die W. hinweg. In wenigen Sekunden stand die Ableidung der Unglücklichen in hellen Flammen. Auch die Haare wurden von dem Feuer ergriffen. Hülfsfreiend rannte die Brennende in der Wohnung umher, und hinzueilenden Nachbarn gelang es schließlich durch Ueberwerfen von Tüchern, die Flammen zu ersticken. Die W. hatte am ganzen Körper und im Gesicht fürchtbare Brandwunden erlitten. In äußerst bedenklichem Zustande wurde sie in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Aus einem Autodreirad herabgeschleudert und schwer verletzt wurde am Sonntagnachmittag eine Frau Tolsdorf, Nehmarnstraße 20 wohnhaft. Die Dame hatte mit ihrem Gatten in einem Autodreirad am gestrigen Nachmittag einen Ausflug nach Tegel unternommen. Als sich das keine Gefährt in der Berlinerstraße zwischen dem Straßgefängnis und der Gasonstalt gegen 5 Uhr nachmittags befand, wollte der Führer desselben einem ihm entgegenkommenden Radfahrer ausweichen. Dabei schlenderte das Auto und die in einem seitlich des Dreirades angebrachten Korbes sitzende Frau T. stürzte heraus und fiel so unglücklich, daß sie mit dem linken Bein unter den Schuttrahmen eines gerade vorüberfahrenden Anhängerwagens der Straßenbahnlinie 26 geriet. Die Unfallhabende wurde hervorgezogen und nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo ein komplizierter Bruch des linken Unterarmes festgestellt wurde.

Jugendgefahr. Diejenigen Personen, welche am 17. Mai, abends 11 1/2 Uhr, Zeugen waren, als der Farmer Louis Adam vor dem Hause Wienerstr. 10 von einer Kraftdroschke überfahren wurde,

daß nach einigen Stunden der Tod eintrat, werden dringend gebeten, ihre Adresse an Witwe Anna Adam, Wiesenstr. 10, abzugeben.

**Selbstmord eines Studenten.** In seiner Wohnung in der Herzstr. 5 Selbstmord verübt hat vorgestern abend der 23jährige Student Hül. Krapp, der sich gegen 11 Uhr eine Revolverkugel in die Schläfe jagte. Anscheinend hat der junge Mann die Tat in einem Anfall von nervöser Heberreiztheit begangen. Kr., der aus Dpreußen gebürtig und eifriges war, sollte in Kürze sein Examen machen und hatte sich infolgedessen überarbeitet. Dazu mag auch die Furcht vor dem Ausgang der Prüfung gekommen sein, infolgedessen der Student schon seit geraumer Zeit sehr aufgeregter war. Die Leiche des Lebendmüden wurde nach dem Schauhause übergeführt.

### Sport.

**Kadrennen zu Spandau.** Sonntag, 20. Mai. Die verregneten Pfingstrennen konnten namentlich bei gutem Wetter und zahlreichem Besuch, den zum größten Teil die Berliner bildeten, zum Austrag kommen. Das Hauptinteresse vereinigte sich in dem großen Einweihungspreis, einem Stundenrennen hinter großen Motoren und mit Varpreisen von 2500, 1800, 1500, 1200 M. Befritten wurde dasselbe von dem Amerikaner Nat Butler, dem Franzosen Darragon und den Berlinern Demke und Stellbrink. Das Rennen lieferte den Beweis, daß die Bahn gut angelegt ist und große Geschwindigkeiten zuläßt; denn die besten Berliner Zeiten wurden von 40 Kilometer an überboten. Sieger war Butler mit 88,300 Kilometer vor Stellbrink (87,240 Kilometer), Darragon (76,140 Kilometer) und Demke (71,430 Kilometer).

Die Fliegerrennen verliefen gleichfalls sehr interessant. Das Hauptfahren über 1000 Meter (120, 80, 50, 30 M.) gewann Teile vor Stabe, Rubela und Peter. Das Prämiensfahren über 500 Meter (30, 20, 10 M.) vereinigte 10 Fahrer. Erster wurde Teichner vor Tadelwald und Genz. Kundenprämien a 5 M. sicherten sich Rabe, Ergler, Teichner, Tadelwald und Genz. Vorgabefahren (1000 Meter, 75, 50, 25, 15, 10 M.) 1. Teile vor Rabe und Eddy. Tandem-Hauptfahren (1500 Meter, 100, 50, 30, 20 M.) 1. Rubela-Peter vor Tadelwald-Teichner, Teile-Eddy und Rabe-Kelbel.

**Sportpark Treptow.** Der „Rudeltopp“ hatte mit seiner Veranstaltung wieder einmal ein volles Haus. Das Stundenrennen (3000 M. an Preisen), die Hauptnummer des Programms, erwies sich durch die Teilnahme von Wanderlust, Przgrembel und Rosenlöcher als ein gutes Zugmittel, das sportliche Kämpfe erwarten ließ. Leider war der Dreddener Rosenlöcher durch den in Plauen erlittenen Sturz seines bewährten Schrittmachers Gehlich behindert und er selbst war an der vollen Entfaltung seiner Kräfte gehindert. So kämpfte das Rennen zu einem Zweikampf Wanderlust-Przgrembel zusammen, das sicherlich einen noch spannenderen Verlauf genommen hätte, wenn dem Berliner nicht sein altes Pech passiert wäre, daß sein Motor versagte. Obgleich Erich zur Stelle, blüht Przgrembel drei Runden ein, ehe sein Motor ihn wieder aufnimmt, und nun bleibt das Rennen eine Verfolgung Wanderlusts auf Przgrembel. Des öfteren ist der Belgier in bedrohlicher Nähe. Aber alle Angriffe werden abgewiesen und kann gegen den Schluß der Berliner noch etwas Boden zurückgewinnen. Rosenlöcher kam schließlich in Betracht und fuhr e eine Zeitlang ohne Führung, bis er zum Schluß wieder in das Rennen eingriff. Das Ergebnis war: 1. Wanderlust (Hyper) 72,380 Kilometer; 2. Przgrembel (Berlin) 71,135 Kilometer; 3. Rosenlöcher (Dresden) 68,880 Kilometer. — Die Fliegerrennen wiesen fast besetzte Felder auf und gab es schöne sportliche Kämpfe; besonders das Tandem-Prämiensfahren fiel durch die erfolgreichen Kuderisversuche der Paare Kottinid-Vogel und Moretto-Müller auf, welche die ersten Plätze belegten und alle Prämien einheimsten. Im Handicap belegte Rubel (50 Meter Vorgabe) den ersten Platz vor Rabe (20), Bied (30) und Schröder (70). Das Prämiensfahren für Klasse III sah Bied als Sieger vor Teile, Nord und Schröder. Leider ereignete sich auch noch ein tödlicher Sturz; der Fahrer Hoffmann kam zu Falle und zog sich einen Bruch des Schlüsselbeines zu.

**Wesvert** wird der östliche Fahrdamm der Schönhauser Allee von der Danzigerstraße bis jetzt 40 Meter hinter der Ringbahn behufs Legung einer Gasrohrleitung vom 27. dieses Monats ab.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 29. Mai, abends 7/8 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Bernh. Jürgens in der Sankt Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fel. Feinig (Fagott), Hl. Eba Reinhold (Klarinette) und Herrn Schmidt (Violine). Duette mit oblig. Violine von Vach, Orgelkompositionen von Bugelude, Jof. Menner jun. und Reget. Der Eintritt ist frei!

**Feuerwehrbericht.** In der letzten Nacht gegen 12 Uhr stand in der Lachmannstr. 2, nahe Rigdorf, das Dach des vierstöckigen Vorderhauses mit dem Seitenflügel, Bodenverklagen und deren Inhalt an Handrät, Brennmaterialien usw. in Flammen. Das Feuer wurde erst bemerkt, als die Flammen aus dem Dache emporloberten. Der 11. und der 8. Zug waren bald zur Stelle. Wegen der großen Verqualung wurde aber eine mechanische Leiter vorgegangen und das Dach an mehreren Stellen eingeklopft. Durch kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfstrahlen gelang es nach mehrstündiger Tätigkeit, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Die Entstehung des Feuers konnte nicht mehr angeklärt werden. Der Schaden ist bedeutend. Einzelne Mieter sind nicht verschont.

Einen sehr gefährlichen Brand hatte die 3. Kompanie in der Potsdamerstr. 52 zu löschen. Dort hatten die Flammen Benzin, Petroleum, Spiritus und anderes erfaßt. Um sie zu löschen bedurfte es kräftiger Wassergaben und längerer Hochtätigkeit. Auch hier ist der Schaden beträchtlich und trifft hauptsächlich die Drogerie „Optima“ von E. Schmidt. Durch Unvorsichtigkeit kam gestern im Laden von E. Sadows, Goldenerbergstr. 4, Feuer aus. Dort brannten eine Filmdose, Zische und Fenster usw. Um ein Schwelchen aus einer Kassage zu befreien, wurde von dem 11. Zuge eine große mechanische Leiter nach der Wäldstr. 68 entsandt. Die Schwalbe wurde unter dem Dachgesims hervorgeholt und in Freiheit gesetzt. Gestern abend um 10 Uhr kam in der Palladestr. 43 in einer Bildhauerlei Feuer aus, das auf seinen Heerd bedacht werden konnte. Fast gleichzeitig brannten am Nordhafen 5 Wähe, Körbe, Strohsack und anderes. In der Memelerstr. 55 war in einer Kellerwohnung Feuer ausgebrochen. Verhohlen brannten in der Poststr. 3a, Panstr. 21a und auf Götterdöbchen. Produzenten, Lumpen usw. wurden in der Rappinerstr. 4 ein Raub der Flammen. Im zweiten Stock des Hauses Mariannenstr. 2 war Feuer ausgebrochen und hatte eine Babale, ein Alkoffet usw. ergriffen. Petroleum brannte in der Putschstr. 4. Ferner wurde die Wähe nach der Bergstr. 29, dem alten Sophienkirchhof, Elisabethstr. 11, Palladestr. 68, Lausitzerstr. 7 und anderen Stellen alarmiert.

## Vorort-Nachrichten.

### Gefährdung des Versammlungsrechtes.

In Baumschulenweg hat der Amtsvorsteher gemäß die Abhaltung einer Versammlung verboten. Dann hat in einer anderen Versammlung der überwachende Polizeibeamte Vorschriften machen wollen, worüber gesprochen werden dürfte. Als sein Verlangen zurückgewiesen wurde, hat er die Versammlung aufgelöst. Ueber die Vorgänge erhalten wir folgenden Bericht:

Am letzten Sonntag, den 20. d. M., hatte der Berliner Verein der Lehrlinge und jugendliche Arbeiter nach dem Speersäulenlokale in Baumschulenweg eine „öffentliche Versammlung für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter“ einberufen, in welcher Genosse Maschle referieren sollte. Anmeldung war erfolgt und Versammlung erteilt, als plötzlich am Freitagabend der Einberufer folgendes Schreiben des Treptower Amtsvorstehers erhielt:

„Die von Ihnen zum 20. d. M. einberufenen öffentliche Versammlung für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter wird hiermit untersagt.“

„Ich ziehe demzufolge die bereits erteilte Anmeldebefreiung hiermit zurück.“

Es wurde daraufhin sofort eine andere öffentliche Volksversammlung nach demselben Lokal einberufen mit dem Thema: „Die Polizei in Preußen-Deutschland“. Der Referent Genosse Julian Worchardt-Treptow führte etwa folgendes aus: Seit 80 Jahren ist in der Reichsverfassung eine Regelung des Versammlungsrechtes verprochen und erst jetzt hat der Reichskanzler gesagt, daß er an die Erfüllung dieses Versprechens — denken wolle! Inzwischen sind wir immer noch an die preussischen Gesetze gebunden. Innerhalb ließe sich auch damit leben, wenn nur die Ausführung danach wäre. In der preussischen Verfassung, dem Grundgesetz, das allen anderen preussischen Gesetzen vorgehen soll, steht (in Artikel 29 und 30), daß alle Preußen das Recht haben, sich in geschlossenen Räumen ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis zu versammeln, und daß die Ausübung dieses Rechtes nur durch ein Gesetz geregelt werden dürfe. Der letztere Satz entzieht ausdrücklich der Polizei und allen sonstigen Behörden das Recht, durch Verordnungen in das Versammlungsrecht einzugreifen. Diesen Grundfäden der Verfassung widerspreche scharfstrafbar das Verbot des Amtsvorstehers. Die Behörde hat keine Versammlung zu erlauben, mithin auch keine zu verbieten, zumal auch das Vereinsgesetz nirgends eine Handhabe dazu bietet. Das haben alle zuständigen Gerichte, das Kammergericht, Oberverwaltungsgericht, Reichsgericht, längst und zu wiederholten Malen entschieden. Selbst wenn in einer Versammlung mit Sicherheit strafbare Handlungen zu erwarten seien, kann die Behörde — laut übereinstimmender Rechtsprechung der drei genannten Gerichte — die Versammlung nicht vorher verbieten, sondern es ist dann eben Sache der Polizei, mit den ihr gesetzlich zustehenden Mitteln die Straftat zu verhindern oder zur Anzeige zu bringen. Es erscheint klar, daß die Behörde, die das vorstehende Verbot veranlaßte, diese Bestimmungen der preussischen Verfassung nicht gekannt hat.

Nun läßt sich der Gedankengang der Behörde unschwer erraten. Weil Lehrlinge eingeladen waren, hat sie vermutlich an § 8 des Vereinsgesetzes gedacht. Dieser aber verbietet die Teilnahme von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen nur an den Versammlungen politischer Vereine. Diese Versammlung aber sollte öffentlich sein und war einberufen von einem Verein der Lehrlinge, also von einem selbstverständlich u. n. politischen Verein. Hieraus folgt, daß die Behörde auch den § 8 des Vereinsgesetzes unrichtig verstanden und gehandelt hat.

Man könnte ja wohl auf den Gedanken kommen, daß durch das Verbot die Gründung eines Lehrlingsvereins verhindert werden sollte. Doch der Gedanke sei zurückzuweisen. Denn wenn das der Fall wäre, so hätte ja die Behörde die ihr gesetzlich übertragene Macht benützt, um einen Zweck zu erreichen, zu dem sie keinerlei Befugnis hat. Es wäre das also ein schwerer Mißbrauch der Amtsgewalt. Den anzunehmen, liege zunächst kein Grund vor. Sondern wahrheitsgemäß haben die beteiligten Behörden die oben genannten Gesetze nicht genügend gekannt. Das sei aber gerade schwerwiegend genug. Denn durch ihre Unkenntnis der Gesetze haben die Behörden die Rechte und Interessen anderer verletzt. Wenn das ein gewöhnlicher Untertan tut, so heißt es: Unkenntnis des Gesetzes scheidet vor Strafe nicht. Die Beamten aber sind verpflichtet und werden dafür bezahlt, daß sie die Gesetze schützen. Nichts könne das Ansehen des Gesetzes mehr untergraben, als wenn die Behörde, die zu seinem Schutze da ist, es aus Unkenntnis selber verletzt. Allerdings ist es ganz unmöglich, daß ein einfacher Beamter alle die verwickelten Paragraphen, über die sich die gelehrten Juristen lange die Köpfe zerbrechen müssen, genau kenne. Helfen könne nur ein hohes Reichsvereinsgesetz, das kurz und bündig alle Bevormundung aufhebt.

In der Diskussion stellte Genosse Maschle mit, daß ähnliche Versammlungen in anderen Orten des Kreises ebenfalls verboten worden seien, alle von den Amtsvorstehern. Auf eine Beschwerde an den Landrat sei der Behörde erfolgt: Die Beschwerde ist unbegründet, denn das Verbot ist auf meine (des Landrats) Anordnung erfolgt. Uebrigens habe in Abgeordnetenhaus der konservative Abgeordnete Hammer die Verbote des Landrats als ungesetzlich bezeichnet. Selbst wenn man dem Landrat das Recht zugiehe wollte, solche Versammlungen zu verbieten, von denen eine Störung der Ordnung zu befürchten sei, dann treffe das doch hier gar nicht zu, denn die Jugendorganisationen bezwecken —

Hier richtet der überwachende Polizeibeamte an den Vorstehenden Genossen Wochle die Aufforderung, dem Heber das Wort zu entziehen, denn über Jugendorganisationen dürfe hier nicht gesprochen werden. — Sowohl der Vorstehende wie die Genossen Wochle und Worchardt wahren der Versammlung mit energischen Worten das Recht zu sprechen, worüber sie will, und nicht, was die Polizei aus Unkenntnis des Gesetzes vorschreiben für gut befindet.

Der Polizeibeamte läßt hierauf die Versammlung auf.

Das Verlangen des Überwachenden sowie die Auflösung sind behördliche Verfügungen der Gese. Denn das preussische Gesetz räumt der Behörde nirgends das Recht ein, einer Versammlung Vorschriften zu machen, worüber sie reden darf. Und die Auflösungsgründe stehen in § 5 des Vereinsgesetzes genau bezeichnet. Der hier angewendete befindet sich nicht darunter. Sollte — wie es den Anschein hat — das Verbot auf landräuliche Anordnungen zurückzuführen sein, so ist die Verletzung des Vereinsrechtes noch erheblicher. Die Verletzung liegt vor, wenn gleich den dadurch Verletzten das Recht zusteht, die Widerrechtlichkeit des Vorgehens der Behörde im Verwaltungsverfahren feststellen zu lassen. Wir zweifeln nicht, daß dieser Weg eingeschlagen werden wird. Daneben wird zu erwägen sein, ob es nicht gegenüber der hohem Gesetzesverletzung angebracht erscheint, zivilrechtlichen Schadenersatz und strafrechtliche Verfolgung der Beamten in die Wege zu leiten, deren Vorgehen die objektiven Tatbestandsmerkmale eines Mißbrauchs der Amtsgewalt nach dem Geschilderten in sich schließt.

### Charlottenburg.

Die Verdringung des am Donnerstag verstorbenen Genossen Hermann Hensale findet voraussichtlich Mittwoch nachmittag statt. Nähere Angaben über die Verdringung finden die Genossen in der Mittwochnummer des „Vorwärts“. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern mittig 12 1/2 Uhr im Hause Wilmersdorferstr. 107a ab. Dort ließ sich die 36 Jahre alte verwitwete Frau des Meisters bei Siemens u. Halske Emilie Gähler zunächst mit einem Strich aus einer Dackelule bis zur Dackelrinne herab und versuchte dann herabzufragen. Der Kaufmann Lührs, der dieses sah, alarmierte die Feuerwehr, die dann auch sofort herbeieilte und ein Sprungtuch ausspannte. Als das kaum geschehen war, stürzte sich die Frau kopfüber herab, wurde aber im Sprungtuch aufgefangen. Leider war sie beim Sturze auf ein Gefäss aufgefallen und hatte dadurch einen Hinterdenkelbruch davongetragen. Die Frau wurde von der Feuerwehr nach der Rettungswache und von dort nach dem Krankenhaus auf Westend gebracht.

Aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern die unberechnete Johanna Sonntag aus der Kirchstraße. Vermutlich in einem Anfall von Geistesstörung schwang sich die Unglückliche auf das Fensterbrett hinaus und sprang mit einem Ausruf in die Tiefe hinab. Beim Aufschlag auf die Pflastersteine wurde ihr der Schädel zerschmettert und als ein Arzt hinzugerufen wurde, konnte dieser nur noch den Tod feststellen. Die Leiche der Lebendmüden wurde nach dem Schauhause gebracht.

### Rigdorf.

Vermißt wird seit einigen Tagen der neunjährige Sohn Bruno des in der Rietenstr. 20 wohnhaften Tischlers Poppmann. Der

Knabe hatte sich am Vormittag des vergangenen Donnerstag auf die Straße begeben, um dort zu spielen. In die elterliche Wohnung ist er nicht mehr zurückgekehrt und seitdem spurlos verschwunden. Es wird angenommen, daß der Junge verunglückt ist. Bekleidet war der kleine B. bei seinem Weggange mit brauner Anleibose, brauner Bluse, rötlichem, blaugestreiftem Dackelhemd; er war barfuß und ohne Kopfbedeckung. Der Vermißte ist 1,20 Meter groß, hat blondes Haar, graue Augen und längliches, blaßes Gesicht.

### Weihensee.

Ein Bauunfall ereignete sich gestern vormittag zwischen 10 und 11 Uhr auf dem Rauhmannschen Neubau, Leberstraße. Dort stürzte ein Glaser, der mit dem Verglasen der Fenster beschäftigt war, aus einer Höhe von zwei Stock herunter und zog sich erhebliche Verletzungen zu. Er wurde sofort mit dem Automobil des Bauinhabers nach dem Weihensee Krankenhaus gebracht. — Wie uns mitgeteilt wird, wäre der Unfall nicht so erheblich gewesen, wenn das vorschriftsmäßige Schutzbach vorhanden gewesen wäre.

## Vermischtes.

**Blitzschlag in die Kirche.** Bei einem schweren Gewitter, das gestern früh über Reuh niederging, schlug der Blitz wiederholt ein, u. a. in den Turm der St. Quirinikirche und zerstörte das elektrische Läutewerk.

**Kasernenbrand.** Sonntagnachmittag brach in der Kaserne des 1. Bataillons des 91. Infanterieregiments in Oldenburg Feuer aus, das den Teil der Kaserne, in dem sich die Bataillons- und Kompaniekammern befinden, vernichtete. Der Brand war in den späten Abendstunden noch nicht gelöscht. Die Entstehung des Feuers führt man auf einen der vielen Blitzschläge zurück, die am Freitag in der Umgebung der Kaserne erfolgten, wobei auch ein Dragoner-Sergeant erschlagen wurde.

Die gefährliche Barriere. Gestern morgen 7 Uhr 15 Minuten ist beim Übergang der Eisenstraße am Bahnhof Venraih ein Fuhrwerk des Unternehmers Overbid aus Urdenbach infolge vorzeitigen Öffnens der Wegefrenke überfahren worden. Hierbei wurde der Knecht Altiender getötet und der Knecht Overbid schwer verletzt. Untersuchung ist eingeleitet.

**Recht Geburtshaus.** Das zu einem Museum bestimmte, wurde gestern anlässlich des Nachfestes in Eisenach durch die neue Bach-Gesellschaft in seiner neuen Einrichtung eröffnet.

**Gefestert.** Bei einem Ausfluge einer Röhlschule kletterte, nach einer Meldung aus Kattowich, auf dem Przemyslfluße ein Kahn mit 20 Mädchen, zwei erkrankten, die anderen konnten gerettet werden.

Der „Ritual“-Mörder. Gestern Vormittag begann unter großem Andränge des Publikums vor dem Schwurgericht zu B. u. L. n. der Prozeß gegen den Röhlschächter und Speisewirt Liberta, dessen Frau und den bei ihm beschäftigt gewesenen Haushälter Koltka wegen Ermordung der Arbeiter Bronder, Rabika und Grunner. Die Leiche des letzteren, die seinerzeit zerstückelt auf dem hiesigen Neumarkt aufgefunden war, hatte zu den Gerüchten über einen Ritualmord Anlaß gegeben. Ebenso war Liberta in Verdacht geraten, den Mord an dem Konitzer Gymnasialen Winter ausgeführt zu haben.

### Entgleiser Personenzug.

In der Nähe des Bahnhofes von Siboldi entgleiste nach einer Meldung aus Lissabon gestern ein Personenzug. 7 Personen wurden getötet, 21 verletzt.

### Gochwasser- und Unwetterschäden.

Wie aus Budapest berichtet wird, durchbrach bei der Ortschaft Rudolfsnad, Komitat Torontal, die Hochflut der Donau die Dämme und überschwemmte große Flächen der zumeist von Deutschen bewohnten Ortschaft. Rudolfsnad ist in höchstem Maße gefährdet, die Bevölkerung flüchtet.

Wie von Paris berichtet wird, hat gestern in Remiremont ein schwerer Unwetter mit orkanartigem Hagelschlag großen Schaden angerichtet. Sämtliche Kulturen sind vernichtet, viele Fensterscheiben wurden zertrümmert.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Antimilitarismus. Von Karl Emil. — Noch eine Widerlegung des Nazismus. Von Gustav Gellert. — Eine neue Erschließung unter der italienischen Bauernschaft. Von B. Latomirsky (St. Petersburg). — Parteipresse und Generalkongress. Von August Winig. — Das Ende des Reiches. Von Paul Enck (Weipzig). — Bebauungspläne und Bodenpolitik. Von Franz Valentin. — Literarische Rundschau: Johanna Eibersdörferin und Anna Escholt. Die Mutter als Kinderärztin. Von M. H. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preis von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jedermann zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 11 des 17. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Unter Paritätismus. I. — Die Lage der Arbeiterinnen in der Hüttenindustrie. Von Gustav Hoch. — Die Mitarbeit der Frauen in der Arbeiter- und Arbeiterbewegung. Von Emil Höger. — Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie. I. Von W. D. — Erziehungsanstalten, nicht Gefängnisse! — Umstrukturierung und Revolution. III. (Schluß). Von J. B. — Wähling in Österreich. Von Adalbert Popp. — Das Ende der Ausperrung in der Holzindustrie. Von Ernst Reinhardt. — Vom Textilarbeiterleben. Von H. Röhrer. — Die Tätigkeit der Frauen in den Konsumvereinen. — Aus der Bewegung: Stellungnahme der Genossinnen zum internationalen Sozialistinnenkongreß zu Stuttgart. — Von der agitation der Genossinnen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Königberg i. Pr. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die der christliche Gewerkschaft der Feinwebereierinnen „Amst“ (Stuttgart). — Rohzentri: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Färbereiarbeiter in einem Kultur-Parlör für Mutter und Kind. — Färbereiarbeiter in einem Kultur-Parlör. — Penitentien: Regeleut. Von R. G. Conrad. (Gedicht). — Neue Eltern. Historisches Gemälde aus dem Daurerzeitalter. (Von Robert Schmelgel (Fortsetzung).

Für unsere Mütter und Querschnitten: Farnlicht. Von Conrad Ferdinand Meyer. (Gedicht). — Die Entwicklung der Sinne beim Kinde. Von R. D. Baer. — Täglicher Lebensweg von O. H. — Spaß und Spölin. Von Karl Mayer. (Gedicht). — Ein vergessenes Buch. Von A. Feindrich. — Die Mutter als Erzieherin. — Frühlingsglaube. Von Ludwig Uhlend. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Von „Wahren Tönen“ ist und soeben die 11. Nummer seines 24. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden letzten Hefen „Ading Edward“ und „Aus Ausland“, sowie die weiteren Illustrationen „Der Gelsenpfeifer“, „In Pustamerien“, „Der Friede mit den Ultramontanen“, „Tröstung“, „Der bayerische Löwe und seine Dompteur“ und „Die Friedensbestie“. Der zentrale Teil der Nummer bringt die Gedichte „Suam cuiusque“, „Die österreichischen Reichsanwälter“, „Das neue Vereinsgesetz“, „Der Berliner Sittlichkeitskolonne“, „Danke Edward“, „Das neue Vereinsgesetz“, „Berliner Ballade“, „Grauland“ und außer zahlreichem kleineren Beiträgen noch die zahlreichen Feuilletons „Warum er wieder abgelöst wurde“, „Politischer Kinderstau“ und „Die freiständige Ministerlandtags-Präsidenten“.

Wasserband am 27. Mal norm. 11 d. bei Kuffig. — Meter, bei Dresden — 74 sp. — Erde der Waggburg 1,88 Meter, Neigt. — Oder bei Ratibor 1,40 Meter. — Oder bei Breston — 0,88 Meter. — Oder bei Brien 2,23 Meter. — Reihemündung 1,84 Meter. Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.